

WOHNEN-NEUES WAGEN!



Wie wollen wir wohnen,
wenn wir alt sind?

Wir können neue Wege
wagen, neue Möglichkei-
ten des Wohnens im Alter
ergreifen, die Geborgen-
heit, Sicherheit und
neuen Schwung bieten.

**Fachtagung „Wohnen – Neues wagen“
am 8. und 9. September 2006**

**Dokumentation der Veranstaltung
Darmstadt 2006**

Inhaltsverzeichnis

Grußworte			
Schirmherr Oberbürgermeister Walter Hoffmann	4	Resümee aus kommunaler Sicht Dr. Wilma Mohr, Sozialverwaltung der Stadt Darmstadt	67
Christoph Kulenkampff, geschäftsführender Vorstand der Schader-Stiftung	6	Resümee aus wissenschaftlicher Sicht PD Dr. Frank Oswald, Universität Heidelberg	71
Dr.-Ing. Hans-Jürgen Braun, Vorstandsvorsitzender, bauvereinAG	7	Kurzvorträge am Samstag, den 09.09.06	
Frank Paratsch, Vorsitzender der Fachkonferenz Altenhilfe	9	OWOG: Über das Wohnen von Älteren sprechen!, Hanne Schäfer, AG Wohnen und Leben, Darmstadt	76
Vorträge am Freitag, den 08.09.06		„Selbstbestimmt Älterwerden in Arheilgen“: Ergebnisse der Befragung, Annette Hieber, PD Dr. Frank Oswald, Dr. Christoph Rott, Universität Heidelberg	78
Wohnen im Alter: eine Chance für alle, Prof. Dr. Herbert Grymer, Bergische Universität Wuppertal	10	Seniorenwohnen in Darmstadt, Stadträtin Daniela Wagner, Vorstandsmitglied der bauverein AG, Darmstadt	80
Das Quartierskonzept der Baugenossenschaft Freie Scholle eG am Beispiel des Nachbarschaftszentrums Meinolfstraße, Thomas Möller, Baugenossenschaft Freie Scholle eG, Bielefeld	20	Runder Tisch „Gemeinschaftliches Wohnen“ in Darmstadt, Wir-Agentur, Frau Diesing, Herr Mühlfeld	83
„Smartes“ Wohnen im Alter, Dr. Kirsten Mensch, Schader-Stiftung	25	WohnArt3: Generationsübergreifendes Wohnen – Mieterprojekt WohnArt 3 e.V. Prof. Dr. Alfred Kessler	86
Stationäre Hausgemeinschaften – Mit Alltagsnormalität eine Perspektive für das „deutsche Pflegeheim“ schaffen, Dr. Stefan Arend, Mediana-Pflegestift, Fulda	30	Wohnen im Alter: Finanzierungsmöglichkeiten, Markus Rusam, Sparkasse Darmstadt	87
Wie möchte ich wohnen, wenn ich älter bin? (OWOG) Drs. Elly de Heus, Age Concern, Apeldoorn, Niederlande	39	Ambulante und stationäre Pflegeangebote in Darmstadt, Wolfgang Linck, Beratungs- und Servicezentrum für ältere Menschen der Stadt Darmstadt	88
Gemeinschaftlich Wohnen im Alter, Jutta Orth, Autorin, Freiburg	46	Vorstellung der Wohn- und Lebensgemeinschaft für demenziell erkrankte Menschen in Darmstadt-Arheilgen, Kerstin Seban, Hauskoordinatorin, DemenzForum Darmstadt e. V.	92
Quartierskonzepte: das Beispiel des Vereins Alt und Jung in Bielefeld, Wolfgang Preuß, Alt und Jung e. V., Bielefeld	52	Stationäre Hausgemeinschaften für demente alte Menschen im Wohnpark Kranichstein	95
Seniorenstadt: Ein eigensinniges Dorf, Alex Sievers, Inbo, Woudenberg, Niederlande	56		
Tauschgenossenschaften: Seniorenhilfe Dietzenbach e. V. (SHD), Miteinander – Füreinander: Eine Chance für die Zukunft Mathilde Al-Dogachi, Ehrenvorsitzende der Seniorenhilfe Dietzenbach	61		

Grußwort

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, Sie hier zur Tagung „Wohnen – Neues wagen!“ begrüßen zu dürfen. Ich sehe, dass sich zu diesem ambitionierten Thema heute auch der richtige Expertenkreis zusammengefunden hat.

Ein herzliches Dankeschön auch an die beiden Mitveranstalter Schader-Stiftung, Bauverein AG sowie die Darmstädter Fachkonferenz Altenhilfe.

Der Begriff „Wohnen“ beschreibt ein menschliches Primärbedürfnis: Wohnen findet in den vielfältigsten Ausprägungen statt und unterliegt fast ebenso vielen Wunschvorstellungen. Grundsätzlich hat es sehr viel mit dem Gefühl „zu Hause“ zu sein zu tun - und das ist genau der Anknüpfungspunkt, an dem das Thema für uns interessant wird: Was können wir als Stadt besser machen, um den Menschen dieses Gefühl zu vermitteln und ihren Bedürfnissen entgegenzukommen?

Ich hoffe, dass diese Veranstaltung dazu einiges beitragen wird.

Grundsätzlich bleibt festzustellen, dass das Thema „Wohnen“ für unsere Stadt eine große Bedeutung hat und ein zentraler Schwerpunkt der künftigen Stadtentwicklung bleibt und sein wird:

Wir wollen, dass Darmstadt auch in Zukunft ein attraktiver und nachgefragter Wohnstandort ist. Die Stadt soll ein „Wunschort“ sowohl für ältere als auch jüngere Menschen und vor allem für Familien mit Kindern sein.

Und was dabei ganz wichtig ist: Dieser Wohnraum muss für alle bezahlbar sein!

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt zählt derzeit rund 139.000 Einwohner.

Das umfangreiche Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebot und die hohe Lebensqualität unserer Stadt bilden eine hervorragende Grundlage für die angestrebte Entwicklung.

Im Gegensatz zum allgemein anhaltenden Trend einer abnehmenden Bevölkerungszahl in bundesdeutschen Großstädten kann in Darmstadt mit einem weiteren Zuwachs gerechnet werden:

Aufbauend auf der Annahme einer jährlichen Bevölkerungszunahme von bis zu 300 Personen, könnte die Stadt im Jahre 2020 sogar rund 144.000 Einwohner haben. Zugegebenermaßen klingt diese Zahl etwas optimistisch. Sie ist aber eine durchaus realistische Größe. Es ist völlig klar, dass wir uns diesen Rahmenbedingungen stellen müssen.

Zur Befriedigung der erwarteten Nachfrage müssten schätzungsweise etwa 600 bis 700 neue Wohnungen im Jahr gebaut werden. Diese Größenordnung ist angesichts begrenzter Ressourcen nur schwer zu erreichen.

Die Stadt Darmstadt ist jedoch ständig bestrebt, die Realisierung eines entsprechenden Wohnraumangebotes zu unterstützen.

Bedingt durch Siedlungsbeschränkungsgebiete und natürliche Restriktionen stoßen die Entwicklungsmöglichkeiten innerhalb unseres Stadtgebiets jedoch auch an ihre Grenzen.

Wir sind daher weitgehend auf eine Entwicklung im Innenbereich angewiesen. Da wo es möglich ist, werden wir jedoch zupacken.

Aufgrund des angekündigten Abzuges der US-Streitkräfte werden sich für den Innenbereich mittelfristig neue Chancen ergeben:

Nach überschlägigen Schätzungen steht auf diesen Flächen ein quantitatives Realisierungspotenzial für rund 8.000 neue Wohnungen zur Verfügung.

Das ist eine große Chance für uns!

Die Hoffnungen für eine zügige Umwidmung dieser ist allerdings noch etwas getrübt: Leider wissen wir noch nicht genau, wann, wo und in welchem Umfang uns die amerikanischen Streitkräfte endgültig verlassen werden. Wir sind aber weiter bemüht mehr „Klarheit“ in die Angelegenheit zu bekommen.

Wir beobachten seit einiger Zeit, dass die gewünschte Trendwende vom Umland zurück in die Stadt bereits begonnen hat. Während sich der Siedlungsdruck in den 70er und 80er Jahren auf das Umland konzentriert hat, ist heute wieder eine „Rückbewegung“ in die Stadt zu spüren. Die Stadt wächst weiter, während die Bevölkerungszahl im Landkreis erstmals seit vielen Jahren rückläufig ist.

Ein wesentlicher Grund besteht darin, dass der Wandel der Lebensformen zu einem intensiveren Sozialleben geführt hat: Die Menschen wollen in ihrem Wohnumfeld mehr Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung wahrnehmen.

Aufgrund ihres Kulturangebotes und der vorhandenen Infrastruktur ist die Stadt hierfür der geeignete Ort. Darüber hinaus ergeben sich aus den kürzeren Wegen innerhalb einer Stadt auch Zeit- und somit Geldersparnisse.

Aus diesen Gründen finden insbesondere auch immer mehr ältere Menschen den Weg zurück in die Stadt.

Die Argumente für ein Wohnen in der Stadt sind somit eindeutig:

Darauf wollen und müssen wir reagieren!

Mit unserer Politik der Innenentwicklung wollen wir ganz bewusst dem Suburbanisierungsprozess entgegenwirken. Die Funktionsteilung von Wohnen im Umland und Arbeiten in der Stadt soll weiter vermindert werden. Gleichzeitig soll damit das Kfz-Verkehrsaufkommen der Pendler eingegrenzt werden, das zunehmend die Umweltqualität und die Mobilität in der Kernstadt und damit deren Standortqualität beeinträchtigt.

Von der heutigen und morgigen Veranstaltung erwarte ich, aber, dass Antworten auf geeignete und nachgefragte Wohnformen gegeben werden.

Wir wissen, welche Personengruppen wir in unsere Stadt locken und darüber hinaus auch halten wollen. Welche konkreten Wohnformen von diesen Gruppen nachgefragt werden, wissen wir allerdings nicht 100%tig.

Angesichts der zu erwartenden demographischen Entwicklung muss hierbei den Ansprüchen älterer Mitmenschen ein ganz besonderer Stellenwert beigemessen werden. Insofern ist das Thema mit dem Schwerpunkt „Wohnformen im und für das Alter“ richtig gewählt. Für ein derart aktuelles Thema übernehme ich gerne die Schirmherrschaft.

Der Veranstaltung wünsche ich hierzu spannende Beiträge, lebendige Diskussionen und ein insgesamt „gutes Gelingen“!

Grußwort

„Wohnen – Neues wagen!“ Das ist das Motto der zweitägigen Veranstaltung in Darmstadt, zu der diese Dokumentation vorgelegt wird. Verbunden ist das Motto mit der Frage „Wie wollen wir wohnen, wenn wir alt sind?“

Genau wie die Veranstaltung selbst richtet sich auch das Motto an zwei Zielgruppen. Am ersten Tag der Veranstaltung sind Fachleute eingeladen: Experten aus Kommunen, der Altenhilfe, der Wohnungswirtschaft, der Architektur, der Wissenschaft etc. Ihnen wollen wir aufzeigen, welche innovativen Modelle des Wohnens im Alter es gibt. Die Bandbreite ist hierbei groß, wie ein Blick in das Inhaltsverzeichnis dieses Heftes zeigt. Wir wollen Mut machen, neue Wohnformen auszuprobieren, ihnen Raum zu geben und Unterstützung zu liefern. Wir möchten die Fachleute animieren, entsprechende Strukturen und Angebote auch in ihren Städten und Wirkungsbereichen zu realisieren bzw. zu fördern. Wagen Sie etwas Neues!

Die zweite Zielgruppe der Veranstaltung sind die interessierten Bürger. Wer sich über seine eigene Wohnzukunft Gedanken macht oder über die von alternden Angehörigen, findet auf der Veranstaltung, in diesem Heft und auch in unserer virtuellen Kontaktbörse (www.neueswagen.schader-stiftung.de) eine Reihe von Anregungen. Auch den persönlich Interessierten gilt unser Aufruf: Wagen Sie etwas Neues! Machen Sie sich Gedanken, wie Sie im Alter wohnen wollen, bevor es andere für Sie tun!

Einer der Schwerpunkte unserer Stiftungsarbeit ist das Projekt „Gewinne des Alterns“. In Anbetracht des demographischen Wandels, der steigenden Anzahl älterer Menschen und der sinkenden Anzahl von Kindern und Jugendlichen muss man die Initiative ergreifen. „Gewinne des Alterns“ weist darauf hin, dass der demographische Wandel nicht zwangsläufig eine Verlustrechnung sein muss. Wir können Strukturen finden, Situationen erzeugen, die Gewinne auf mehreren Seiten ermöglichen: Strukturen, die sowohl den älteren Menschen dienen, als auch anderen Bevölkerungsgruppen von Nutzen sind. Das Projekt „Gewinne des Alterns“ ist auf der Suche nach derartigen „win-win-Situationen“. Im Lebensbereich Wohnen lassen sich leicht solche „win-win-Situationen“ etablieren, wenn man dafür einen entsprechenden Blick entwickelt. Die hier vorgestellten Konzepte, seien es Quartierskonzepte, seien es gemeinschaftliche Wohnprojekte, seien es stationäre oder auch mit besonderer Technik ausgestattete Wohnformen, führen auf je unterschiedliche Art zu mehrseitigem Nutzen. Lassen Sie uns genau dies befördern! Lassen Sie uns beim Wohnen Neues wagen!

Grußwort

Selten waren sich die Experten so einig. Mit dem rasanten demographischen Wandel und seinen vielfältigen Konsequenzen für unsere Gesellschaft gewinnt die Frage nach altersgerechtem und altersangemessenem Wohnen zentrale Bedeutung. Längst ist der Begriff der „seniorengerechten“ Wohnung, der das Problem auf wichtige, aber im Wesentlichen technische Gesichtspunkte reduzierte, aufgeweitet. Eine große Bandbreite möglicher neuer Wohnformen fürs Alter wird diskutiert und vielfach in Projekten ausprobiert.

Die Prognosen der Demographen sind eindeutig. Die Zahl der über 50-Jährigen wird bis zum Jahre 2050 rund die Hälfte der Gesamtbevölkerung ausmachen, und die Zahl derjenigen, die 80 und älter ist, wird bei über 11% liegen. Ab 2030 wird die Zahl der „jungen“ Alten (65-80) sinken und die Zahl der „Hochaltrigen“ (80+) stärker wachsen. Das bedeutet, dass diejenigen, die heute als pflegende Familienangehörige tätig sind, immer weniger werden, während die Zahl der Pflegebedürftigen ansteigt. Gleichzeitig wird der Rückgang der Gesamtbevölkerung – regional zwar unterschiedlich – rund 10% betragen.

Bei aller Skepsis gegenüber Prognosen dürfen wir uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass dies absolut belastbare Zahlen sind.

Verschärfend kommt die Auflösung von traditionellen Familienverbänden und Lebensstilen hinzu und verleiht der Frage nach dem Wohnen im Alter erhöhte Komplexität.

Für die Wohnungswirtschaft resultiert daraus eine Herausforderung, die sie nur im Zusammenwirken mit Politik, Kommunen, Wissenschaft und Sozialdienstleistern wird meistern können.

Viele Wohnquartiere, gerade im geförderten Wohnungsbau, zeigen in hochkonzentrierter Form die Konsequenzen des demographischen Wandels. Sowohl unter sozialen Gesichtspunkten (solange in den eigenen vier Wänden wie möglich) wie unter dem Blickwinkel ökonomischer Zwänge (Bau von erforderlichen Pflegeplätzen nicht finanzierbar) wird die immense Aufgabe deutlich, die von der Wohnungswirtschaft in der nächsten Zukunft gelöst werden muss.

Die demographiebedingten Schieflagen der Sozialsysteme werden staatliche und halbstaatliche Organisationen zwingen, sich aus etlichen Bereichen der Daseinsvorsorge zurückzuziehen, und in der Folge werden subsidiäre Formen der Daseinsvorsorge neu- oder wiederentdeckt werden müssen. Auch hier wird der Frage des Wohnens zentrale Bedeutung zukommen.

So vielfältig, wie die Fragen und Probleme sein werden, müssen auch die Antworten sein. Es wird nicht eine „große“ Lösung geben können, sondern für verschiedene Bedürfnisse und Interessenlagen wird es auch unterschiedliche Lösungen geben müssen. Gerade weil die Art und Weise des Wohnens im Alter ganz erheblich die Qualität des Lebens bestimmt, wird sich ein Wohnbauunternehmen wie die bauvereinAG weiterhin enormen Anstrengungen unterziehen müssen, um seinen kommunalen Versorgungsauftrag im Bereich Seniorenwohnen erfüllen zu können. Angesichts der skizzierten Probleme der nahen Zukunft wird dieser Auftrag aber ausgedehnt werden müssen auf „Experimentierfelder“, damit heute sichtbare und nicht

mehr umkehrbare Entwicklungen nicht erhebliche Nachteile für die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger nach sich ziehen.

Ich freue mich, dass es gelungen ist, mit der Schader-Stiftung, die in diesem Feld durch langjährige Erfahrung und mehrere Projekte ausgewiesen ist, als wissenschaftlichem Partner, mit dem „Beratungs- und Servicezentrum für ältere Menschen“ der Stadt Darmstadt und der „Darmstädter Fachkonferenz Altenhilfe“ die Partner aus der Praxis und der bauvereinAG, als dem kommunalen Wohnungsbauunternehmen in Darmstadt und Südhessen, gemeinsam eine Tagung zu organisieren, die sowohl die vielfältigen fachlichen Aspekte des Themas beispielhaft aufbereitet, als auch die bestehenden und geplanten lokalen Initiativen und Projekte vorstellt.

Mit der vorliegenden Dokumentation sind einige „Antwortbausteine“ geliefert, und weitere wird die angestoßene Diskussion hoffentlich erbringen.

Allen, die an der Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung beteiligt waren, sage ich herzlichen Dank.

Frank Paratsch, Vorsitzender der Fachkonferenz Altenhilfe

Grußwort

Individualität und Selbstbestimmung sind entscheidende Werte in unserem Leben. Die meisten Menschen möchten ihr Leben im Alter in der ihnen vertrauten Umgebung und in Selbstständigkeit verbringen. Es können jedoch auch Situationen entstehen, in denen vorübergehende oder andauernde Unterstützungen oder Hilfen notwendig werden.

Die Organisation des Lebens im Alter hat in den vergangenen Jahrzehnten gewaltige Veränderungen erfahren. Altsein und Hilfebedürftigkeit zogen vielfach auch die Aufgabe von Selbstbestimmung nach sich. Dies ist für die jetzige und die kommenden Generationen nicht mehr vorstellbar. Auch in hohem Alter und bei hoher Hilfsbedürftigkeit oder im Falle einer demenziellen Erkrankung ist die Wahrung der Würde die entscheidende Markierung für die Ausrichtung der Unterstützungsangebote.

Die Fachkonferenz Altenhilfe, ein Zusammenschluss aller in der Altenhilfe tätigen Organisationen in Darmstadt, ist Initiatorin der Konferenz „Wohnen – Neues wagen!“. Unser Anliegen ist es, Denk- und Planungsprozesse anzustoßen, damit das Leben für ältere Menschen in Gegenwart und Zukunft sich an deren Bedürfnissen orientiert. Zwei Zielgruppen haben wir im Auge und unser Anliegen ist es, Menschen und Ideen zusammenzuführen:

Fachleute der Altenhilfe

Gerne möchten wir dem Fachpublikum Gelegenheit geben, neue Ideen und Impulse zu geben und ebenso solche aufzunehmen. Gleichzeitig möchten wir Vertreter der Wohnungswirtschaft, kommunaler Planungsbehörden, der Wissenschaft und die Praktiker vor Ort zusammenführen. Nicht nur Informationsweitergabe ist unser Anliegen, gleichzeitig wollen wir Kontakte und Verbindungen stiften, die für die weitere Planungsarbeit wirksam werden können. Neben der eigentlichen Konferenz ist es unser Anliegen, mit dem Reader und der Website <http://neueswagen.schader-stiftung.de/> Verknüpfungen im Netz der Altenhilfe zu ermöglichen.

Interessierte Bürger

Gleichzeitig möchten wir natürlich unserem lokalen Auftrag gerecht werden und interessierte Bürgerinnen und Bürger anregen, sich Gedanken über das Wohnen im Alter zu machen. Hierzu bieten wir Informationen über die Angebote in Darmstadt an, gleichzeitig soll auch hier die Möglichkeit bestehen, direkt Kontakte mit Initiativen und Altenhilfeorganisationen zu knüpfen. Mit dem OWOG-Workshop möchten wir interessierten Bürgerinnen und Bürgern Gelegenheit geben, neue Ideen zu entwickeln und Initiativen zu gründen.

Die Lebensformen im Alter werden künftig eher an einen bunten Strauß erinnern als an uniforme Plattenbauten. Es wird einerseits Betreuungsangebote für die Menschen geben, die in ihrer eigenen Wohnung verbleiben wollen und können. Es wird Unterstützungsangebote geben, die kurzfristige und entlastende Unterstützung wie Tages- oder Kurzzeitpflege anbieten und die klassischen „Pflegeheime“ werden denjenigen zur Verfügung stehen, die aufgrund eines hohen Hilfebedarfes nicht in ihren eigenen vier Wänden leben können.

Als Initiatorin der Konferenz dankt die Fachkonferenz Altenhilfe besonders den finanzierenden Mitveranstaltern der Veranstaltung, der Schaderstiftung, der Bauverein AG sowie der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Darüber hinaus danken wir allen, die durch ihr Engagement zum Gelingen der Veranstaltung beigetragen haben.

Wohnen im Alter – eine Chance für alle

Einleitung 1

Polonius. „ ... aber wovon handelt es? Ich meine, was in dem Buche steht, mein Prinz.

Hamlet. Verleumdungen, Herr: denn der satirische Schuft da sagt, dass alte Männer graue Bärte haben, dass ihre Gesichter runzlicht sind, dass ihnen zäher Ambra und Harz aus den Augen trieft, dass sie einen überflüssigen Mangel an Witz und daneben sehr kraftlose Lenden haben. Ob ich nun gleich von allem diesem inniglich und festiglich überzeugt bin, so halte ich es doch nicht für billig, es so zu Papier zu bringen; denn Ihr selbst, Herr, würdet so alt werden wie ich, wenn Ihr wie ein Krebs rückwärts gehen könntet.

Polonius. (zu sich) Ist dies schon Tollheit, hat es doch Methode ...“

(Hamlet wurde im Jahre 1603 als sog. Raubdruck veröffentlicht, und ist eine der auch heute noch meistaufgeführten Tragödien Shakespeares.)

Unausweichlich, so scheint es, mündet das Alter in diesen widerlichen, regressiven Verlust von Identität und Wert einer Person. Diese Stelle ist immerhin 400 Jahre alt. Shakespeare hat hier eine ausgesprochen aktuell anmutende Vorstellung vom Alter.

Einleitung 2

Wenn in Europa die Menschen mit 58 – 63 Jahren in Rente gehen – also dann offiziell zu den Senioren gehören – dann haben sie im Durchschnitt noch 20 Jahre in relativer Gesundheit und möglicher Aktivität zu leben. Dies ist etwa ein Viertel der gesamten Lebenszeit – so etwas gab es noch nie in der Geschichte der Menschheit.

Ist es nicht seltsam, dass die europäischen Gesellschaften jammern, weil sie nicht wissen, wie sie die Pflege für ihre Hochaltrigen aufbringen sollen, und gleichzeitig sich leisten, eine steigende Anzahl von älteren Menschen solch eine lange Zeit in Permanentfreizeit zu schicken, wo sie sich damit beschäftigen, sich bei der Veränderung ihrer Krankheiten zu beobachten und Vorsorgen zu machen, wie sie in 10 oder 20 Jahren, wenn sie dement und alzheimerisch werden, denn gepflegt werden?

I. Dieser Kongress heißt „Wohnen – Neues wagen!“

Wenn man derzeit über das Thema Wohnen und Alter einen Vortrag halten soll, dann ist das nicht ganz einfach, noch originell zu sein; das Thema ist derart „in“ und man kann kaum so schnell wie sie eröffnet und veröffentlicht werden die Wohnprojekte und Wohnprospekte, die Wohnkonzepte und Wohnkongresse - alles für Senioren - zur Kenntnis nehmen und sich anmelden.

Wenn ich die Themen dieser Tagung sehe, dann ist das ein veritabler Querschnitt durch fast alles, was derzeit en vogue, Konzept, in Umsetzung oder bereits in Bewährung ist. Es ist wie eine Börse, im positiven Sinn verstanden. Ich will hier nicht den zahlreichen Wohnmodellen und -projekten ein weiteres hinzufügen; auch will ich nicht bewerten, was das optimale Woh-

nen für die Senioren sei. Soweit ich sie kenne haben sie so viele Facetten, lokale und organisatorische Besonderheiten. Ganz sicher ist der Pluralismus von Modellen, sind die Wahlmöglichkeiten eine Lösung.

Was ich hier wagen will, ist, das Wohnen im Alter einmal völlig anders zu verstehen als üblich, und daraus Chancen abzuleiten. Ich will dabei versuchen, die älteren Menschen einmal nicht in den herkömmlichen Schablonen von Rückzug, Kompetenzverlust, körperlichen und geistigen Mängeln und Gebrechen auszusehen; und ich will sie herausnehmen aus diesem ganzen modischen Guttun und Versorgungstralala.

Deshalb will ich vier Fragen ins Zentrum meiner Überlegungen stellen:

1. Was ist die konventionelle Vorstellung vom Wohnen von Senioren?
2. Was kennzeichnet die Senioren, sind sie etwas Besonderes?
3. Life-event Verrentung: was ist das wirklich?
4. Brauchen wir ein ganz neues Verständnis von Wohnen?

II. Eine Spaltung in der Haltung zu den Alten

Nach wie vor existiert in unserer Gesellschaft eine doch recht gespaltene Haltung zu einem Bereich, der zwar in Prognosen von Bevölkerungsstatistikern und -soziologen seit über 20 Jahren gesehen wird; der aber seit drei, vier Jahren ökonomisch erst zu boomen begonnen hat.

Da ist *einerseits* die Politik, die in allen Ministerreden nicht versäumt, immer wieder die Wichtigkeit der Alten und die Beiträge des Alters zu betonen; sie appelliert gern an die „Gewinne des Alters“, weiß aber nicht recht wie das gehen soll (so viele Kinder, denen die Alten Geschichten erzählen könnten, gibt's ja gar nicht). „Gewinne des Alters“ einzuführen ist ja auch die Intention der Schader-Stiftung. Da sind die zahlreichen Initiativen und Projekte (von A bis Z – Aktives Wohnen für Senioren bis ZWAR, zwischen Arbeit und Ruhestand), die sich nicht damit bescheiden wollen, den Alten eine weitgehend passive Rolle für den Rest des Lebens zuzumuten.

Auf der *anderen Seite* aber auch wieder die Politik, die kommunale nicht selten, mit all den Ängsten der Kommunen, bei dieser Hochaltrigenschwemme letztlich auf den Pflegekosten sitzen zu bleiben, nicht finanzieren zu können, was die Dementen, Inkontinenten und Alzheimer kosten. Und da ist auch eine generelle Haltung, die Alten, wiewohl man weiß, wie differenziert diese Gruppe ist, als versorgungs-, bedienungs-, und wohlfühlbedürftige Menschen anzusehen; so als ob die Gesellschaft an ihnen etwas gutzumachen hätte – daran erinnert ja schließlich auch das Gerede vom „wohlverdienten Ruhestand“.

Zu dieser Seite gehört jedoch auch ein Pflegekomplex, der heute schon betriebswirtschaftlich mit Alten umgeht wie Ford bei der Produktion des T-Modells. Dies lässt für die Zukunft nichts Gutes ahnen.

III. Was ist die konventionelle Vorstellung vom Wohnen von Senioren?

Alter ist bei uns normalerweise mit Einschränkungen assoziiert, mit Kompetenzverlusten, und das meist pauschal und ohne Rücksicht auf unterschiedliche Altersstufen und -situationen – und nicht mit Leistung oder Chancen. So liefern sich die Erklärungen, was Wohnen im Alter bedeutet, fast von selbst, und das mit sinkendem Alter:

Weil man im Alter – angeblich -	Deshalb sollte man und will man im Alter
• nicht mehr so gut Treppen gehen kann	• barrierefrei wohnen,
• nicht mehr so mobil ist	• sicher wohnen
• die Wohnung im Alter immer wichtiger wird	• vom Wohnort alles leicht erreichen können
• sich zurückzieht	• schnelle Hilfe rufen können
• im Alter weniger Kontakte will	• beim Wohnen nicht allein sein
• keine Kraft für Problemlösungen mehr hat	• sorgenfrei wohnen
• weil man nicht mehr so rüstig ist	• bequem wohnen
• anfälliger ist	• entsprechend Dienste, Hilfen Leistungen angeboten kriegen

Die Listen können verlängert werden.

Den allermeisten Flyern, Inseraten, Angeboten usw. über Wohnen im Alter, selbstbestimmtes Wohnen, intergenerative Wohnprojekte, selbst organisierte Alten-Wohngemeinschaften, -hausgemeinschaften, bis hin zu Alten-Siedlungsgemeinschaften ist gemeinsam, dass sie das Wohnen alter Menschen auf diese ganz bestimmte, nämlich individualisierte Weise sehen: die Botschaft allenthalben lautet „Wir wollen, dass Sie ...“ und „Wir sorgen dafür, dass Sie ...“

So erscheint uns heute „Wohnen im Alter“ ganz selbstverständlich – ob es denn „Smart-Wohnen“, „Aktiv-Wohnen“, „Selbstbestimmt-Wohnen“, „Wohnen mit Mehrwert“ oder wie auch immer heißt – als der konsequenten Entscheidung der Person überlassen, selbstbestimmter, bedürfnisgerechter Ausdruck der individuellen Wünsche und der subjektiven Bedürfnislagen alter Menschen. Dies alles heute einzeln, persönlich entscheiden zu können, das ist, kein Zweifel, eine großartige Errungenschaft unserer modernen Gesellschaft - wenn schon nicht für alle, so doch für die meisten. In früheren Epochen war das Schicksal der Alten keineswegs so weit in ihrer Verfügung, Altern war kein Zuckerlecken.

Aber gleichzeitig wird all dies wunderschöne Wohnen überschattet von zwei Mängeln. **Erstens** wird dies alles angeboten und verhandelt in der latenten Unterströmung: „Was wird denn aus mir, wenn ich ...“

- dement werde
- Alzheimer bekomme
- mich nicht mehr selbst versorgen kann
- pflegebedürftig werde
- und wie soll wer denn das bezahlen ...

So legen sich mögliche Krankheiten, Hilflosigkeit und die Angst vor dem hohen Alter wie ein Grauschleier über all die Perspektiven des guten Wohnens im Alter. Die 15, 20 oder 25 Jahre, die man eigentlich – geistig wie körperlich - auch produktiv gestalten könnte, anders als mit den Gedanken an Siechtum und Pflege verbringen könnte, sind eine sehr lange Zeit: heute, im Gegensatz zu vor 130 Jahren. Damals starb man bald nach der Verrentung, vernutzt, nicht erst nach einem Viertel der gesamten Lebenszeit. „Warum“, so fragt Betty Friedan in ihrem Buch „Mythos Alter“, „diese unausrottbare Angst vor dem Nachlassen der geistigen Kräfte und vor Gedächtnisverlust, wenn doch die Forschung zeigt, dass bei gesunden Menschen weder die geistige Kompetenz noch die Intelligenz nachlässt, wenn sie kontinuierlich aktiv bleiben?“ (Friedan, S. 85)

Zweitens wird in den Vorstellungen und Versprechungen vom guten Wohnen eben dieses abgetrennt gesehen von den anderen Bedürfnissen, Problemen und Vollzügen alter Menschen. Senioren werden sozusagen reduziert auf „wohnende Personen“, also Menschen, deren Bedürfnisse und Interessen sich aufs und ums Wohnen zentrieren, darum herum organisieren.

Es wird zu fragen sein, wie und auf welche Weise ältere Menschen kontinuierlich aktiv bleiben können; und wie man diese Reduktion der Existenz auf bloß subjektive Wohnwünsche durchbrechen kann.

IV. Was kennzeichnet Senioren.

Oder : Was ist eigentlich im Leben und Wohnen der Rentner gegenüber anderen Altersgruppen tatsächlich besonders? Warum macht man derzeit soviel Besonderes draus?

1. Kaufkraft der Senioren im Zentrum: die Inszenierung der Alten als Zielgruppe.

Es tut sich mit dem demografischen Wandel – lange hat man in Deutschland die „senior consumers“ vernachlässigt - ein Milliardenmarkt rund ums Wohnen auf, und zwar für die unterschiedlichsten Branchen: für die Wohnungswirtschaft (die allerdings noch mit Anpassungsschwierigkeiten kämpft); für Sozialorganisationen, für die Pflegeindustrie, für die Verlage, für die Einrichtungsbranche, für die wohnungselektronischen Unternehmen und die elektrotechnische Industrie, die Versicherungswirtschaft, die Hersteller von Geriatrika, und (neben vielen anderen und nicht zuletzt) die pharmazeutische und kosmetische Industrie, der medizinisch-technische Komplex und die verschiedenen Zweige einer Morgenluft im Alterssektor witternden Welfareprodukte-Industrie, bis hin zur Alterstouristik und Altersesoterik und den boomenden einschlägigen Welfare-Immobilien.

Daher die unzähligen, sich gleichenden Versprechungen:

- „... Wohndylle für Senioren“
- „... optimal auf die Bedürfnisse von Senioren zugeschnitten ..“
- „... ideal für Senioren durch die Nähe zur Innenstadt ...“
- „... werden bezugsfertig übergeben ...“
- „... unser Haus schließt ein Betreuungskonzept mit ein ...“
- „... bieten wir mehr Sicherheit im Alltag ...“

2. Endlich „Selbstverwirklichung“ im Zentrum: Rentner als etwas Besonderes.

„Zum einen bieten die Entlastung aus beruflichen oder familiären Verpflichtungen (Verrentung und Abschluss der Familienphase) mehr Freiraum zur Wahrnehmung eigener Interessen, die vorher zurückgestellt werden mussten oder gar nicht entwickelt werden könnten.“ (Gesundes Altern S. 13). Darunter werden normalerweise gerechnet die nun mögliche stärkere Pflege sozialer Kontakte, das Verfolgen individueller Hobbies, sportlicher oder kultureller Interessen, Reisen, und die Möglichkeit der (Weiter)Bildung bis hin zum Hochschul- bzw. Seniorenstudium.

Dies ist jene Liste, die den Erwerbstätigen die heutigen Bedingungen ihrer beruflichen Existenz und die Modalitäten der Verrentung schmackhaft machen sollen. Insofern bezeichne ich dieser Dimension (ohne es hier genauer behandeln zu können) als ideologisch.

3. Schon „Verfall“ im Zentrum: Rentner sind etwas Besonderes.

„Zum anderen bedeutet Altern aber auch allmähliches Fortschreiten körperlicher, kognitiver, psychosozialer, sozialer und gesundheitlicher Einschränkungen.“ (a.a.O.). Das ist nur scheinbar eine biologische Dimension; denn zum einen ist das Eintreten der obigen Beeinträchtigungen insofern selbst noch etwas gesellschaftlich Bestimmtes, als sie – wie sich mit immer größerer Zuverlässigkeit herausstellt – von der selbst inszenierten Lebensweise und den von der Gesellschaft gegebenen Gelegenheiten abhängt.

4. Verrentung im Zentrum: Rentner/Senioren als gesellschaftlich entwertete Gruppe: Verrentung als *die* kritische Lebenssituation.

Tritt man einmal zurück aus der Konsumwelt und macht Distanz zu den (angeblichen) Bedürfnissen und Wünschen von Senioren, dem was sie wirklich wollen oder wollen sollten, so bleibt eine nüchterne Situationsbeurteilung: Ruheständler haben schlicht die Phase ihrer Erwerbsarbeit beendet. Sie scheiden damit aus dem gesellschaftlichen Leistungsaustausch aus, der bis dahin einer der beiden Mittelpunkte ihres Lebens gewesen ist.

Was bedeutet das?

Von einem Tag auf den anderen ändert sich die gesellschaftliche Identität der Person grundlegend. Wie kommt das?

Ich habe an anderer Stelle bereits das ganze Brimborium dargestellt, das um die Entberuflichung als das wünschenswerteste Ereignis im Leben eines Menschen veranstaltet wird. Die Gesellschaft hat ein umfangreiches Programm entwickelt, um den Menschen trotz der offensichtlichen und verstehbaren Negativwirkungen des traditionellen Entberuflichungsmodus dieses Verfahren wünschenswert und positiv darzustellen. Es nennt sich „wohlverdienter Ruhestand“ und „grenzenlose Freiheit im Alter“. Die allermeisten Senioren fallen, weil diese Schlagworte schon weit vor der Entberuflichung propagiert werden, auf diese Ideologien herein. Sie können daher auftretende Schwierigkeiten nicht mit ihrem dramatischen „Life Event“ – der gesellschaftlichen Ausgrenzung aus der Wertproduktion – in Verbindung bringen.

Es ist hier ein kurzer historischer Exkurs erforderlich.

Man kann die Bedeutung des Wohnens für Senioren nicht verstehen, wenn man es nur als individuelle Bedürfnisbefriedigung sieht. Und man kann die Situation der älteren, verrenteten Menschen nicht verstehen, wenn man ihre gesellschaftliche Rolle nicht im Verhältnis zur Arbeitstätigkeit der sie umgebenden Gesellschaft sieht.

V. Exkurs: Wohnen und Arbeiten

Im Zuge der kapitalistischen Industrialisierung – stellen wir das uns für Deutschland im Wesentlichen als das 19. Jahrhundert vor – etablierte sich eine neue Form der produktiven Tätigkeit, nämlich die Erwerbsarbeit als Produktion von Waren – Gütern und Dienstleistungen. Für uns interessieren hier zwei zentrale Eigenarten der entlohnten Erwerbsarbeit: *einmal* die Tatsache, die man „Arbeitsstätte“, Betrieb, Büro, Firma usw. nennt. (Dies ist trotz der Entwicklung elektronischer Medien bis heute der Normalfall geblieben.) Und *zum andern* verändert sich durch diese Erwerbsarbeit die Wertschätzung der Arbeit, die nun zerfällt in einen bezahlten Teil, und einen nicht bezahlten, aber trotzdem notwendigen Arbeitsbereich: Bis dato war die Arbeit in und um das „große Haus“, oder den „Hof“ organisiert; Familie im weiteren Sinn war die Großfamilie als Wirtschaftseinheit – Betrieb und Wohnstätte, Kindergarten, Schule, Altersheim, Großküche und Schlafstätte in einem. Produktion und Reproduktion, Herstellen und Versorgen finden in der großen Familie, mit drei oder mehr Generationen, Verwandten, Helfern und Bediensteten statt. Alles andere als Idylle, Konflikte sind normal, Knappheit eher.

Das trennt sich nun, mit vielen Konsequenzen: *hier* findet die Versorgung statt und das Privat-Intime, hier wird gekocht, gewaschen, erzogen, usw. (in der Regel von Frauen und in Mehrheit bis heute). *Dort* findet – agglomeriert in immer größerem Stil – das arbeitsteilige Produzieren statt, das dort von Fabrikanten, Unternehmern, Arbeitgebern bezahlt wird. Die Folge: Nicht bezahlte Arbeiten, die zuvor als grundsätzlich gleichwertig und, weil räumlich an dem gleichen Ort, als ebenso produktiv erachtet wurden, gelten nun, gemessen an der „Erwerbsarbeit“, als *nicht mehr* produktiv (Garini/Liedtzke). Komplementär dazu wird im allgemeinen Bewusstsein die außerhäuslich, am „Arbeitsplatz“ entlohnte, daher „produktive“ Tätigkeit, als einzig wertvolle Tätigkeit zum Normalfall.

Der marktwirtschaftlich eingeengte Begriff von Arbeit kann als „Arbeit“ nur verstehen die bezahlten Tätigkeiten, und versteht als „produktiv“ nur solche Arbeit, die bezahlt wird. Alles, was nicht gegen Entgelt – Lohn Gehalt, Honorar etc. – erbracht wird, ist in der Wertschätzung ganz weit unten. Dies bedeutet die Entwertung und Ausblendung aller jener Tätigkeiten,

- die Voraussetzung für Erwerbsarbeit sind: Hausarbeit, Erziehungsarbeit, Versorgungsarbeit;
- Mit menschlicher Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung zu tun haben, ohne Geld abzuwerfen;
- Ästhetische oder künstlerische Leistung sind, ohne primäre aus dem Motiv „Geld“ und „Einkommen“ unternommen zu werden;
- Aus Solidarität, Verpflichtung, Mitgefühl oder sozialem Engagement erbracht werden: Pflegearbeit in Familie, Rentnerarbeit.

VI. Der große Life-event: Verrentung als Entwertung und Verlust.

Ich halte fest: Rentner, Arbeitslose, nicht berufstätige Frauen – alle Personen oder Gruppen, die nicht an der bezahlten Erwerbsarbeit teilnehmen – werden in der nach wie vor existierenden sog. Arbeitsgesellschaft als nicht (mehr) für voll genommen, da „was nicht entlohnt, erscheint nicht als Arbeit.“ (S.94, Bock/Duden).

Damit stellt die Verrentung – „Entberuflichung“ – ein, vielleicht *das* kritische Lebensereignis in der Biografie der modernen Menschen dar. Es ist jetzt schon darauf hinzuweisen, dass ihr Verlauf und ihre Wirkung – im Grunde zu beschreiben als gesellschaftlicher Wertverlust - eine ganz wesentliche, unterschätzte Rolle für die spätere Aktivität, Gesundheit und Lebensqualität beim Älterwerden bedeutet. Ich werde etwas später überlegen, ob diese Art der Entwertung durch die Entberuflichung dem Bereich „Wohnen“ nicht eine neue, meiner Meinung nach lange unterschätzte, bestimmte Bedeutung zuweist.

Es ist festzuhalten, Verrentung bedeutet heute mehrerlei:

1. Verlust der Vollwertigkeit.

Mit der Verrentung – oder Entberuflichung – verlieren die älteren Menschen den Bereich der Erwerbsarbeit, der in unserer Gesellschaft, weil mit Geld entlohnt, als einzig wirklich wertschöpfende Tätigkeit gilt. Nur wer mit Geld entlohnte Arbeit verrichtet, nimmt in letzter Konsequenz wirklich am gesellschaftlichen Leistungsverwertungsprozess teil und ist damit als vollwertiges Mitglied der Gesellschaft anerkannt. Alle anderen Gratifikationen für postberufliche Tätigkeiten (unbezahlte, ehrenamtliche, familiäre, soziale) – moralische, soziale, persönliche Belohnungen – sind von minderer Qualität und werden in einer geldbestimmten Gesellschaft zweiten Ranges.

Dies ist ein erster großer Verlust.

2. Verlust an Integration.

Bezahlte Erwerbsarbeit ist in unserer – nach wie vor sich als Arbeitsgesellschaft verstehenden - Gesellschaft (vielleicht mehr denn je, je knapper Arbeitsplätze werden) nach wie vor der Hauptmechanismus für Integration. Integration stellt sich subjektiv dar als Gefühl, wichtig und dabei zu sein, zu etwas Wichtigem zu gehören, einen Beitrag zu leisten. Mit dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben entfällt damit für die Rentner dieser Integrationsweg. Ab dann ist Integration eine sozusagen private, individuelle Abgelegenheit. Niemand bereitet einen darauf vor. *Dies ist der zweite große Verlust.*

3. Verlust an Identität und Struktur.

Die Funktionen der Erwerbsarbeit über den Einkommenserwerb reichen weit über den reinen Geldeinkommenserwerb hinaus; mindestens ebenso wichtig sind die Wirkungen auf dem Gebiet der Aufrechterhaltung der persönlichen und sozialen Identität:

- a. Individuelles Selbstwertgefühl
- b. Wissen und Gefühl gesellschaftlichen Werts
- c. Soziale Wertschätzung
- d. Soziale Kontakte
- e. Strukturierung und Organisierung des Alltags
- f. Zugehörigkeit zum Sozialen
- g. Zeitstruktur und Zeitgefühl
- h. Unterscheidung zwischen Arbeit und Freizeit

- i. Gefühle persönlicher Leistungsfähigkeit – mental und körperlich
Mit der Verrentung fallen diese Funktionen weg.

Dies ist der dritte große Verlust durch die Verrentung.

Die Schwierigkeiten, die aus dem Entfallen von Sinn und sinnvoller (wenn auch vielleicht längst nicht mehr erwünschter) Tätigkeit resultieren, sind in zahllosen Interviews und Untersuchungen dokumentiert. Man kann davon ausgehen, dass zahlreiche während der und nach der Verrentungsphase sich herausstellende persönliche Abweichungen und Krankheiten mit den oben genannten Verlusten und Brüchen direkt oder indirekt in Verbindung stehen:

- Körperliche und geistige Leistungsabfälle
- Schwierigkeiten in Beziehungen und Familien
- Auftreten von psychischen Problemen und Krankheiten, insbesondere von Depressionen, Ängsten, Unsicherheiten, Zwängen, Kommunikationsstörungen u.a.
- Krankheiten und psychosomatische Reaktionen mit Krankheitswert

Als ein illustratives Beispiel mag das folgende gelten:

„Frau B. ist 60 Jahre alt und seit vier Jahren in Pension. Im April letzten Jahres verstarb ihr Ehemann nach einem Schlaganfall. Nach längerer intensiver Pflege verstarb auch Frau B.'s Mutter letzten Oktober. ... Frau B. lebt mit ihrem 10 Jahre alten Hund in einer Zweizimmerwohnung im Zentrum von Meidling in Wien. Sie fühlt sich einsam, da sie wie sie selbst sagt, nur wenige soziale Kontakte hat. Frau B. hat eine Beziehung zu einem Mann, die sehr problematisch ist. Frau B. leidet unter Depressionen, beginnt immer wieder eine Psychotherapie, die sie nach einigen Sitzungen wieder beendet. ... „ (WHO/Europa. Gesundes Altern. Aufsuchende Aktivierung älterer Menschen. S. 24/25. O.J., o.O. 2005)

Fazit ist:

Mit der Verrentung und dem Entfallen der Berufsarbeit nimmt die doppelte Verwurzelung des modernen Menschen im Lebensbereich „Arbeiten, Beruf, Einkommen“ einerseits und „Wohnen, Versorgen, Freizeit“ andererseits ein Ende. Die gesellschaftliche Existenz von Rentnern wird halbiert und organisiert sich jetzt im Wesentlichen um das Wohnen. Mit der Verrentung verlieren also die Menschen den „Lebensbereich Arbeit“, der während der Berufstätigkeit *neben* dem „Lebensbereich Wohnen und Versorgen“ gelebt wurde, ersatzlos.

VII. Neue Bedeutung für das Wohnen

Mit der Verrentung nimmt deshalb die Wichtigkeit des Wohnens, und die Bedeutung der Wohnung zu. Es ist, zumindest in den Jahren des jüngeren Alters, das Verwiesensein auf diesen Lebensbereich, und nicht das Alter selbst, das diesen scheinbaren Rückzug aufs Private herbeiführt.¹

¹ Als Wohnen im **engeren** Sinn bezeichnen wir normalerweise die folgenden Vollzüge: Essen, Schlafen, freie Zeit verbringen. Intimität haben. Sich-erholen, regenerieren. Kinder aufziehen, erziehen, Raum bieten. Hygiene, Sich-pflegen, Gesundheit erhalten. Sich-verwalten, ordnen. Sich-versorgen, konsumieren. Konsumgüter bereit halten, von dort aus beschaffen. Soziale Kontakte nach außen haben. Wohnen im **weiteren** Sinn meint alle Tätigkeiten und Aktivitäten, die von einzelnen oder gemeinsam in Bezug auf den baulichen und sozialen Raum, in dem und mit dem gelebt wird, entfaltet werden. Dazu zählt alles von der Benutzung des Wohngebiets oder -umfelds etwa zu Festen über gemeinsame Beratungen, Organisation von Dienstleistungen und gegenseitige Hilfe bis zur Verwaltung mit Wohnungsgesellschaften.

Sieht man auf der anderen Seite die eben entwickelten Konsequenzen aus der Verrentung nicht einfach als gegeben und unabänderlich an – und man sollte sich der Senioren wegen und der Gemeinschaft wegen nicht damit abfinden - so muss das „Wohnen“, bislang in der Perspektive der `Wohnenden` als ein passiver, privater, konsumtiver Bereich gesehen, aus diesem einseitigen Verständnis heraus geholt werden: Zwar ist, sozioökonomisch gesehen, Wohnen als solches gesellschaftlich nicht produktiv, weil durch Wohnen kein Neuwert entsteht. Doch können aus dem Wohnen und durch das Wohnen, jetzt im weiteren Sinn verstanden, jede Menge an Impulsen und Gelegenheiten für wertvolle, sozial geschätzte und vielleicht sogar ökonomisch bedeutsame, wenn nicht sogar notwendige Tätigkeiten gewonnen werden.

Ein so verstandenes Wohnen ist dann wieder dadurch charakterisiert, dass in ihm die Erfahrung möglich ist, dass man durch sein Tun etwas bewirken kann.

Dass und wie es gegebenenfalls möglich ist, bestimmte Leistungen und Tätigkeiten zu honorieren, also mit einem Entgelt zu versehen, das nicht aus der Erwerbsarbeit kommt, ist eine andere Sache, die ich hier nicht weiter verfolgen kann. Jedenfalls wird es in der Zukunft zunehmend ältere Menschen, Frauen und Männer, geben, die über eine Aufbesserung ihrer Rente froh sein werden, wenn sie nicht sogar angesichts der heutigen Entwicklungen darauf angewiesen sein werden.

VIII. Ich fasse zusammen. Wohnen neu, im Sinn von anders, denken heißt:

Da den älteren Menschen in der Arbeitsgesellschaft von dem bipolaren Modell der modernen Existenz von „Arbeitsplatz und Wohnen“ nur das Wohnen bleibt, da es derzeit keine systematische Lösung für das kritische Lebensereignis „Verrentung“ und seine Folgen für das Alter gibt, spricht vieles dafür, den „Lebensbereich Wohnen“ neu zu denken und neu zu organisieren.

1. Wohnen *nicht reduziert* sehen als das bloße *individuelle/oder familiäre* Nutzen von Wohnraum, den man mietet oder kauft;
2. sondern zugleich als einen *komplexen sozialen Prozess*, der sich zwischen einer Vielzahl von mehr oder weniger nahen, aufeinander sich beziehenden Menschen, Paaren, Familien, Institutionen, Unternehmen, Behörden, Nachbarschaften, Bekanntschaften, Generationen, vollzieht;
3. in dem alle diese Gebilde, ob sie es wissen oder nicht, mehr oder weniger stabile *Netzwerke* bilden;
4. Wohngebäude und Wohngebiete *nicht mehr zu sehen als statische*, bauliche, gärtnerische Gebilde, die von Wohnungsgesellschaften, Einzeleigentümern und Mietern in möglichst gleichförmigem und sauberem Zustand gehalten werden sollen;
5. Sondern als (natürlich in Grenzen) *gestaltbare, veränderbare*, unterschiedlich nutzbare Flächen, Räume, Räumlichkeiten;
6. Als *aneignbare* Umwelt zu sehen, was einschließt, dass man sich nicht nur individuell aufregt, wenn einem etwas nicht passt, sondern gemeinsam etwas bewirken kann;
7. Es als *Betätigungsfeld* zu sehen, in dem von vielen Einzelnen für andere etwas erbracht werden kann (was häufig sogar dringend gebraucht wird);
8. Es als soziales Feld zu sehen, von dem aus man sich *Wertschätzung* und die Erfahrung, dass man durch sein Tun etwas bewirken kann, *erwerben* kann;

9. Wohnen als einen Bereich zu sehen, in dem *nicht nur* – hoffentlich zahlungsfähige – *Nachfrager* (nach Wohnraum, Services, Sicherheit, Versorgt werden) usw. leben;
10. Sondern Wohnen bedeutet auch *Menschen, die zu produktiven Leistungen* (insbesondere im Alter und in der Jugend) in der Lage sind, wenn die entsprechenden Strukturen existieren;
11. Wohngebiete als Gebilde zu sehen, in denen Menschen ihre bisherigen *Erfahrungen* – in welchem Alter auch immer – *einbringen* können, und so zur (wie auch immer verstandenen) Gemeinschaft etwas beitragen;
12. Wohnen, Wohngebiete als Lernbereich zu sehen, in dem man so etwas wie verloren gegangenes *Selbstwertgefühl* (wenigstens ansatzweise) wieder gewinnen kann;
13. Die Dimension Wohnen im weiteren Sinne zu verstehen als Möglichkeit der *Wieder-Inwertsetzung* von Ausgemusterten.

Was dies im Einzelnen bedeuten kann, wäre auszuarbeiten. Es gibt in diesem Sinne viele Initiativen. Und zahlreiche Projekte, die auf dieser Tagung ja auch zum Teil berichtet werden, enthalten bereits – direkt oder indirekt, und häufig implizit – Elemente der obigen Liste.

Worum es aber geht, ist:

- die wohnungswirtschaftlichen Akteure zu gewinnen für die bewusste und intendierte Behandlung des Sektors „Wohnen“ als für Verrentete existentiell bedeutender Aktivitätsbereich und Betätigungsfeld für ältere Menschen, in dem sie ihren gesellschaftlichen Wert bestätigt und ihre subjektive Identität erhalten oder rekonstruieren können - nicht über schöne Wohnung, sondern über Tätig-Sein.
- und die vereinzelt Einzelnen dazu zu bringen, dass sie nicht die bequeme Ruhe und Rundum-Sorglos-Services für Lebensqualität erhaltend sehen, sondern dass produktives Tätig-Sein für sich und andere das ist, was Identität gibt, Gesundheit erhält und, wenn man es will, Leben verlängert.

Das Quartierskonzept der Baugenossenschaft Freie Scholle eG am Beispiel des Nachbarschaftszentrums Meinolfstraße

Die Baugenossenschaft Freie Scholle eG wurde im Jahre 1911 aus der Arbeiterbewegung heraus gegründet und besitzt heute gut 5.000 Wohnungen im Stadtgebiet von Bielefeld. Mitte der achtziger Jahre wurde die Genossenschaft verstärkt mit dem Problem konfrontiert, dass alte Mitglieder aufgrund einer auftretenden Hilfs- und Pflegebedürftigkeit ihre Wohnung aufgeben mussten. Aufgrund dieser Entwicklung wurde die Verwaltung der Freien Scholle von den Selbstverwaltungsorganen der Genossenschaft beauftragt, nach Mitteln und Wegen zu suchen, wie ein Verbleiben in der Wohnung für diese Mitglieder auch bei dem Eintreten von Hilfs- oder Pflegebedürftigkeit gewährleistet werden kann.

Gleichzeitig zeigte eine Struktur- und Sozialanalyse aus dem Jahr 1987, dass 34% der Bewohner von Wohnungen der Freien Scholle älter als 60 Jahre waren. In der Stadt Bielefeld gehörten dagegen nur 22% der Einwohner dieser Altersgruppe an. Bezogen auf die Haushalte lebte fast in jedem zweiten mindestens eine Person über 60. So waren 27% aller Haushalte in der Genossenschaft Ein-Personen-Seniorenhaushalte (über 60 Jahre) und 18% Zwei-Personen-Seniorenhaushalte (beide Bewohner über 60 Jahre). Vor diesem Hintergrund begann die Freie Scholle 1988 damit, als erstes bundesdeutsches Wohnungsunternehmen eine eigene Altenberatung und -betreuung mit fachlich speziell ausgebildeten Mitarbeitern aufzubauen. Aufgabe der Mitarbeiter ist die Beratung und Betreuung der älteren und pflegebedürftigen Mitglieder, um ihnen den Verbleib in der zur Heimat gewordenen Wohnumgebung zu ermöglichen.

Erreicht werden soll dieses Ziel durch:

- Siedlungs- und gemeinwesenorientierte Altenarbeit
- Förderung von Selbst- und Nachbarschaftshilfe
- Anpassung von Wohnungen und Wohnumfeld gestalterisch und baulich an die Anforderung und Bedürfnisse im Alter
- Schaffung von Möglichkeiten, um auch im Krankheits- und/oder Pflegefall in der gewohnten Umgebung bleiben zu können

Dem Auf- und Ausbau der ersten siedlungsbezogenen Beratungsstelle 1988 folgten in den letzten 16 Jahren in allen anderen Siedlungen weitere Einrichtungen dieser Art.

Je nach Siedlung und Möglichkeit der Räume finden hier neben Altenberatung vor Ort unterschiedliche Angebote für Ältere – wie z.B. Kaffeetreff, Mittagstisch, themen-bezogene Informationsveranstaltungen, Fußpflege u.a.m. – statt.

Die Arbeitsschwerpunkte des sozialarbeiterischen Handelns der Mitarbeiter der Altenberatung sehen wie folgt aus:

- Ermittlung des individuellen Hilfebedarfs vor Ort (aufsuchende Hilfen)
- Koordination von Hilfen (insbesondere Pflege)
- Vermittlung von ambulanten u. sozialen Diensten
- Beratung und Begleitung bei Behördenangelegenheiten (z. B. Sozialhilfe)
- Sicherstellung der Finanzierung der vermittelten Hilfen
- Beratung und Begleitung pflegender Angehöriger
- Pflegehilfsmittelverleih aus eigenem Bestand
- intensive Betreuung verwirrter alter Menschen
- Beratung und Gestaltung von Wohnraum- und Wohnumfeldanpassung
- Planung und Umsetzung von Wohngruppen im Hausbestand

Die Umsetzung der Konzeption erfordert Arbeitsansätze, die ein differenziertes Angebot an Hilfe und Beratung sowie den Einsatz und die Zusammenarbeit verschiedener Träger, Institutionen und Berufsgruppen einschließen.

Aufgrund des gestiegenen Bedarfes nach den Leistungen der Altenberatung hat sich aus den anfangs zwei Mitarbeiter/-innen inzwischen ein Team von sieben Hauptamtlichen und fünf Zivildienstleistenden entwickelt. Zudem konnten etliche ehrenamtliche Helfer/-innen gewonnen werden.

Diese Personalentwicklung konnte von der Genossenschaft allein nicht bewältigt werden.

Hierzu wurde die Gründung eines eigenen Vereins notwendig, dem Freie Scholle Nachbarschaftshilfe e.V., der sich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden finanziert.

Durch die Mitarbeiter der Altenberatung der Freien Scholle konnten seitdem durch Beratung über soziale Hilfsdienste und deren Finanzierung, durch den Verleih bzw. Einbau von Pflegehilfsmitteln und durch behutsame Umbauten in den Wohnungen auf den jeweiligen Einzelfall abgestellte Problemlösungen gefunden werden. Hierdurch wurde die Wohnsicherheit erheblich gestärkt.

Aus dieser konkreten Arbeit heraus entwickelte die Freie Scholle die Konzeption einer quartiersbezogenen Altenarbeit, die in der Siedlung Auf dem Langen Kampe mit der Errichtung des Nachbarschaftszentrums Meinolfstraße umgesetzt werden sollte. Für die Verwirklichung des Projekts in diesem innerstädtischen Wohnquartier sprachen mehrere Gründe:

- Sowohl bei allen Quartiersbewohnern als auch bei den Bewohnern der Scholle-Siedlung war der Anteil der über 60-jährigen deutlich überdurchschnittlich. So betrug der Anteil der über 60-jährigen Quartiersbewohner 26 % (Stadt Bielefeld 22%) und der über 60-jährigen Scholle-Bewohner 38% (Freie Scholle 34%);
- Der Altenhilfeplan der Stadt Bielefeld aus dem Jahre 1989 bewertete dieses Quartier als eines mit dem höchsten Mangel an altengerechten Einrichtungen in der Stadt Bielefeld. Besonders betont wurde das völlige Fehlen von Altenwohnungen und Altenheimen;
- Auch die ärztliche Versorgung sowie Einkaufsmöglichkeiten waren in diesem Quartier unterdurchschnittlich;
- Es befand sich in zentraler Lage im Quartier ein circa 25.000 qm großes städtisches Grundstück, welches seit den frühen fünfziger Jahren für die Errichtung einer Schule freigehalten worden war.

Nach Entwicklung der Grobkonzeption des Nachbarschaftszentrums durch die Freie Scholle gelang es, die im Wohnquartier Meinolfstraße im Bereich der Altenhilfe tätigen Akteure in die Weiterentwicklung und Umsetzung der Konzeption einzubinden. Ende 1992 wurde die Arbeitsgemeinschaft (im Folgenden ARGE genannt) mit folgenden Akteuren gegründet:

- Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Bielefeld e.V. als Träger des Aktivitätszentrums, der Einsatzzentrale des MSD und der med. Fußpflege für Senioren
- Evangelischer Gemeindedienst als Träger der Sozialstation (Diakoniestation)
- Koordinationsstelle Altenhilfe der Stadt Bielefeld
- Freie Scholle Nachbarschaftshilfe e.V. als Träger der Altenberatung, Informations- und Wissensbörse und des Demonstrationsraumes für Pflegehilfsmittel

Im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft konnte die Konzeption ausdifferenziert werden. Dazu wurden regelmäßige Arbeitsbesprechungen abgehalten. Um die Gesamtkonzeption in einer breiten Fachöffentlichkeit zu diskutieren, wurde mit Unterstützung des Kuratoriums Deutsche Altershilfe und der Universität Bielefeld ein Hearing abgehalten.

Zur Unterstützung des Neubauprogramms wurden ab 1992 von der Arbeitsgemeinschaft Bausteine (Kurzdarstellungen über Inhalt und Ziele sowie Verlauf der Umsetzung) verkauft. Der Verkaufserlös dieser insgesamt fünf Bausteine in Höhe von 35.500 € konnte zweckgebunden in die Ausstattung des Zentrums eingebracht werden. Außerdem gelang es damit, Identität der Stadtteilbewohner mit dem Zentrum herzustellen.

Die konkrete Planung des Projektes ist gemeinsam mit den vor Ort Betroffenen durchgeführt worden. Durch den Betrieb eines im Frühjahr 1993 eingerichteten Planungsladens unmittelbar neben dem Baugrundstück wurde eine solche „Planung von unten“ realisiert. Durch Transparenz auch während der Umsetzung und Ausführung konnte Identität mit dem Zentrum und darüber hinaus mit dem Quartier geschaffen werden.

Der Planungsladen erfüllte folgende Funktionen:

- Geschäftsräume der ARGE;
- Arbeitsplatz der planenden Architekten; der jeweils aktuelle Planungsstand konnte von den Quartiersbewohnern unmittelbar mit dem zuständigen Sozialarbeiter und den Architekten besprochen werden;
- Informationsort für themenbezogene Veranstaltungen (z.B. Pflegeversicherung, Recht im Alter, Sicherheit u.v.a.);
- Kommunikationstreff anlässlich des Wochenmarktes („Marktklön“);
- Versammlungsort diverser Arbeitsgruppen zur Einbeziehung der vor Ort tätigen Mitarbeiter der kooperierenden Akteure.

Zum 01.01.1995 konnte durch finanzielle Förderung durch Mittel des Bundesministeriums für Arbeit eine Koordinierungsstelle für das Nachbarschaftszentrum Meinolfstraße eingerichtet werden. Sie konnte parallel zur baulichen Umsetzung maßgeblich zur Verbesserung der Zusammenarbeit der relevanten Anbieter der Altenarbeit auf der örtlichen Ebene beitragen.

Als Arbeitsschwerpunkte dieser Stelle sind zu nennen:

- Abstimmung der Angebotspalette zwischen sämtlichen Trägern innerhalb der ARGE;
- Kooperation mit anderen örtlichen Trägern und Anbietern der offenen, ambulanten, teilstationären und stationären Altenhilfe sowie der niedergelassenen Ärzte, Heil- und Pflegeberuflern und Kostenträgern;
- Abklärung von Versorgungs- und Kooperationsdefiziten;
- Förderung der Umsetzung von angewandter gerontologischer Forschung;
- Weiterentwicklung und Ausbau der ambulanten pflegerischen Dienste im Versorgungsbe-
reich;
- Unterstützung des Prinzips der siedlungsbezogenen und gemeinwesenorientierten Altenarbeit;
- Berücksichtigung einer stärker ganzheitlichen Ausrichtung der Hilfsangebote, damit besser an die Lebenswelt alter und hilfebedürftiger Menschen angeknüpft werden kann.

Im April 1995 konnte mit der baulichen Umsetzung der Konzeption begonnen werden. Im ersten Bauabschnitt entstanden neben den sozialen Einrichtungen der Mitglieder der ARGE 29 barrierefreie Genossenschaftswohnungen sowie drei Arztpraxen, eine Praxis für Ergotherapie, ein Friseur- und ein Bäckerladen. Die gesamten Kosten des ersten Bauabschnittes betragen circa 8,1 Mill. €. Durchgeführt wurde das Bauvorhaben von der Bauherrngemeinschaft Freie Scholle. Dabei errichtete die Genossenschaft ohne öffentliche Zuschüsse die Wohnungen und die Freie Scholle Bau- und Dienstleistungs-GmbH die gewerblichen Einheiten. Bauherr der sozialen Einrichtungen war der Verein Freie Scholle Nachbarschaftshilfe e.V. Auf den sozialen Bereich entfielen dabei Kosten in Höhe von 1,15 Mill. €. Finanziert werden konnte die Baumaßnahme durch Mittel aus dem Modellprogramm des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung zur Verbesserung der Situation Pflegebedürftiger in Höhe von 725.000 € und Zuschüsse der Stiftung Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen in Höhe von 240.000 €. Die restlichen 185.000 € konnte der Nachbarschaftshilfeverein aus Eigenmitteln aufbringen. Ende 1996 konnte das Nachbarschaftszentrum seine Arbeit aufnehmen.

Anfang 1998 begann die Baugenossenschaft Freie Scholle mit der Realisierung des zweiten Bauabschnitts. Neben 63 barrierefreien Genossenschaftswohnungen, von denen eine als Gästewohnung vorgehalten wird, entstanden zwei jeweils mehr als 220 qm große Wohnungen für betreute Wohngruppen. Darüber hinaus mussten auf Grund des großen Zulaufs der Praxis für Ergotherapie für diese im zweiten Bauabschnitt größere Räumlichkeiten errichtet werden. Ende 1999 bzw. Anfang 2000 konnte der zweite Bauabschnitt, für den die Freie Scholle Aufwendungen in Höhe von 11,6 Mill. € hatte, vollständig bezogen werden. Gleichzeitig konnte in der ehemaligen Praxis für Ergotherapie im ersten Bauabschnitt eine Praxis für Krankengymnastik angesiedelt werden.

Im Jahr 2002 wurde dem Nachbarschaftszentrum vom Sozialverband Deutschland (SoVD) die Plakette für behindertengerechtes Bauen verliehen.

Zurzeit wohnen in den 89 Genossenschaftswohnungen 119 Bewohner ausschließlich in Ein- und Zwei-Personen-Haushalten. Nur neun Bewohner (7,6%) sind 60 Jahre und jünger, 34 Bewohner (28,6%) sind zwischen 61 und 75 Jahre alt und 76 Bewohner (63,9%) sind älter als 75 Jahre. Das Durchschnittsalter beträgt 76,4 Jahre. Trotz dieser Altersstruktur ist die Fluktuation äußerst gering. In den knapp acht Jahren seit Bezug des ersten Bauabschnittes wurden dort bis jetzt 12 und in den knapp fünf Jahren seit Bezug des zweiten Bauabschnittes wurden dort bis jetzt 11 Wohnungen gekündigt. Dies entspricht einer durchschnittlichen

Fluktuation von 4,7% im Jahr. Im Vergleich dazu liegt die Fluktuation in der gesamten Genossenschaft zwischen 8% – 9% und bei den anderen Bielefelder Wohnungsunternehmen bei durchschnittlich 10% - 11%. Bezogen auf alle Scholle-Wohnungen im Quartier Meinolfstraße ist festzustellen, dass sich zwar der Anteil der über 60-jährigen Quartiersbewohner von 37,8% im Jahr 1987 auf 36,5% im Jahr 2004 reduziert hat. Bemerkenswert ist aber die Verschiebung innerhalb der älteren Genossenschaftsbewohner. Während 1987 10,6% der Scholle-Bewohner älter als 75 Jahre waren, sind es aktuell 19,0%. Damit liegt der Anteil der über 75-jährigen in diesem Bereich um zehn Prozentpunkte über dem Anteil der über 75-jährigen an der Gesamtbevölkerung der Stadt Bielefeld, der bei 8,9% liegt.

Auch nach Fertigstellung des zweiten Bauabschnittes wurden weitere Maßnahmen seitens der Freien Scholle ergriffen, um die Wohn- und Lebensqualität in diesem Quartier zu steigern. So wurde das Ende der fünfziger Jahre fertig gestellte Haus Auf dem Lange Kampe 93a, das direkt neben dem ersten Bauabschnitt des Nachbarschaftszentrums steht, modernisiert. Die Wohnungen dieses fünfgeschossigen Hauses werden auf den jeweiligen Etagen durch Laubengänge erschlossen. Dadurch war es möglich, durch den Anbau eines Fahrstuhls die 24 Wohnungen barrierefrei erreichbar zu machen. In dem im Erdgeschoss gelegenen ehemaligen Planungsladen, der nach Fertigstellung des Zentrums nicht mehr benötigt wurde, wurden im Zuge der Modernisierungsarbeiten Räumlichkeiten für eine Apotheke geschaffen. Außerdem wurde im Bestand die Zusammenlegung von Wohnungen forciert, um neben altengerechten auch mehr familiengerechte Wohnungen im Quartier zu schaffen. Neben diesen baulichen Maßnahmen wurde im Jahr 2002 die erweiterte Selbstverwaltung in diesem Siedlungsgebiet eingeführt, die die Beteiligung der Mitglieder an allen das Siedlungsgebiet betreffenden Entscheidungen sicherstellt. Ein willkommener Zufall ist in diesem Zusammenhang, dass die Vorsitzende des Siedlungsrates gleichzeitig auch Vorsitzende des Bielefelder Seniorenrates ist. Seit 2003 ist das Siedlungsgebiet auch wieder durch eine Bewohnerin im Aufsichtsrat der Freien Scholle vertreten.

Die Erfahrungen aus dem Bereich Meinolfstraße wurden von der Freien Scholle genutzt, um auch in ihren anderen Siedlungen die Quartiersarbeit weiter auszubauen. So wurde im Siedlungsgebiet „Spindelstraße“ mit knapp 600 Schlichtwohnungen aus den frühen fünfziger Jahren das Konzept des lebensgerechten Wohnens entwickelt und im Zuge der Vollmodernisierung dieses Gebietes durch die Errichtung eines weiteren Nachbarschaftszentrums und der verstärkten Schaffung von familiengerechtem Wohnraum im Bestand sowie durch einen bestandsersetzenden barrierefreien Neubau umgesetzt (vgl. hierzu auch das auf dem Expertenworkshop am 18. Juni 2003 in Heidelberg gehaltene Impulsreferat zu diesem Thema in: Bertelsmann Stiftung/Kuratorium Deutsche Altershilfe (Hrsg.), Quartiersbezogene Wohnkonzepte, Gütersloh/Köln 2004, S. 19 – 26).

Zurzeit ist die Freie Scholle dabei, die bisherigen Erfahrungen in einem weiteren Quartiersprojekt in zentraler Innenstadtlage zu nutzen und weiter zu entwickeln. Hierbei ist auch der Neubau eines Nachbarschaftszentrums ab dem Jahr 2007 geplant.

Darüber hinaus steht die Freie Scholle als Ansprechpartner für andere Wohnungsunternehmen in der Bundesrepublik, die ebenfalls die Wohnsicherheit ihrer älteren Bewohner in ihren Quartieren stärken wollen, zur Verfügung. Vor allem die Idee der Gründung eines Nachbarschaftshilfvereins wurde dabei bereits von vielen Wohnungsunternehmen in ganz Deutschland übernommen.

Dr. Kirsten Mensch, Schader-Stiftung

„Smartes“ Wohnen im Alter

1.

Stellen Sie sich vor, Sie wohnen in einem Mehrparteienhaus. In Ihrem Stockwerk wohnt neben Ihnen eine Familie mit zwei kleinen Kindern und auf der anderen Seite eine alte Frau. Die Frau wird wie alle Menschen jedes Jahr älter, doch ihr merkt man jedes weitere Jahr an. Das Treppensteigen fällt ihr schwerer – zum Glück wohnt sie nur im 1. Obergeschoss, ihre Hände werden zittriger, das Sehen fällt ihr nicht mehr so leicht wie früher. Doch sie lebt offenkundig gut, selbständig und zufrieden in ihrer kleinen Wohnung. Dass sie beim Treppeputzen, das alle drei Wochen auf sie fällt, nicht mehr so sauber putzt, stört keinen im Haus. Dafür freuen sich alle darüber, dass sie nett zu den Kindern ist, ihnen oft über den Kopf streicht und tröstende Worte spricht, wenn mal wieder ein mit Pflaster versorgtes Kinderknie zu sehen ist. Hört sich nach Mehrgenerationenidylle in einem Mietshaus an, nicht wahr?

Aber nun stellen Sie sich bitte vor, dass eines Tages schon zum zweiten Mal innerhalb weniger Wochen ein beißender Geruch aus der kleinen Wohnung und Rauch aus dem Küchenfenster dringt. Die alte Frau hat wieder einmal vergessen, dass sie einen Topf mit Milch auf den Herd gestellt hatte. Sie wollte Milchkaffee machen. Die Milch hatte sie schon aufgesetzt, als sie merkte, dass sie zu wenig Kaffee im Haus hatte. Da der kleine Laden um die Ecke nicht weit ist, wollte sie eben dort Kaffee holen. Man kann sich vorstellen, wie es weiterging. Als die Frau mit dem erstandenen Kaffee zurückkam, war schon die Feuerwehr da, hatte die Tür aufgebrochen und die Hausgemeinschaft vor Schlimmeren bewahrt. Ebenso kann man sich vorstellen, wie die Nachbarn reagieren werden. Da es schon das zweite Mal war, werden sie schnell sagen, die alte Frau solle ins Heim. Sie sei eine Gefahr für alle, insbesondere auch die Kinder im Haus.

Es gibt zwei mögliche Enden für diese Geschichte: Erstens: Die alte Frau gibt ihre Selbständigkeit auf und zieht in ein Heim oder eine Wohnanlage für alte Menschen. Oder zweitens: Sie sichert ihre Wohnung mit entsprechender Technologie.

2.

Wohnungen, ausgestattet mit vernetzter Technologie, die die Sicherheit erhöhen, den Alltag erleichtern, die Gesundheit befördern und Information sowie Kommunikation verstärken, gelten als so genannte „smarte“ Wohnungen. Die Schader-Stiftung und das Berliner Institut für Sozialforschung führen – gefördert vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung – ein Evaluationsprojekt zu „smarten“ Wohnungen für Ältere durch (Projekttitle: „Die elektronische Ausstattung altersgerechter Wohnungen und Gebäude (smart home) – Eine effektive und kostengünstige Antwort auf die Anforderungen des demographischen Wandels“). Dabei werden bereits realisierte „smart-home“-Projekte analysiert und vor Ort Interviews durchgeführt. Befragt werden die Projektbetreiber, Experten, aber insbesondere auch die Bewohner und Nutzer der innovativ ausgestatteten Wohnungen. Die Befragungen finden derzeit statt. Das Projekt wird voraussichtlich 2007 abgeschlossen werden mit einer Veranstaltung und einem Praxis-Handbuch.

3.

Ein Vorzug einer elektronischen Vernetzung innerhalb der Wohnung liegt nach dem eben erzählten Beispiel auf der Hand: Die Erhöhung der **Sicherheit**. Mit einem Gerätecheck, der an das Schließen der Wohnungstür gekoppelt ist, lassen sich leichthin eine ganze Reihe von Gefahrenquellen vermeiden: Wenn man die Wohnung verlässt, stellt sich automatisch der Herd, das Bügeleisen oder auch der noch laufende Wasserhahn im Bad ab. Eine Sensorüberwachung aller Räume ist ebenfalls sinnvoll – damit nicht die Milch in der Küche anbrennt, während sich die alte Frau im Wohnzimmer gerade mit dem Hochziehen der Rollläden abmüht.

Aber nicht nur eine Vernetzung innerhalb der Wohnung (also von Wohnungstür zu Endgeräten oder von Sensoren zu Endgeräten), sondern auch eine Vernetzung nach außen ist möglich und kann sinnvoll sein. Gerade für ältere Menschen kann eine Servicestation als Ansprechpartner gewinnbringend oder als reiner Sicherheitsfaktor beruhigend sein. Mit einem externen Netz kann man weitere Sicherheitsvorkehrungen schaffen, wie z. B. Notruf in verschiedenen Räumen, Sturzmelder, Telemonitoring.

Sicherheit kann jedoch noch eine andere Bedeutungskomponente haben, die sich gerade im Alter verstärkt: Die Angst vor Kriminalität. Auch hier kann intelligente Netztechnologie von Nutzen sein: Tür- und Fensterüberwachung schützen ebenso wie eine Anwesenheitssimulation bei Abwesenheit vor Einbrechern – und ebenfalls vor der quälenden Angst vor Einbrüchen.

Aber nicht nur die Sicherheit lässt sich durch technologische Ausstattung erhöhen. Auch der **Alltag** lässt sich erleichtern. Lassen Sie mich noch einmal zu der alten Frau zurückkehren. Wir wissen, sie ist noch rüstig genug, um selbständig in ihrer Wohnung zu leben. Sie kann einkaufen gehen, kochen, kommt, wenn auch langsam, aber nach wie vor gut die Treppe hoch. Doch schwerere Tätigkeiten fallen ihr nicht mehr so leicht. Auch das Aufstehen aus ihrem Lieblingssessel ist für sie mühsam. Zudem lassen ihre feinmotorischen Fähigkeiten etwas nach. Den Schlüssel in das Schlüsselloch ihrer Wohnungstür zu stecken, ist immer wieder eine Herausforderung. Wenn dann noch die Finger etwas klamm sind, weil draußen kaltes Regenwetter herrscht, geht es kaum noch. Auch hier kann man Abhilfen schaffen durch „smarte“ Technologie: Die Schließanlage an der Tür, die den Fingerabdruck lesen kann, wäre genauso förderlich, wie fernsteuerbare Rollläden und Fenster. Auch Einrichtungen wie das Nachtlicht, das angeht, sobald man das Bett verlässt, und die automatische Wannereinreinigung sind bequeme und Stürzen vorbeugende Installationen.

Auch im **Gesundheitsbereich** ergeben sich neue Möglichkeiten. Hier seien exemplarisch genannt die Möglichkeiten, Biodaten über das Computernetz zum Hausarzt zu leiten, Erinnerungsfunktionen zum Beispiel für das Einnehmen von Medikamenten, die Überwachung der Luftqualität und Luftfeuchtigkeit, die Statusüberwachung über Telemonitoring. Ebenso im Bereich **Unterhaltung und Kommunikation** lassen sich mögliche Vorzüge von technologischen Ausstattungen aufzeigen. Bildtelefonie kann für Menschen, die nur mit Mühe das Haus verlassen können, ein Mittel gegen Vereinsamung sein. Auch virtuelle Reisen oder online-Museen sind möglich. Ebenso wäre durch ein Intranetz der E-Mail-Kontakt zu Menschen in der näheren Umgebung (im selben Stadtviertel, vielleicht im selben Haus) möglich. Hier könnten per E-Mail Kontakte geschaffen werden, die in echte Treffen oder gegenseitige Hilfen münden.

4.

Die Bandbreite der Möglichkeiten, die das Leben im Alter erleichtern und sicherer machen, ist groß. Allerdings ist es oftmals so, dass dem „smarten“ Wohnen mit Skepsis begegnet wird. Warum?

Meines Erachtens liegt es daran, dass immer wieder Schreckensbilder in den Medien dargestellt werden. Das technisch Machbare (oder auch technisch vielleicht irgendwann Machbare) wird als das dargestellt, was uns allen in wenigen Jahren blühen wird – unabhängig davon, ob wir das wünschen oder nicht. Da ist die Rede von einem Pflegeroboter, der Aufgaben wie Waschen und Essen reichen übernehmen soll. Oder das Beispiel des japanischen Roboter-Haustierchens, das den älteren Menschen Zuneigung und Anregung bieten soll – oder genauer: die Illusion von Zuneigung. Von solchen Dingen spreche ich hier nicht! Die Technik soll weder aufgezwungen werden durch das, was gerade machbar ist, noch soll sie die menschlichen Bedürfnisse nach Gemeinschaft und individueller Nützlichkeit stillen. Die Technik dient als Mittel. Sie soll dem Menschen nutzen – und zwar so, wie der individuelle Mensch es benötigt und wünscht. Daher sind auch all die Ausstattungen, die eben beispielhaft genannt wurden, Möglichkeiten, die zur Auswahl stehen, kein Muss einer „smarten“ Wohnung.

Auf drei immer wieder verlautebarte Befürchtungen möchte ich näher eingehen:

- a) die Angst, die technische Ausstattung könne der Vereinsamung Vorschub leisten,
- b) die Befürchtung, manche der vernetzten Technologien führen zu einer entwürdigenden Überwachung,
- c) der Glaube, all dies sei nur etwas für Technikbegeisterte.

Zu a):

Natürlich könnten die Möglichkeiten, online ein Museum zu besuchen, über eine Netzverbindung die Blutdruckwerte zum Hausarzt zu transferieren, statt dort täglich hinzugehen, oder E-Mails zu verschicken, statt ein Kaffeehaus zu besuchen, zu einer Lebensart führen, die häuslicher ist. All das trifft aber auch für den von uns allen genutzten Fernseher zu, der uns davon abhält, ins Kino oder ins Theater zu gehen. Und ebenso trifft es auf unser Telefon zu. Aber anders als bei jüngeren Menschen, die täglich überlegen können, ob sie heute den Fernsehfilm oder das Theaterstück bevorzugen, haben ältere Menschen oftmals nicht mehr die Wahl. Dort steht nicht zur Auswahl, ein Museum in einer anderen Stadt zu besuchen oder aber es online zu besichtigen. Bei manchen gibt es auch nicht die Möglichkeit, täglich zum Arzt zu gehen. Die Möglichkeit besteht eventuell nur an jenen Tagen, an denen die berufstätige Tochter dafür Zeit hat. Dann lautet die Wahl: Entweder Online-Museum oder kein Museum bzw. entweder eine ärztliche Kontrolle nur einmal die Woche oder täglich per Biodatentransfer. Und genauso: Entweder E-Mail-Austausch mit Bekannten oder aber gar kein Austausch, weil ein gemeinsamer Kaffeehausbesuch nicht möglich ist. Wie immer in solchen Dingen ist die Frage der Einrichtung und Nutzung technischer Möglichkeiten eine Frage der Abwägung. Für manche ist die Einrichtung eines E-Mail-Anschlusses die rettende Insel in einem Meer der Einsamkeit. Für andere ist es die Versuchung, der Bequemlichkeit nachzugeben und das Haus nicht mehr zu verlassen. Das Letztere wäre natürlich die schlechtere Alternative. Aber aus diesem Grund die technische Möglichkeit eines altersgerechten E-Mail-Anschlusses zu verteufeln, wäre voreilig. Sonst müsste man sofort auch den eigenen Fernseher abschaffen.

Zudem sind gerade in den heutigen Zeiten, in denen die Familienangehörigen oftmals in verschiedenen Städten (wenn nicht gar Ländern) leben, moderne Kommunikationsmittel der

einzigste Weg, einen innigen Austausch zu ermöglichen. Bildtelefonie, die dem Wunsch einer alten Frau entgegen kommt, nicht nur an Weihnachten ihr Enkelkind zu Gesicht zu bekommen, oder auch das E-Mailen, das – was ein großer Vorteil ist! – dem Schreiber seine eigene Geschwindigkeit und die mehrfache Kontrolle des Geschriebenen erlaubt, sind hier vortreffliche Instrumente zum Erhalt des Kontakts. Die Befürchtung, diese Technik könnte zur **Verinsamung** führen, erscheint geradezu widersinnig.

Zu b):

Telemonitoring oder auch die Kontrolle der täglichen Ruhe- und Bewegungszeiten lassen schnell die Angst vor entwürdigender **Überwachung** aufkeimen. Um es offen zu sagen: Ich möchte heute nicht, dass man mit Hilfe einer Kamera meinen Schlaf überprüft. Aber falls ich an nächtlichen Asthmaanfällen leide, fände ich es gar nicht schlecht, wenn im Notfall jemand zu mir käme und mich vor dem Erstickungstod rettete. Es ist bei diesen Möglichkeiten so, wie zuvor schon gesagt: Es ist eine Frage des Bedürfnisses. Was für uns heute vielleicht noch abschreckend klingt, könnte etwas sein, das wir uns unter anderen – schlechteren – Bedingungen dringend wünschen. Schwierig wird die Sache mit dem Telemonitoring oder auch Sensorkontrollen bei dementen Menschen. Sie können ihr Einverständnis dazu nicht mehr selbst geben. Hier haben wir ein ethisches Problem, das wir aber auch bei anderen Fragen des Umgangs mit dementen Menschen haben. Es ist zu überlegen, was die würdevollere Umgangsweise ist: Einen Dementen mit Hilfe von Sensoren oder Kameras zu überwachen und zu ihm zu eilen, sobald er sich selbst zu gefährden droht? Oder aber von vornherein alle Möglichkeiten z. B. zum Verlassen des Hauses durch abgeschlossene Türen zu verhindern?

Zu c):

Der dritte Grund für eine Ablehnung „smarter“ Wohnformen ist oftmals die Ansicht, dies sei nur etwas für **Menschen, die sich für Computer und Technik begeisterten**. Zum Teil stimmt das sicherlich. Doch ich bin mir sicher, dass es sich ändern wird. Zum einen, weil nun eine Generation ins Alter kommt, die mit dem Computer umzugehen gelernt hat. Und zum anderen, weil die Nutzeroberflächen sich vermehrt an die Bedürfnisse älterer Kunden anpassen werden. Natürlich können die Senioren keine komplizierten Programmierungen auf einem Mini-Notebook mit entsprechend kleinen Tasten und noch kleinerer Schrift auf dem Bildschirm durchführen. Aber die Einstellung der automatischen Rollladensteuerung mit Hilfe einer Uhr wird ihnen durchaus möglich sein. Die Technik und ihre Steuerung wird sich auch hier dem Vermögen und den Bedürfnissen der sie nutzenden Menschen anpassen.

5.

Die Schader-Stiftung ist bestrebt, mit ihrem Projekt „Gewinne des Alterns“ Situationen und Strukturen aufzuzeigen, die nicht nur dem wachsenden Anteil älterer Menschen in unserer Gesellschaft nutzen, sondern auch weiteren Teilen der Gesellschaft. Die technische Ausstattung von Wohnungen angepasst an die Bedürfnisse und Vermögen der in ihnen wohnenden älteren Menschen ist eine solchermaßen gewünschte „win-win-Situation“.

Hierbei können sich auf vielen Seite Gewinne zeigen:

- Bei den älteren Menschen selbst: Ihre Sicherheit, ihr Komfort und ihre Lebensqualität erhöhen sich.
- Bei deren Nachbarn: Die Sicherheit der Hausgemeinschaft wird schon allein durch den verbesserten Brandschutz, aber auch durch den Wasserüberlaufschutz erhöht.
- Bei den Angehörigen: Seine alten Familienangehörigen in sicherer Umgebung zu wissen, mit ihnen auf moderne Weise Kontakt aufnehmen zu können und unter Umständen noch einen zuständigen Ansprechpartner in einer Servicestation zu kennen, wird für die Angehörigen beruhigend und entlastend sein.
- Bei den Wohnungsunternehmen: Stattet ein Wohnungsunternehmen seine Wohnungen mit „smarten“ Techniken aus, stellt es vielleicht noch eine Servicestation zur Verfügung, dann wird sich nicht nur der Wert der Wohnungen erhöhen, sondern die alt werdenden Mieter werden länger in diesen Wohnungen verbleiben können. Bei zunehmenden Leerständen, auch bei unattraktiv gewordenen Bauten der 60er oder 70er Jahre kann eine Investition in „smarte“ Ausstattung gewinnbringend sein.
- Gewinne durch Technikentwicklung: Die Nachfrage nach „smarten“ Installationen und nach deren bedienerfreundlichen Handhabbarkeit wird zu neuen Technologieentwicklungen führen und somit den Forschungs- und Arbeitsstandort Deutschland stärken.
- Volkswirtschaftliche Gewinne durch Prävention: Schon allein die Installation eines beim Verlassen des Bettes automatisch Licht gebenden Nachtlichtes kann vor zahlreichen Oberschenkelhalsbrüchen schützen. Das ist nicht nur individuell vorteilhaft, sondern entlastet die Kranken- und Pflegekassen. Analoges lässt sich zur Brandvermeidung sagen. Ebenso wird das längere Verbleiben eines alten Menschen in seiner eigenen Wohnung die Volkswirtschaft entlastet. Beim absehbaren Anstieg der Anzahl alter Menschen in der Gesellschaft ist eine anteilmäßige Unterbringung in Heimen und ähnlichen Einrichtungen, wie wir sie heute haben, kaum mehr finanzierbar.
- Weitere Gewinner sind denkbar: etwa ambulante Pflegedienste, die sich auf die neuen Möglichkeiten einstellen, Altenhilfeeinrichtungen, die mit den neuen Möglichkeiten der Vernetzung arbeiten usw.

Es gibt noch einen potentiellen Gewinner: Wie bei so gut wie allen neueren Konzepten und Wohnformen, die vorteilhaft für die ältere Generation sind, kann auch das „smarte“ Wohnen eine Option für Jüngere darstellen. Wichtig dabei – sowohl für die Alten wie auch die Jungen – ist immer die Abstimmung der zu installierenden Technik auf die individuellen Bedürfnisse der Nutzer. Geschieht dies, kann elektronische Netztechnologie zu einer höheren Lebensqualität und entsprechender Zufriedenheit führen.

Stationäre Hausgemeinschaften – Mit Alltagsnormalität eine Perspektive für das „deutsche Pflegeheim“ schaffen

Als Alternative zu konventionellen anstaltsähnlichen Altenpflegeheimen gewinnen Hausgemeinschaften [...] in Deutschland immer mehr an Bedeutung [...]. Hausgemeinschaften stehen für eine Abkehr von institutionalisierten, vordergründig auf Pflegequalität ausgerichteten Modellen und für eine Hinwendung zu einem an mehr Lebensqualität orientierten Normalitätsprinzip. [...] alle heimtypischen zentralen Versorgungseinrichtungen [...] werden abgeschafft. [...] Entscheidend ist die Abkehr von krankenhaushähnlichen Strukturen, hin zu kleinen Einheiten mit einer familiären Atmosphäre und normalen, alltäglichen Aktivitäten.

Vielleicht war es dieses eindeutige Bekenntnis im „Vierten Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland“ (Deutscher Bundestag – 14. Wahlperiode, Drucksache 14 / 8822 vom 18.4.2002, S. 259 f.), dass gerade stationäre Hausgemeinschaften in den vergangenen Jahren immer mehr in den Fokus der Betrachtungen rücken, wenn es um neue stationäre Wohn- und Pflegeformen für ältere und / oder pflegebedürftige Menschen geht. Aber auch die allseits publizierten Missstände in so manchen traditionellen Pflegeheimen forderten zum Umdenken auf.

Landauf und landab kann man nun feststellen, dass sich die unterschiedlichsten Träger bei neuen Projekten oder bei anstehenden Sanierungen besonders auch den stationären Hausgemeinschaften annehmen. Hausgemeinschaften stehen dabei für die Abkehr vom institutionalisierten Heim und damit gleichzeitig für die Hinwendung zum moderierten, sich am Alltag orientierenden Lebensraum im Heim. Man kann schon behaupten, dass Hausgemeinschaften ein wenig en vogue sind, wenn gleich von den insgesamt rund 650.000 stationären Pflegeplätzen im Land sich vielleicht erst 3000 bis 4000 in vollstationären Hausgemeinschaften befinden.

Was ist es, was Hausgemeinschaften für so viele spannend macht? Warum entscheiden sich immer mehr Einrichtungsträger für die Pflegekonzeption der Hausgemeinschaft, die vom Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA) auch als 4. Generation des Altenpflegeheimbaus in Deutschland bezeichnet wird?²

Ab dem Jahr 2000³ findet sich in Deutschland diese neue Generation von stationären Einrichtungen. Diesen Häusern liegt die Konzeption und die Leitidee einer alltagsnahen Normalität zugrunde, die dem Nutzer der Einrichtung, der nunmehr sprachlich wie konzeptionell zum „Mitglied einer Hausgemeinschaft“ avanciert, Sicherheit und Geborgenheit zu leisten hat. Struktur und Organisation solcher Pflegeheime orientieren sich damit auch ein Stück weit am (gewohnten) Familienleben. Es gilt der Grundsatz: So viel Selbständigkeit wie möglich und so viel Pflege und Hilfe wie nötig.

Auch die Architektur orientiert sich an einer ganz normalen Wohnung, in einem (durchschnittlichen) Wohnhaus. Es gibt einen Abbau von zentralen Versorgungseinrichtungen. So gibt es bei-

² Hans-Peter Winter, Rolf Gennrich, Peter Haß 2002.

³ KDA-Pressemitteilung v. 25.10.2000: KDA initiierte neue Generation von Altenpflegeheimen. Erster Neubau mit familienähnlichen Hausgemeinschaften bezogen. KDA-Köln 2000. Allgemein zu Hausgemeinschaften siehe Arend 2005.

spielsweise in Häusern der vierten Generation keine Zentralküche mehr. Vielmehr wird in kleinen Haushaltsküchen in den Hausgemeinschaften vor Ort die Speisenzubereitung weitgehend mit den Bewohnern bzw. den Mitgliedern der Hausgemeinschaft erledigt.

„Das Leben in der Hausgemeinschaft soll sich so nah wie möglich am Normalen bewegen. Als Leitperspektive für das Normale wird dabei die gesellschaftliche Normalität außerhalb des Heims angesehen. Therapeutische Maßnahmen werden daher nur bei Bedarf eingestreut, denn die Gestaltung des Alltages – so die Philosophie – ist Therapie.“⁴

In einem Heim der vierten Generation gibt es keine „Stationen“ mehr, sondern kleine familienähnliche Gruppen, die (je nach Konzept) zwischen 8 bis 12 Personen aufweisen. Das alltägliche Leben der Hausgemeinschaften wird von permanent anwesenden Bezugspersonen zusammen mit den Bewohnern, aber auch den Angehörigen organisiert. Diese Organisation des Alltags orientiert sich auch an den Strukturen eines normalen Haushalts. Kranken- und Altenpflege kommt nur dann zum Einsatz, wenn sie vonnöten ist. Dabei gibt es keine hierarchische Gliederung: Pflege und Betreuung sind in einem Pflegeheim der vierten Generation dem Verständnis nach Partner bei der ganzheitlichen Betreuung eines Menschen. Das bedeutet, dass examinierte Pflegefachkräfte nicht automatisch Vorgesetzte von Mitarbeiter(innen) sind, die im Bereich Betreuung, Begleitung und Hauswirtschaft tätig sind. Vielmehr wird von einer gleichberechtigten, eben ganzheitlich orientierten Teamleistung ausgegangen.

„Die Strukturen der Institution sollen nicht mehr das Leben der Bewohner bestimmen, sondern die Organisation soll zweckdienlich für die Bedürfnisse der Bewohner konstituiert und konstruiert werden. Durch die Zurverfügungstellung einer Alltagsnormalität soll dies in der Realität umgesetzt werden.“⁵

Vorbilder des Altenpflegeheims der vierten Generation finden sich in Frankreich (Cantous⁶ - Cantou frz. = Feuerstelle) und in den Niederlanden (Hofjes⁷). In Deutschland ging in Haltern ein erster Prototyp einer frühen Form einer Hausgemeinschaft 1989 in Betrieb. Freilich dauerte es noch gut ein Jahrzehnt, bis die erste moderne Hausgemeinschaft mit wissenschaftlicher Begleitung ihre Pforten öffnen konnte. Eine Hand voll weiterer Modellversuche mit einer Größenordnung von bis zu 40 Personen entstanden in der unmittelbaren Folgezeit und stellten ihre Tauglichkeit für eine leistungsfähige Betreuung und Pflege unter Beweis.⁸

Derzeit kann man drei verschiedene Formen von stationären Hausgemeinschaften ausmachen:⁹

Solitäre Hausgemeinschaft

Als solitäre Hausgemeinschaft wird die einzelne Hausgemeinschaft verstanden, die vollständig autark, ohne eine direkte (räumliche) Anbindung an andere soziale Einrichtungen organisiert ist. Oft sind solitäre Hausgemeinschaften so genannte Satelliten von schon bestehenden vollstationären Pflegeeinrichtungen.

⁴ Müller / Seidl 2003, S. 31.

⁵ Müller / Seidl 2003, S. 37.

⁶ Siehe dazu Müller / Seidl 2003, S. 25.

⁷ Siehe dazu Müller / Seidl 2003, S. 25.

⁸ 34 Hausgemeinschaftsprojekte sind dokumentiert bei: Winter / Gennrich / Haß 2002.

⁹ Vgl. dazu Winkler 2004, S. 23 und Müller / Seidl 2003, S. 11 ff. und 105 f.

Hausgemeinschaften als Teil von vollstationären Pflegeeinrichtungen

Bei größeren Pflegeeinrichtungen wurde nicht die gesamte Einrichtung nach Hausgemeinschaften organisiert, sondern nur einige Teile. In der Regel findet man eine Etage, vielleicht einen Hausteil oder innerhalb eines Ensembles ein Gebäude mit Hausgemeinschaften, während ansonsten „klassisch gepflegt“ wird.

Hausgemeinschaftskomplexe

Hausgemeinschaftskomplexe sind homogene Einrichtungen, die mehrere Hausgemeinschaften unter einem Dach vereinigen, um so Synergieeffekte zu nutzen.

Margret Müller und Norbert Seidl¹⁰, Werner Winkler¹¹ und Stefan Arend¹² haben erste umfassendere Untersuchungen zu Hausgemeinschaften vorgelegt und die Tragfähigkeit des Konzeptes nachgewiesen.

Als Ausblick formulieren Margret Müller und Norbert Seidl zusammenfassend:

„Gezeigt werden konnte, dass die Versorgungsform einer Hausgemeinschaft aufgrund der strukturellen Rahmenbedingungen Möglichkeiten eröffnet, die die traditionellen stationären Versorgungsformen nicht bieten können.“¹³

Eine wichtige Voraussetzung zum Gelingen einer Hausgemeinschaft ist ein schlüssiges Personalkonzept. Mit der weitgehenden Spezialisierung in den Pflegeberufen und einer Trennung zwischen Pflege, Betreuung und Begleitung von alten und/oder pflegebedürftigen Menschen kam es auch zu einer gewissen „Mechanisierung und Automatisierung“ von Pflegeleistungen. Vielleicht hat auch die (fast gebetsmühlenartig) Übernahme der Qualitätsphilosophie (oder besser Qualitätstheorie) von Avedis Donabedian (Strukturqualität, Prozessqualität, Ergebnisqualität) im Zuge der Einführung der Pflegeversicherung dieser Entwicklung noch Vorschub geleistet. Wie dem auch sei: Die neuen Wohn- und Pflegeformen drehen scheinbar das Rad der Entwicklung zurück. Sie setzen auf Pflege, Betreuung und Begleitung, die sich am Modell einer alltäglichen Normalität orientieren – quasi wie zu Hause!

Um dieser Idee und diesem Anspruch gerecht zu werden, entwickelte beispielsweise die Unternehmensgruppe Mediana ein eigenes Weiterbildungskonzept, das die zukünftigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Hausgemeinschaften bzw. auch ambulanten Wohngruppen auf ihre neue Rolle vorbereitet und das mit einem IHK-Zertifikat abschließt. Denn eines muss von Anfang an klar sein: Die Tätigkeit in einer Hausgemeinschaft ist herausfordernd und verantwortungsvoll und bedarf daher einer intensiven Vorbereitung. Denn es ist gar nicht so einfach, neue Wege zu gehen und Alltagsnormalität zu leben. Dies setzt hohe Professionalität voraus.

¹⁰ Müller / Seidl 2003.

¹¹ Winkler 2004.

¹² Arend 2005.

¹³ Müller / Seidl 2003, S. 110.

Was sind die Tätigkeiten von Präsenzmitarbeiter/innen? Sie kochen, putzen, pflegen, begleiten und betreuen, sie kommunizieren, sie validieren, schlichten Auseinandersetzungen und sorgen für Wohlbefinden, sie managen – im umfassenden Sinne des Wortes - den Alltag von zehn pflegebedürftigen Damen und Herren in einer stationären Hausgemeinschaft. An der Schnittstelle und gleichzeitig als Bindeglied zwischen Pflege, Betreuung und Hauswirtschaft werden die Präsenzmitarbeiter(innen) künftig auch außerhalb von Hausgemeinschaften und Wohngruppen von größtem Interesse sein.

Als Präsenzmitarbeiter(in) in einer vollstationären Hausgemeinschaft werden Mitarbeiter(innen) verstanden und bezeichnet, welche die Bewohnerinnen und Bewohner einer Hausgemeinschaft im Alltagsleben in der Einrichtung begleiten. Präsenzmitarbeiter(innen) übernehmen die Arbeit, oder vielleicht besser die Managementaufgaben, die zum Beispiel in der häuslichen Pflege von den pflegenden Angehörigen, vom Haushaltsvorstand oder der Gesamtheit der Familie übernommen werden. Innerhalb des Konzeptes der Hausgemeinschaften verstehen sich die Mitarbeiter(innen) weniger als Experten, die für die Bewohner entscheiden, was zu tun ist. Sie verstehen sich als Assistent(innen) oder Begleiter(innen), die in allen Situationen unterstützend dem Bewohner zur Seite stehen.

Ziel ist es, die Bereiche Hauswirtschaft, Betreuung und Teile der Pflege – soweit dies möglich und sinnvoll ist – im Rahmen der Hausgemeinschaften jeweils in die Verantwortung der zuständigen Präsenzmitarbeiter(in) zu stellen.

Die Aufgaben, die der/die Präsenzmitarbeiter(in) nicht abdecken kann, entweder aufgrund der Quantität oder aufgrund fachlicher Gegebenheiten, werden durch andere Mitarbeiter(innen) übernommen: im Bereich der Pflege durch einen Fachpflegedienst, der mit examinierten Pflegefachkräften besetzt ist, im Bereich der Reinigung durch hauswirtschaftliche Kräfte, im Bereich der Wäscheversorgung zum Beispiel auch durch externe Dienstleister.

Die dezentrale Essenzubereitung ist Herzstück des Hausgemeinschaftskonzeptes und damit eine (aber nicht die!) der wichtigsten Aufgaben der Präsenzmitarbeiter(innen):

- Die Speisenzubereitung erfolgt ausschließlich innerhalb der Hausgemeinschaften;
- Dabei ist ein Maximum an Teilnahme und Teilhabe der Mitglieder der Hausgemeinschaft anzustreben und zu fördern. Dies bezieht sich auch auf die Essenplanung, die die Präsenzmitarbeiter(in) gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern durchführt (Was soll heute gekocht werden? Wollen wir für nächsten Sonntag einen Festtagsbraten bestellen?); und dies bezieht sich auch auf die Essenzubereitung, an der die Bewohnerinnen und Bewohner nach Möglichkeit und Neigung mitwirken. Auch Angehörige sind dazu eingeladen;
- Während in konventionellen stationären Einrichtungen der Altenhilfe die Einflussmöglichkeiten der Bewohnerinnen und Bewohner darin bestehen, aus einem vorgegebenen Speiseplan auszuwählen, können im Rahmen der Hausgemeinschaft die Bewohner größtenteils mitplanen. Dies bedeutet allerdings, dass innerhalb einer Hausgemeinschaft im Regelfall nicht zwischen verschiedenen Menüs gewählt werden kann;
- Um eine unabhängige Haushaltsführung der Hausgemeinschaften möglich zu machen, ist die Etablierung eines „Einkaufs im Hause“ wünschenswert, zum Beispiel könnten im Haus Funktionsräume mit Kühltruhen und -schränken oder ein Trockenlager eingerichtet werden. Dort könnten die Präsenzmitarbeiter(innen) und / oder die Bewohner die von ihnen benötigten Lebensmittel „einkaufen“. Die Bestückung des Lagers mit Lebensmitteln würde in Zusammenarbeit mit dem anliefernden Händler organisiert. Natürlich ist es auch denkbar, dass jede Hausgemeinschaft individuell beim Händler bestellt, genau und exakt auf die Bedürfnisse der Hausgemeinschaft abgestimmt;

- Zum Prinzip der Normalisierung gehört auch, dass in der Hausgemeinschaft nicht an jedem Tag in gleicher Weise gekocht wird. So kann sich an manchen Tagen die Verwendung von Convenienceprodukten, an anderen Tagen die Bestellung eines bereits zubereiteten warmen Essens (wie etwa der Festtagsbraten) als sinnvoll erweisen;

Die Aktivitäten der Präsenzmitarbeiter(innen) konzentrieren sich jeweils auf eine Hausgemeinschaft. Sie sind diejenigen, die sich in einem ganzheitlichen Sinne um die Belange der Bewohner und der Hausgemeinschaft kümmern. Sie sind die Organisatoren des Alltags. Damit kommt ihnen eine wesentliche Bedeutung für das Erkennen und Aufrechterhalten der Lebensgewohnheiten und Lebensbezüge der Mitglieder der Hausgemeinschaft zu. Diese Funktion bringt ein weit gefasstes Aufgabenspektrum mit sich.

Nach unseren Erfahrungen lassen sich die Aufgaben einer Präsenzmitarbeiter(in) quantitativ – wenn auch grob - vierteln, in die Bereiche:

1. Viertel: pflegerische Unterstützung
2. Viertel: Alltag organisieren, begleiten, betreuen
3. Viertel: Reinigen, warten und pflegen
4. Viertel: Kochen (incl. Vor- und Nachbereitung).

Die Präsenzmitarbeiter(innen) sind im Einzelnen also beispielsweise verantwortlich:

- für die grundpflegerische Versorgung (bei Bedarf) zur Unterstützung des Pflegepersonals;
- sowie für die allgemeine soziale Betreuung ihrer Hausgemeinschaft zugehörigen Bewohnerinnen und Bewohnern (Alltagsorganisation, Tagesstrukturierung);
- wie auch für die Unterstützung bei der Reinigung des Wohnumfeldes
- für die Wäsche der Bewohner, Handtücher, etc.;
- und vor allem auch für die Essenplanung, -zubereitung und das Servieren bzw. Anreichen des Essens. Dies ist dadurch möglich, dass jede Hausgemeinschaft über eine eigene Küche, verbunden mit einem eigenen Speiseraum, verfügt. Dabei ist die Küche einer Hausgemeinschaft mehr als nur der Ort, wo Mahlzeiten hergerichtet werden. Die Wohnküche einer Hausgemeinschaft ist Lebensraum im umfassenden Sinne, wie Zuhause, wie in der Familie, wie im alltäglichen Leben unseres Kulturkreises.

Die Präsenzmitarbeiter(innen) sollen ferner:

- Gruppenprozesse erkennen und begleiten
- Beziehungen unter den Bewohnern fördern und stützen
- Selbsthilfepotenzial einer Gruppe erkennen und einsetzen
- Gegenseitige Toleranz und Akzeptanz fördern
- Eine angemessene emotionale Atmosphäre gestalten
- Bewohner motivieren, am Gruppengeschehen teilzunehmen
- Bewusstmachen von Stärken einzelner Bewohner, die zum Vorteil für die Gruppe genutzt werden können
- Unterstützung bei der Konfliktbewältigung leisten
- Ressourcen erkennen und fördern

Die Präsenzmitarbeiter(innen) nehmen die täglichen Mahlzeiten zusammen mit den Bewohnerinnen und Bewohnern ein. Die Mitarbeiter(innen) separieren sich also nicht zu den Mahl-

zeiten, sondern begleiten die Bewohnerinnen und Bewohner auch bei diesen wichtigen Eckpunkten im Tageslauf. Auch wenn vielleicht noch schönere Bezeichnungen gefunden werden könnten, so möchten wir vorläufig von gemeinsamen, *betreuten Mahlzeiten* sprechen.

Man sieht, dass bei dieser Aufgabenfülle der alltäglichen Lebensbegleitung Präsenzmitarbeiter(innen) eine hohe Professionalität aufweisen bzw. entwickeln müssen, um den Spagat zwischen menschlicher Nähe und schützender Distanz zu leisten.

Die Mediana-Weiterbildung zur / zum Präsenzmitarbeiter(in) in der Altenhilfe

a) Bewerbungs- und Einführungsassessment

Beide Assessmentverfahren dienen der Auswahl der künftigen Präsenzmitarbeiter(innen). Zunächst wird in einem intensiven Gespräch geklärt und entschieden, ob ein(e) Bewerber(in) überhaupt für den Beruf geeignet erscheint. Dabei werden auch alle formalen Anforderungen genau geprüft. Dies geschieht zum Beispiel anhand der vorliegenden Bewerbungsunterlagen, Zeugnissen, Urkunden, dem polizeilichen Führungszeugnis u.a. Besonders wichtig bleiben aber bei der Kandidatenauswahl die so genannten „weichen Faktoren“, wie menschliche Wärme, Großzügigkeit und inneres Gleichgewicht.

Präsenzmitarbeiter/innen sollten von ihrem Naturell her fröhlich und optimistisch gestimmt sein, mit beiden Füßen fest auf dem Boden stehen und zuhören können.

Beim Einführungsassessment gilt es dann, die individuelle Ausbildungsplanung mit der/dem Mitarbeiter/in abzustimmen, sowie Wünsche und Schwerpunktsetzungen zu besprechen.

b) Schwesternhelfer(innen)kurs als Basisqualifikation

Der Schwesternhelfer(innen) kurs bietet in einem 110-stündigen Lehrgang mit schriftlicher wie mündlicher Abschlussprüfung und dem anschließenden Praktikum in der Pflege die Grundlagen für eine Tätigkeit mit den Bewohnern einer Hausgemeinschaft. Er ist für alle künftigen Präsenzmitarbeiter(innen), die über keine pflegerische Ausbildung verfügen, obligatorisch.

Diese Kurse werden von verschiedenen Anbietern (z.B. Malteser Hilfsdienst, Johanniter, Deutsches Rotes Kreuz) fortlaufend angeboten.

c) Grundmodule

Als Grundmodule sind folgende Lehrabschnitte zu absolvieren:

Einführung in die Altenhilfe, Hospitationen in der ambulanten und stationären Pflege, Hospitation in der Großküche / Servicebereich, Hospitation in der Beschäftigungstherapie, Hospitation in der Physiotherapie und vor allen Dingen aber auch eine umfangreiche Hospitation in einer Hausgemeinschaft.

Die Grundmodule werden in Form eines „Training on the Job“ durchgeführt. Durch gezielte Hospitationen wird der/die künftige Präsenzmitarbeiter(in) mit allen Bereichen der Altenhilfe vertraut gemacht.

Der erlernte Beruf bzw. die Eingangsqualifikation wird bei der Schulung berücksichtigt. Der / die Bewerber(in) kann von bestimmten Teilleistungen der Grundmodule befreit werden.

d) Aufbaumodule

Folgende Aufbaumodule sind zu absolvieren: Grundlagen der Gerontologie und Geriatrie, Grundlagen der Gerontopsychiatrie, Vertiefung: das Krankheitsbild Demenz, das ganzheitli-

che Konzept von Pflege, Betreuung und Begleitung, Konzept, Planung, Dokumentation, Grundlagen des Qualitätsmanagements in der Pflege, EDV in der Pflege, Hauswirtschaft und Pflege als Partner in der stationären Pflege, Ernährung im Alter, Grundlagen der Hauswirtschaft, Grundlagen der Hygiene – die HACCP-Systematik, Workshop: Kochen in der Hausgemeinschaft

Außerdem werden die Themenkomplexe: kommunikatives Handeln, Biografiearbeit, Validation, Interaktion mit älteren Menschen und Sterbebegleitung gelehrt.

Die Aufbaumodule bauen – wie der Name schon sagt - auf den Erfahrungen der Hospitationen auf, vertiefen vorhandenes Wissen und liefern den künftigen Präsenzmitarbeiter(innen) das notwendige theoretische Wissen, das für eine strukturierte, zielgerichtete und erfolgreiche Tätigkeit erforderlich ist. Befreiungen von Aufbaumodulen sind nicht vorgesehen, sondern für alle Teilnehmer(innen) obligatorisch.

e) Erweiterungsmodule

Als so genannte Erweiterungsmodule werden durchgeführt: Einführung in die Angehörigenarbeit, Kooperationen und Netzwerke in der Altenhilfe, betriebswirtschaftliches Basiswissen und Rechtskunde (rechtliche Grundlagen im Heim: Heimgesetz, SGB XI, SGB V).

Die Erweiterungsmodule vertiefen zum einen den zuvor erlernten Stoff, zum anderen erweitern sie aber auch den Blick auf Themengebiete, die scheinbar etwas abseits des Arbeitsalltags von Präsenzmitarbeiter(innen) liegen, und doch von großer Wichtigkeit sind.

Bei der Einführung in die Angehörigenarbeit werden den Teilnehmer(innen) die grundsätzlichen Aussagen aus der schriftlich fixierten Philosophie von Hausgemeinschaften vermittelt. In ihr wird der Angehörigenarbeit ein großer Stellenwert eingeräumt. Danach sollen Angehörige als Partner verstanden werden, die bei der Bewältigung des Alltags in einer vollstationären Einrichtung wichtige Aufgaben übernehmen können (und sollen).

Auch betriebswirtschaftliches Basiswissen soll vermittelt werden, damit die Aufgaben von den Präsenzmitarbeiter(innen) stets wirtschaftlich bedacht und sinnvoll, sprich kostenbewusst, durchgeführt werden können. Die Präsenzmitarbeiter(innen) sollen einen Überblick über die wirtschaftlichen Abläufe und Gegebenheiten der Gesamteinrichtung gewinnen, sollen dann aber auch mit Kennzahlen und Budgets ihre Hausgemeinschaften führen.

Das Fach Rechtskunde befasst sich mit allen wichtigen juristischen Fragen, die vom Heimsektor berührt werden. Vor allem wird man sich aber mit dem Heimgesetz, der Pflegeversicherung (SGB XI) und einigen Fragen aus der gesetzlichen Krankenversicherung (SGB V) beschäftigen.

Abschlussprüfungen

Die Ausbildung wird abgeschlossen mit einer vierstündigen Abschluss-Klausur und einem zweistündigen Abschluss-Kolloquium zur / zum „IHK-Präsenzmitarbeiter(in) in der Altenhilfe“ vor der Prüfungskommission.

Prüfungsrelevant sind alle Lehrfächer. Jede Abschlusstelleistung (Klausur oder Kolloquium) kann bei Nichtbestehen jeweils einmal wiederholt werden.

Seit dem Jahreswechsel 2002 / 2003 hat Mediana rund 40 Mitarbeiter(innen) nach diesem Lehrplan ausgebildet und auf ihren Einsatz als Präsenzmitarbeiter(in) in einer Hausgemeinschaft vorbereitet. Mittlerweile wurde die Ausbildung auch externen Teilnehmer(innen) geöffnet und bundesweit ausgeschrieben.

Bereits vor 15 Jahren formulierte der Gießener Soziologe Reimar Gronemeyer eine Schreckensvision für die deutsche Altenhilfe:

„In der Altenhilfe, wie sie heute existiert, zeigen sich erste Ansätze zur umfassenden Verwaltung der Alten. Darin stecken bereits alle wichtigen Voraussetzungen für die Altenapartheid der Zukunft. In den [...] Einrichtungen werden die pflegebedürftigen Alten verwahrt; sie leben dort weitgehend abgeschlossen von der Welt, und ihre Versorgung wird fließbandähnliche Züge annehmen.“¹⁴

Die vollstationären Hausgemeinschaften geben Hoffnung, zeigen Alternativen und sind bei uns jetzt schon Beweis für einen Weg, wie er auch gegangen werden kann.

Sie nehmen endgültig Abschied von der starren Anstaltspflege, die sich allzu lange an die alte Krankenhausorganisation anlehnte. Die Hinwendung zu einer sich an alltäglichen Lebensstrukturen orientierenden Heimkultur scheint mit den stationären Hausgemeinschaften auf einem sehr guten Weg. Vielleicht hat so das „deutsche Altenpflegeheim“ eine Zukunft.

Literaturtipps

Stefan Arend: Hausgemeinschaften – Vom Modellversuch zur Regelversorgung. Hannover, Vincentz-Network 2005.

Stefan Arend: Geschichte und Zukunft der stationären Pflege. Historische und soziologische Aspekte [...] In: PflegeImpuls. Fachzeitschrift für die Leitungskräfte in der Pflegepraxis. Nr. 1 / Januar 2003, Seite 2 – 6.

Stefan Arend: Manager des Alltags. In: Altenpflege 6 / 2003, Seite 27 – 30.

Stefan Arend: Ein neues, wichtiges Berufsbild in der stationären Altenhilfe: Die Präsenzmitarbeiter/-innen. Bindeglied zwischen Pflege und Hauswirtschaft. In : bpa-magazin 03 + 04 / 2003, Seite 15 – 17.

Ernst Boltner und Petra Eckel: Konzeption Heimverbundene Hausgemeinschaft für demenziell erkrankte ältere Menschen. In: Müller / Seidl 2003, Seite 111 – 121.

Gunter Crößmann: Hausgemeinschaften aus Sicht der Heimaufsicht. In: pro ALTER 4 / 2001, Seite 16 - 19.

Reimer Gronemeyer: Die Entfernung vom Wolfsrudel. Über den drohenden Krieg der Jungen gegen die Alten. Frankfurt 1991.

Hildegard Grothues: Hausgemeinschaften – eine alternative Wohn- und Betreuungsform für demenziell erkrankte alte Menschen. Diplomarbeit im Studiengang Soziale Gerontologie an der Universität Dortmund. Ms., Dortmund 2000.

Michael Jürgs: Alzheimer. Spurensuche im Niemandsland München 1999 / Neue Auflage als Taschenbuch München 2001.

Margret Müller und Norbert Seidl: Lebenswelt für demenzkranke Menschen. Modellprojekt Heimverbundene Hausgemeinschaft Wetter. Frankfurt am Main 2003.

¹⁴ Gronemeyer 1991, S. 145

Hans-Peter Winter, Rolf Gennrich, Peter Haß: Hausgemeinschaften. Architektur und Gerontologie. Band 2. Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA) (Hrsg.). Köln 1999.

Hans-Peter Winter, Rolf Gennrich, Peter Haß: Hausgemeinschaften. Die vierte Generation des Altenpflegeheimbaus. Band 8. Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA) (Hrsg.). 2. Auflage. Köln 2001.

Hans-Peter Winter, Rolf Gennrich, Peter Haß: KDA Hausgemeinschaften. Die vierte Generation des Altenpflegeheimbaus. Eine Dokumentation von 34 Projekten. Band 9. Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA) (Hrsg.). Köln 2002.

Werner Winkler: Hausgemeinschaften. Erfahrungen mit dem Vorhaben Sankt Elisabeth in der Stadt Bad Griesbach und Vergleich mit anderen Hausgemeinschaften in Deutschland. Köln 2004 (KDA-Reihe Vorgestellt Bd. 70).

Drs. Elly de Heus, Director Age Concern, Apeldoorn, Niederlande

Wie möchte ich wohnen, wenn ich älter bin?

Das Thema dieser Zusammenkunft heißt „Wie möchte ich wohnen, wenn ich älter bin“. Dies ist für ältere Menschen eine Frage, die man sich eigentlich lieber nicht stellt. „Ich bin noch nicht alt“ - „zwischen alten Menschen möchte ich nicht wohnen“ - „ich kann noch viele Dinge selbst“: Das sind Argumente, die man gerne vorschiebt. Wir sehen lieber andere um uns herum, die alt sind, aber wir selbst sind es natürlich noch nicht: Der Andere ist alt, wie alt wir auch selbst sind.

Trotzdem ist es eine Frage, der wir nicht ausweichen können. Früher oder später wird diese Frage aktuell. Sobald die Frage aktuell ist, scheint auch die Lösung schwieriger zu werden. Es ist darum sehr wichtig, rechtzeitig über die Angelegenheit nachzudenken und auch zeitig Maßnahmen zu ergreifen, um schlussendlich die Wohnsituation zu haben, die den eigenen Wünschen entspricht.

Für die persönlich Betroffenen kann die Teilnahme an einem OWOG-Workshop der erste Schritt auf dem Weg zu Vorkehrungen sein, die für sie einen bestmöglichen Ruhestand bedeuten können.

Das Thema lautet: Wie möchte ich wohnen, wenn ich älter bin. Die Frage erscheint einfach, hängt aber von vielen Gegebenheiten ab. Ich möchte die Frage wie folgt erweitern: Wie möchte ich leben, wenn ich älter bin; wie möchte ich versorgt werden, wenn ich älter bin; welche Dinge würde ich gerne noch machen, wenn ich älter bin. Durch das Stellen dieser Fragen können wir unsere komplette Lebenssituation „ins Bild bringen“.

Ich werde in meiner Einleitung einen Vorgriff auf diese Fragen tun. Ich möchte Ihnen bereits einigermaßen auf den Weg helfen, die Antworten zu finden. Aus diesem Grunde werde ich erst ein wenig in die Vergangenheit gehen und ein Bild skizzieren über die Lebenssituation von älteren Menschen in Holland. Ich nehme an, dass die deutsche Situation vergleichbar ist mit der in Holland. Ich werde von Engpässen erzählen, die wir feststellten und auf welche Weise wir probiert haben, die Position von Älteren zu stärken. Wir haben dafür eine spezielle Methode entwickelt. Im zweiten Teil dieser Zusammenkunft werden einige Darmstädter die Möglichkeit haben, nach dieser Methode ans Werk gehen. Es ist ein erster Schritt, um gründlich darüber nachzudenken, wie sie ihre Wohnzukunft sehen. Dabei glaube ich, dass die Organisationen viele Informationen bekommen, die sie in der Praxis nutzen könnten.

Die Frage, wie Ältere wohnen möchten, wenn sie älter sind, wird am besten den Älteren selbst gestellt. Dies erscheint sehr logisch, schließlich wollen wir doch zuerst wissen, was der Kunde möchte, bevor wir ihm etwas anbieten. Aber es ist bis jetzt ganz anders gewesen, jedenfalls in Holland. Jahrelang wurden Wohnungen gebaut, die im Nachhinein für Ältere ganz unpraktisch waren. Es wurden Pflegeheime für Ältere gebaut, in denen sie nicht wirklich leben wollten, und es wurde über den Kopf der Älteren hinweg für sie gesorgt. Ältere wurden nicht für vollwertig angesehen. Sobald du alt warst, konntest du offenbar nicht mehr denken, selbst keine Entscheidungen mehr treffen, nicht mehr selbst bestimmen, wie alles weiter gehen sollte. Die Kinder, die Instanzen übernahmen das Regiment und die Älteren mussten sich beugen. Nicht, dass dies für alle Älteren unangenehm war, man dachte einfach nicht

darüber nach, dass es auch anders gehen könnte und man ergab sich seinem Schicksal. Hierdurch entwickelte sich auch eine falsche Art von Bewusstsein. Die Frage: „Wie möchte ich wohnen?“ wurde übersetzt/übertragen in das bestehende Angebot. Gebt mir mal eine Wohnung in..... Nicht weil es dort so angenehm war, sondern eher aus einem Gefühl der Sicherheit. Wenn ich mich dort rechtzeitig anmelde, weiß ich sicher, dass ich dort unterkomme, sobald es notwendig wird. Jetzt wohne ich noch gut, jetzt kann ich noch alles – aber dann.

Auf diese Weise hat es lange so ausgesehen, als ob Ältere dies auch wirklich so wollten. Ich glaube selbst, dass dies ein falsches Bild war. Man hat die Älteren nicht gefragt. Wenn die betroffenen Älteren selbst für ihre Rechte kämpften, wurde dies oft als lästig empfunden. Dies ist unser Angebot - runterschlucken oder ersticken.

Es hat sich inzwischen eine Art Älteren-Emanzipation durchgesetzt. Ältere werden sich langsam darüber klar, dass sie auch eine gewichtige Stimme im Parlament haben. Das Problem liegt eher darin, diese Stimme so gut wie möglich hörbar zu machen und dabei auch noch die Instanzen dazu zu bewegen, für sie eine bestmögliche Wohn- und Lebenssituation zu schaffen. Das kostet viel Überzeugungskraft von Älteren und Organisationen, die die Belange von Älteren beherzigen, aber auch den Willen haben, tatsächlich auf die Älteren zu hören. Der Vorteil ist, dass diejenigen, die jetzt entscheiden, selbst mit alten Eltern konfrontiert sind, und dadurch auch mit den Problemen, die sich beim Älterwerden auftun. Gleichzeitig denken sie auch an ihre eigene Zukunft. Sie tun also alles schon ein bisschen für sich selbst.

Es sieht alles so einfach aus, finden Sie nicht? Ältere sagen einfach, was sie wollen, und andere sorgen dafür, dass die Wünsche erfüllt werden. Das ist es jedoch leider nicht. Ältere haben so lange ihre Wünsche übersetzt/übertragen in das bestehende Angebot, dass es nun wieder schwierig ist, jetzt noch selbst herauszufinden, was man wirklich möchte. Und genau an diesem Punkt setzen die OWOG-Workshops an.

Was möchten Ältere nun wirklich? Wenn wir in die Vergangenheit zurückblicken, sehen wir, dass es zumindest in Holland gebräuchlich war, dass Ältere, wenn sie nicht mehr alleine wohnen konnten, zu ihren Kindern zogen. Die Kinder sorgten während der letzten Lebensjahre für die Eltern. Dies war ziemlich selbstverständlich und in großem Maße gebräuchlich. Diese Handhabung mag zwar selbstverständlich gewesen sein, aber eigentlich war es eine Notlösung, da es keine bessere Lösung gab. Jedoch stand dieser Umstand nicht zur Diskussion. Die Kinder fühlten sich verpflichtet, für die Eltern zu sorgen. Dabei gab es noch einen Vorteil. Die Großeltern konnten auf diese Weise auch auf ihre Enkelkinder aufpassen. Aber war diese Situation wünschenswert? Nach meinem Dafürhalten nicht. Als es in Holland Ende der 50er Jahre auch in finanzieller Hinsicht für ältere Menschen möglich wurde, selbstständig wohnen zu bleiben, zogen Ältere nicht mehr so einfach zu ihren Kindern, sondern suchten für sich eine bestmögliche Wohnsituation. Da nach dem Krieg ein großes Manko an Wohnungen herrschte, wurden für Ältere Altenheime gebaut. Ältere zogen in großen Scharen dort ein und machten dadurch viele Wohnungen frei für junge Familien. Ältere gingen also, um in einer „Institution“ zu wohnen. Man wurde dort gut versorgt. Sobald man 65 war, gab man seine Selbstständigkeit auf und wohnte in einem Altersheim.

In den 80er Jahren waren es immer mehr Ältere, die doch etwas anderes wollten, als in einem Altenheim zu wohnen. Aber wohin sollte man gehen? Welche Möglichkeiten hatte man? Was wussten Ältere eigentlich über wohnen? Ältere durften zwar selbst bestimmen, aber wie

wusste man nun, welche Entscheidung die richtige war? Wir haben darum eine Methode entwickelt, die wir im nun folgenden zweiten Teil miteinander besprechen werden.

Wir organisierten Gruppen mit älteren Menschen, die miteinander über ihre Wohnsituation sprachen. Wir besprachen mit Älteren, wie sie jetzt wohnen, was sie daran schön finden und was sie vermissen. Daraufhin konnten wir Ältere darüber informieren, welche Möglichkeiten es auf dem Gebiet des Wohnens, der Versorgung und der Pflege gibt. Danach waren die Älteren in der Lage zu formulieren, welche Wohnsituation sie anstreben.

Wir sprachen bei den Zusammenkünften über Wohnen, Versorgung und Wohlbefinden, also drei Aspekte von einer Sache, die zusammen die Qualität des Lebens bestimmen. Was kam bei diesen Zusammenkünften heraus?

Wir beginnen mit dem Wohnen. Wie sieht die Wohnung für einen älteren Menschen aus, damit er so lange wie möglich selbstständig darin wohnen kann? Die Wohnung muss so gebaut sein, dass es keine Hindernisse gibt. Der Ältere muss problemlos mit dem Rollstuhl darin herumfahren können. Muss man so etwas schon bedenken? Wir denken ja. Wenn man eine Wohnung baut, muss sie so sein, dass der Bewohner, ungeachtet von seiner Lebensphase/Versorgungsanspruch ungehindert dort wohnen bleiben kann. Ob man jetzt 8 Monate, 8 Jahre oder 80 Jahre alt ist, sollte für das Leben in dieser Wohnung kein Unterschied sein. Die Wohnung muss so gebaut werden, dass sie verändert werden kann, sobald der Bewohner hilfebedürftig wird oder Beweglichkeitsprobleme hat. Sie muss mit wenigen Kunstgriffen angepasst werden können.

Wenn Sie jetzt die Wohnung so gut wie möglich ausstatten, können Sie als älterer Mensch bis zum Ende eigenständig dort wohnen bleiben. Eine richtige Wohnung ist Voraussetzung, aber eine gute häusliche Versorgung absolute Notwendigkeit. Dies bedeutet eine Haushaltshilfe, aber auch Hilfe, die von außen ins Haus „geliefert“ wird. Und dies sehr umfassend. Dies sollte machbar sein, und es geschieht auch schon in einigen Gegenden in Rotterdam, dass Ältere eine Rundum-Hausversorgung in ihrer Wohnung angeboten bekommen. Ist es das, was Ältere wollen? Ja, denn alles ist besser, als die Wohnung aufzugeben und in ein Pflegeheim zu müssen und dort auch noch die Identität zu verlieren.

Schlussendlich müssen die Behörden oder Instanzen vor allen Dingen daran arbeiten, dass sich die Älteren wohlfühlen. Mit einer schönen Wohnung und einer guten Versorgung ist es noch nicht getan. Das Leben muss es auch wert sein, gelebt zu werden. Dies kann durch gutes Essen, Kunst, schöne Musik etc. geschehen.

Ich möchte zu einer Zusammenfassung kommen. Worüber wir gesprochen haben, ist, was Ältere wollen, wenn sie alt werden. Ein sehr wichtiger Ausgangspunkt bei der Beantwortung dieser Frage ist, dass wir die Älteren selbst um Ratschläge bitten. Nicht wir bestimmen, was Ältere möchten, sondern das entscheiden die Älteren selbst. Die Methode, die wir entwickelt haben, ist dafür ein gutes Mittel. Nur wenn wir älteren Menschen zuhören, werden wir erfahren, was sie möchten und was wir für sie realisieren müssen. Ältere auf ihrer Seite müssen deutlich ihre Stimme hören lassen. Die Zeit, dass von oben herab bestimmt wird, was Ältere tun sollen, ist vorbei.

Dies ist auch der Grund für den nun auch in Darmstadt angebotenen OWOG-Workshop. Mit einander und mit Unterstützung einer Moderatorin werden die Älteren mit Hilfe der OWOG-Methode ihre Wohnsituation beleuchten. Das tun sie aus ihrem Erleben. Ein Aussagen-„Set“

wird dabei benutzt, mit dem die ganze Wohn- und Lebenssituation beleuchtet wird. Dass heißt, dass nicht nur die Wohnung und das Wohngebäude, sondern auch die Gegend, soziale Kontakte, die man hat, usw. angeschnitten werden können. Sie werden miteinander auch über die Dinge diskutieren, die sie selbst auf dem Herzen haben.

Diese Methode macht es möglich, dass alle Anwesenden mitmachen können und sich auch gut in den Aussagen erkennen können. In die Diskussion können die Anwesenden vieles mit anderen teilen, vieles von anderen hören und ihre eigene Situation klären. Das ist der erste Schritt zu einer „neuen Wohnzukunft“.

Wir als Professionelle ermöglichen mit dieser OWOG-Methode, diesen ersten Schritt zu machen.

Dies ist als Start eines langen Weges zum mündigen älteren Menschen zu betrachten, der genau weiß, was er will und als deutliches Signal für diejenigen, die dieses umsetzen müssen. Und es kann als Aufruf an die Kommunen und andere Organisationen verstanden werden, auch bei sich solche Workshops stattfinden zu lassen und so den Älteren im eigenen Wirkungsbereich den Weg zu einer selbstbestimmten Wohnzukunft zu ermöglichen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Anlage 1: Aussagenset der OWOG-Karten:

Aussagen OWOG

- 1.1.1 Dringend Hilfe zu benötigen und niemanden erreichen zu können, das ist für mich eine schreckliche Vorstellung
- 1.1.2 Wenn ich ehrlich bin: Manchmal bin ich ängstlich, wenn ich allein zu Hause bin.
- 1.1.3 Eines Tage werde ich in meiner eigenen Wohnung mal böse hinfallen.

- 1.2.1 Es fällt mir schwer, meine Wohnung sauber zu halten.
- 1.2.2 Die Gartenpflege wird mir zu viel.
- 1.2.3 Ich hätte gerne eine bessere Wohnung, mit Zentralheizung, Dusche usw..
- 1.2.4 Immer die Treppen steigen, das fällt mir richtig schwer.

- 1.3.1 Ich habe eigentlich keinen Platz für Übernachtungs-Gäste.
- 1.3.2 Ich darf in meiner Wohnung weder einen Hund noch eine Katze halten.
- 1.3.3 Ich hätte sehr gerne einen Garten oder einen großen Balkon.

- 1.4.1 Eigentlich hätte ich gern ein Zimmer für mich selbst.
- 1.4.2 Ich habe in meiner jetzigen Wohnung keinen Platz für meine Hobbies.
- 1.4.3 Meine Miete und Umlagen sind sehr hoch. Es bleibt beinahe nichts übrig für die schönen Dinge im Leben.

- 2.1.1 In meinem Viertel ist es für Fußgänger und Radfahrer lebensgefährlich.
- 2.1.2 Ich wage mich abends nicht mehr auf die Straße, um irgendwohin zu gehen.
- 2.1.3 Wo ich wohne, werden Passanten durch schief liegende Bürgersteigplatten und falsch parkende Autos behindert.

- 2.2.1 Die Geschäfte für den täglichen Einkauf sind viel zu weit weg.
- 2.2.2 Wo ich wohne, ist das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln viel zu gering.
- 2.2.3 Der nächste Arzt und das nächste Krankenhaus sind zu weit entfernt.

- 2.3.1 Ich fühle mich einfach nicht mehr wohl in meinem Viertel.
- 2.3.2 Wo ich wohne, ist es mir viel zu hektisch und sehr laut.
- 2.3.3 Ich wohne in einer fürchterlich langweiligen Gegend

- 2.1.4 Ich vermisse einen Markt, eine Bibliothek oder einen Treffpunkt in der Nachbarschaft.
- 2.1.5 In unserem Viertel gibt es wenig für ältere Menschen, wo man einfach hingehen kann.

- 3.1.1 In unserem Viertel gibt es viel Vandalismus.
- 3.1.2 Unsere Gegend ist sehr verschmutzt.
- 3.1.3 Es wird in unserer Nachbarschaft viel geklatscht.

- 3.2.1 Meine Wohnung ist sehr hellhörig
- 3.2.2 Wer versorgt mich, wenn ich krank werde?
- 3.2.3 Kleine Aufgaben (Reparaturen), die in der Wohnung erledigt werden müssen, stellen mich immer wieder vor große Probleme.
- 3.2.4 Wenn ich Hilfe benötige, weiß ich nicht, wohin ich mich wenden kann.

- 3.3.1 In meinem Viertel grüßen sich die Leute nicht mehr.
- 3.3.2 Die Gegend, in der ich wohne, ist sehr anonym.
- 3.3.3 Bei uns in der Nachbarschaft sind die jungen Leute sehr beschäftigt. Als Älterer hat man wenig Kontakt zu ihnen.
- 3.3.4 Immer allein essen, finde ich richtig ungemütlich.

- 3.4.1 Mir fehlen Leute, mit denen ich mich richtig unterhalten kann.
- 3.4.2 Ich würde gerne mit Anderen nette Dinge unternehmen
- 3.4.3 Ich würde gerne etwas Sinnvolles tun.
- 3.4.4 Ich würde gerne mehr mein eigenes Leben mit weniger Einmischung von anderen. So wie es jetzt ist, fühle ich mich einfach nicht frei.

Anlage 2: Matrix Aussagenset:

Was ist für Sie wichtig	In Ihrem eigenen Haus	In der Nachbarschaft	Mit Menschen
Sicherheit	1.1 1.1.1 Alarm..... 1.1.2 Einbruch-Sicherheit..... 1.1.3 Fallen.....	2.1 2.1.1 Verkehrssicherheit..... 2.1.2 Sicherheit in der Straße..... 2.1.3 Bürgersteige ohne Hindernisse ... 2.1.4.Eingang zu Gebäuden.....	3.1 3.1.1 Vandalismus..... 3.1.2 Schöne Nachbarschaft..... 3.1.3 Lästern..... 3.1.3 Klatsch.....
Komfort / Hilfe	1.2 1.2.1 Hausarbeit..... 1.2.2 Gartenarbeit..... 1.2.3 Heizung, Dusche..... 1.2.4 Treppen.....	2.2 2.2.1 Geschäfte in der Nachbarschaft..... 2.2.2 Öffentliche Verkehrsmittel..... 2.2.3 Arzt, Krankenhaus.....	3.2 3.2.1 Hellhörigkeit..... 3.2.2 Hilfe bei Krankheit..... 3.2.3 Hilfe bei Kleinarbeiten/ Reparaturen..... 3.2.4 Sofort Hilfe bekommen.....
Geselligkeit / Gemütlichkeit	1.3 1.3.1 Gästezimmer..... 1.3.2 Haustier..... 1.3.3 Garten / Balkon.....	2.3 2.3.1 Vertraute Nachbarschaft Ruhige Nachbarschaft 2.3.4 Lebendige Nachbarschaft	3.3 3.3.1 Vertraute Gesichter ... 3.3.2 Familie, Bekannte ... 3.3.3 Altersgenosse 3.3.4 Mahlzeiten
Aktivitäten	1.4 1.4.1 Eigens Zimmer..... 1.4.2 Hobbyraum..... 1.4.3 Miete.....	2.4 2.4.1 Geselligkeit / Gemütlichkeit..... 2.4.2 Aktivitäten für Ältere.....	3.4 3.4.1 Richtigen Kontakt haben..... 3.4.2 Geselligkeit..... 3.4.2 Mich nützlich fühlen..... 3.4.4 Privatsphäre.....

Gemeinschaftlich Wohnen im Alter

Gemeinschaftliche Wohnprojekte – was hat man sich darunter vorzustellen? Sind das die WGs aus unserer Erinnerung, in denen sich Berge ungespülten Geschirrs türmen, weil niemand sich für den Abwasch zuständig fühlt? Sind es mit „Billy“-Regalen möblierte 4-Zimmer-Wohnungen mit kleinem Bad und großer Wohnküche, in der man Abend für Abend über Gott und die Welt diskutiert? Leben dort Menschen im fortgeschrittenen Alter Jugendträume aus, die sich längst überlebt haben? Mitnichten.

Menschen, die sich mit über 50 oder 60 in das Abenteuer Wohn- oder Hausgemeinschaft stürzen, verbinden damit gewiss Träume, aber auch ganz konkrete praktische Vorstellungen, die mit den WGs, wie wir sie kennen, oft nicht allzu viel gemein haben, sehr präzise Wünsche und nicht zuletzt die Erkenntnis, dass der Rückzug des Staates aus den sozialen Versorgungssystemen sie gerade in Wohnfragen zur Eigeninitiative zwingt. Die überwiegende Mehrheit der älteren Mitglieder von Haus- oder Wohngemeinschaften lebt vor dem Einzug in das Projekt allein; die meisten von ihnen sind Frauen. Schaut man sich Gemeinschaftsprojekte an – sowohl von außen als auch von innen – stößt man auf eine ungeheure Vielfalt von Gestaltungsmöglichkeiten, aber auch immer wieder auf dieselben Fragen und Probleme.

Was viele Projekte so attraktiv erscheinen lässt, begründet sich aus der Phantasie und Gestaltungskraft derer, die sie bewohnen. Um dem „Flair“ des gemeinschaftlichen Wohnens auf die Spur zu kommen, muss man sich also damit beschäftigen, was Menschen dazu treibt, diese Lebensform zu wählen, und welche Form sie für die Erfüllung ihrer Wünsche gefunden haben. Doch gemeinschaftliche Wohnprojekte sind deshalb noch lange kein Hort immer währender Harmonie. Schon bei der Realisierung geht oft vieles schief, so mancher Wohntraum platzt bereits vor dem Einzug infolge falscher oder übersteigerter Erwartungen zukünftiger Bewohner oder muss in einem dafür eigentlich ungeeigneten Gebäude verwirklicht werden. Noch immer stehen Architekten, Behörden und Wohnungsbaugesellschaften gemeinschaftlichen Wohnformen oft distanziert, wenn nicht ablehnend gegenüber.

Was also motiviert ältere Menschen dazu, sich für eine gemeinschaftliche Wohnform zu entscheiden?

Die Antworten auf diese Frage fallen sehr unterschiedlich aus und lassen sich leider nur sehr pauschal zusammenfassen. Viele Ältere leben beispielsweise weit weg von ihren Kindern – sofern sie welche haben – möchten aber den Anschluss an die jüngere Generation nicht verlieren und entscheiden sich deshalb für das Generationen übergreifende Wohnen. Andere wollen ihrem Leben mit Erreichen des Rentenalters noch einmal eine neue Wendung geben und ein soziales Netzwerk aufbauen, das auch in Zeiten der Not trägt. Gerade Alleinstehende sehen im gemeinschaftlichen Wohnen eine Möglichkeit, der drohenden Isolation zu entfliehen und „mitten im Leben“ zu bleiben. Manche verbinden mit dem Wohnen in Gemeinschaft auch eine bestimmte Lebensphilosophie. Für wieder andere spielen finanzielle Gründe eine entscheidende Rolle, denn eine Anderthalbzimmerwohnung in einem Gemeinschaftsprojekt ist immer noch billiger als eine vergleichbare Wohnung in einer Einrichtung des betreuten Wohnens.

So individuell die Beweggründe für den Einzug in eine Haus- oder Wohngemeinschaft auch sind – eines liegt allen Projektmitgliedern erfahrungsgemäß ganz besonders am Herzen: Sie wollen selbstständig, aber nicht allein wohnen und vor allem die Kontrolle über das eigene Leben be-

halten, auch wenn sie krank oder pflegebedürftig werden. Sie wünschen sich Zuwendung von Menschen, mit denen sie etwas verbindet, und möchten ihre alltäglichen Sorgen und Freuden mit Gleichgesinnten teilen.

Für das Gelingen eines gemeinschaftlichen Projekts ist ein solches gemeinsames Interesse oder Ziel eminent wichtig – es bildet nicht nur die Basis für seine soziale Architektur, sondern es hält die Gemeinschaft auch „im Innersten zusammen“ und die Mitglieder in der schwierigen Planungsphase bei der Stange. Man braucht gar nicht darum heruzureden: Die oft sehr langwierige Realisierung eines Projekts bringt nicht nur Spaß mit sich, sie kostet auch Zeit, Kraft und Nerven. Genau zu wissen, warum man sich überhaupt auf die ganze Sache eingelassen hat und was man im Grunde seines Herzens damit verbindet, ist in frustrierenden Momenten ein unverzichtbarer „emotionaler Rettungsanker“.

Selbstverständlich ist ein gemeinsames Ziel oder Bekenntnis keine Garantie dafür, dass das spätere Zusammenleben sich wunschgemäß entwickelt. In einem Hamburger Frauenprojekt zum Beispiel stellten die Bewohnerinnen bereits kurz nach dem Einzug fest, dass ihnen das Gemeinschaftsgefühl abhanden gekommen war. Sie entschlossen sich, ihre Gruppensitzungen fortan eine Zeit lang von einer Moderatorin leiten zu lassen, und erarbeiteten ein Konzept für das zukünftige Zusammenleben. Drei Jahre nach dem Einzug unternahmen sie eine gemeinsame Reise – und stellten überrascht fest, wie gut sie sich eigentlich verstanden. Keine der Frauen hatte frühzeitig kapituliert; keine ist wegen unlösbarer Konflikte ausgezogen. Andere Beispiele zeigen, dass Wunsch und Wirklichkeit manchmal so weit auseinander klaffen, dass jemand die Gemeinschaft enttäuscht verlässt. Fehlt ein verbindendes Element, dem alle sich verpflichtet fühlen, aber von vornherein, ist das Scheitern eines Projekts quasi vorprogrammiert. Wer beispielsweise nichts in eine Gemeinschaft mitzubringen hat als Angst vor dem Alleinsein oder den Wunsch, rundum versorgt zu werden, wird in einem Projekt des betreuten Wohnens sicher glücklicher werden.

Dieser „vollautomatisierte Ruhestand“, wie das Bundesbauministerium das betreute Wohnen einmal treffend bezeichnete (BMBau 1995, zit. n. Amman/Neumann-Cosel 2000: 9), ist vielen Menschen allerdings ein Graus. Wer sich um nichts mehr kümmern muss, bekommt schnell das Gefühl, nutzlos zu sein. Wer keine Herausforderungen mehr erfährt, bei dem erlahmt bald jede Eigeninitiative. Haus- oder Wohngemeinschaft aber ist Herausforderung pur – und zwar im positiven Sinn: Bei jedem Menschen, der sich einer (neuen) Herausforderung durch andere stellt, werden Ressourcen angezapft, deren Nutzung Kraft und Stärke vermitteln kann. „Verantwortung nicht nur für sich, sondern auch für andere zu übernehmen“ – wie es in Gemeinschaftsprojekten gang und gäbe ist – „vermittelt das Gefühl, gebraucht zu werden und für andere Menschen wichtig zu sein. Was das für alte Menschen bedeutet, die ja gesellschaftlich in die Funktionslosigkeit abgedrängt werden, kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden“, schreibt Astrid Osterland in ihrer lesenswerten Studie über die Göttinger Alten-WG am Goldgraben (Osterland 2000: 68). Ein Münchner Projektmitglied schildert den gleichen Sachverhalt aus einer anderen Perspektive so: „Ich will nicht auf dem Punkt stehen bleiben, das ist für mich so eine Anfeuerung, so ein Immer-wieder-noch-neugierig-Sein, was passiert noch auf der Welt. Ich weiß, ich kann nicht mehr alles mitmachen, aber ich bin noch interessiert ... Und deshalb kann ich auch offen sein für andere Menschen, für anderes.“ Neugier, Offenheit, das tägliche Gefordertsein – all dies kann dazu führen, dass sich mit dem Leben in einer Haus- oder Wohngemeinschaft das subjektive Wohlbefinden des Einzelnen steigert, selbst wenn sein Gesundheitszustand sich verschlechtert.

Es ist also kein Wunder, dass das Wohnen in Gemeinschaft immer mehr ältere Menschen interessiert. Das Forum für gemeinschaftliches Wohnen verzeichnete für das Jahr 2005 über

10.000 Anfragen (im Vergleich zu etwa 2.000 Anfragen im Jahr 2001). Bei einer Umfrage des Forschungsinstituts Emnid antwortete von 700 befragten Personen unter 65 Jahren jeder Dritte, er möchte im Alter in einer Wohngemeinschaft leben (*Ökotest 2/2005*). Allerdings sind diese Zahlen mit Vorsicht zu genießen. Denn wenn tatsächlich die Entscheidung ansteht, das altvertraute Zuhause aufzugeben, ergreift so manchen plötzlich die Angst vor der eigenen Courage. Auf einmal fühlt man sich für die „Alten-WG“ doch noch zu jung – und das betrifft durchaus Menschen, die die 80 bereits überschritten haben. Als Außenstehende möchte man ihnen dagegen zurufen: Packt beizeiten eure Koffer, oder um mit dem Bewohner einer Dresdner WG zu sprechen: „Es muss in die Köpfe rein, dass man sich nach dem Arbeitsprozess überlegt, wie man die nächsten zehn, zwanzig Jahre leben möchte. Wenn Sie warten, bis Sie nicht mehr zurechtkommen, dann können Sie das vergessen, dann ist es zu spät.“

Wie viele realisierte Gemeinschaftsprojekte es in Deutschland tatsächlich gibt, weiß niemand so genau. Die ZEIT meldete im Januar 2003 über 1.000 selbst organisierte Wohnprojekte. Wissenschaftliche Schätzungen fallen wesentlich bescheidener aus. Das hängt u.a. damit zusammen, dass selbst organisierte Projekte statistisch nicht erfasst werden – und dies betrifft die Mehrheit der bislang realisierten Gemeinschaften. Selbst organisiert bedeutet, dass sich eine Initiativgruppe zusammenfindet, nach geeigneten MitstreiterInnen für ihre Projektidee sucht und sich dann auf die Suche nach geeigneten Kooperationspartnern, z.B. einem Wohnungsbauunternehmen, oder nach einem geeigneten Mietobjekt macht. Häufig nehmen diese Gruppen schon relativ frühzeitig Unterstützung von Organisationen in Anspruch, die in der Wohnberatung tätig sind. Gerade größere Projekte mit relativ komplizierten Rechts-, Träger- und Finanzierungsmodellen lassen sich kaum ohne professionelle Unterstützung realisieren. Inzwischen gibt es aber auch immer mehr Projekte, die von Trägervereinen, Beratungsorganisationen oder Architekten angeregt wurden.

Die Bandbreite an Gemeinschaftsprojekten ist enorm. Es gibt kleine Wohngemeinschaften mit vier, fünf MitbewohnerInnen und riesige Hausgemeinschaften mit über 100 Mitgliedern, umfangreichen Gemeinschaftseinrichtungen wie Werkstatt, Gästeappartements, Cafeteria, großem Garten usw. Auf der Wunschliste ganz oben stehen zurzeit Hausgemeinschaften für eine überschaubare Anzahl an Mitgliedern. Auch Mehrgenerationenprojekte gehören zu diesem Projekttyp. Eines der schönsten, architektonisch allerdings problematischsten Hausgemeinschaftsprojekte ist vor Jahren in Hannover entstanden: 1995 bezogen sechs Frauen eine alte dreistöckige Villa aus den 20er-Jahren, die früher als Pension diente. Sobald man den Flur mit seinem alten, gemusterten Fliesenboden und den Ahnenporträts zweier Mitbewohnerinnen betritt, fühlt man sich in einem Roman aus dem 19. Jahrhundert versetzt. Jeder Winkel dieses Hauses scheint eine Geschichte zu erzählen. Die ehemaligen Pensionszimmer wurden zu Anderthalbzimmerwohnungen mit Pantry-Küchen ausgebaut, sodass jede Bewohnerin die Möglichkeit hat, sich in die eigenen vier Wände zurückzuziehen. Darüber hinaus gibt es eine Gemeinschaftsküche, einen viel genutzten Gemeinschaftsgarten, in dem Sonnenhut und Rosen sprießen, eine Gästewohnung, einen Waschraum, einen Abstellraum, eine Garage - und jede Menge Treppen. Selbst die Haustür ist nur über Stufen zu erreichen. So wohl sich die Gemeinschaftsmitglieder in diesem wunderbaren Refugium auch fühlen – sollte eine von ihnen einmal nicht mehr gehen können, muss sie ausziehen.

Die Geschichte dieser Hausgemeinschaft ist exemplarisch für viele Projekte: Eine Initiativgruppe sucht jahrelang nach einer Möglichkeit zur Verwirklichung ihrer Ziele und entscheidet sich am Ende zähneknirschend für ein halbwegs passendes Objekt, auch wenn es sich nicht wirklich eignet. Eine Berliner Gemeinschaft brachte mit der Suche nach einem Grundstück

und Auseinandersetzungen mit den Behörden über 15 Jahre zu – eine der Gründungsfrauen verbrachte ihren 70. Geburtstag mit einem Plakat vor der Brust vor dem Berliner Rathaus, um für die Bewilligung des Projekts zu kämpfen. Je exotischer die Projektidee, umso schwieriger die Umsetzung – wer z.B. eine Hausgemeinschaft mit angegliedertem Gnadenhof für Tiere plant wie eine Freiburger Initiative, muss schon mit Engelszungen auf Banken, Behörden und Bauträger einreden, um sie von der Realisierbarkeit dieses Plans zu überzeugen.

Doch nicht nur äußere Umstände entscheiden über den Erfolg oder das Scheitern eines Projektes. Ein ganz wesentlicher Faktor für das Gelingen ist eine angemessene Vorbereitung. Jede Gemeinschaft braucht Zeit, um zu wachsen. Gemeinschaften, die sich keine Mühe gönnen, um einander und ihre Wünsche kennen zu lernen, laufen Gefahr, schon in der Planungsphase wieder auseinander zu brechen oder sich hoffnungslos zu zerstreuen. Oder die Mitglieder gehen sich – wie bei einem Beispiel aus Dresden – einfach aus dem Weg. Dort sind bzw. waren sämtliche Einrichtungen – neben Anderthalbzimmerwohnungen mit Küchenzeile eine Gemeinschaftsküche, ein Gemeinschaftsraum, eine großzügige Diele und ein Pflegebad – vorhanden, doch das ganze Ensemble machte eher den Eindruck einer Büroetage denn einer Wohngemeinschaft. Die Initiatoren dieser Gruppe führten dies unter anderem darauf zurück, dass die Mitglieder sich vor dem Einzug kaum kannten. Danach trauten sie sich offensichtlich nicht mehr, in die Diskussion über die Gestaltung des künftigen Zusammenlebens einzusteigen, und zogen sich lieber in ihr Schneckenhaus zurück. Die Gemeinschaftsflächen blieben mehr oder weniger unmöbliert und wurden nur selten genutzt.

Für selbst organisierte Gemeinschaften ergibt sich das gegenseitige Kennenlernen über einen längeren Zeitraum quasi von selbst, denn sie müssen sich nicht nur mit Behörden, Bauträgern und/oder Architekten auseinander setzen, sondern für ihr Gruppenprojekt auch eine emotionale, rechtliche und finanzielle Basis finden. Bis eine Gruppe zu einer echten Gemeinschaft zusammengewachsen ist, gehen ein bis zwei Jahre ins Land. Diese Phase der „zwischenmenschlichen Verdichtung“, wie die Soziologin Ulrike Petersen sie nennt, kann persönlich sehr bereichernd sein, geht aber natürlich nicht ohne Konflikte vonstatten. Denn alle Beteiligten bringen jeweils individuelle Biografien, Wertvorstellungen, Vorlieben und Empfindlichkeiten in die Gruppe mit, die sich um des gemeinsamen Zieles willen nicht einfach ignorieren lassen oder in Luft auflösen. Will man auf Dauer miteinander klar kommen, wird man nicht umhin kommen, sich nicht nur mit den anderen, sondern auch mit den eigenen Erwartungen und Verhaltensweisen auseinander zu setzen, denn nichts ist kontraproduktiver, als schwelende Konflikte aus übermäßigem Harmoniebedürfnis unter den Teppich zu kehren.

Ulrike Petersen hält es deshalb für unerlässlich, „[...] schon vor dem Einzug streiten, zuhören und schlichten [zu] lernen [...]. Das Durchleben und Erproben schwieriger Gruppen- und Projektphasen birgt die Chance, dass die zukünftige Nachbarschaft nicht in der ersten großen Krise unter einem Dach auseinander bricht“ (Petersen 1993: 22). Der klärende, oft auch disziplinierende Effekt solcher Auseinandersetzungen ist für die beteiligten Kooperationspartner unbedingt von Vorteil: Sie werden die Zusammenarbeit mit einer gut organisierten, in sich gefestigten Gruppe sicherlich zu schätzen wissen. Je besser und genauer diese weiß, was sie will, umso leichter kann sie ihre Wünsche auch kommunizieren.

Besonderen Konfliktstoff birgt erfahrungsgemäß die rechtliche und finanzielle Gestaltung eines Projektes. Das liegt zum einen am häufig mangelnden Know-how sowohl der Gruppenmitglieder als auch der Kooperationspartner, zum anderen aber auch an – durchaus verständlichen – inneren Widerständen und Ängsten, die ins Spiel kommen, wenn privates Vermögen für ein Projekt locker gemacht werden soll, das womöglich nicht einmal „in trockenen Tüchern“ ist.

Die meisten gemeinschaftlichen Wohnprojekte sind genossenschaftlich organisiert oder werden als Mietobjekte in Kombination mit Wohnungsbauunternehmen realisiert. Da existierende Rechts- und Finanzierungsmodelle sich aber nicht eins zu eins übertragen lassen, muss für jedes Projekt eine individuelle Lösung gefunden werden. Ganz kompliziert wird es, wenn verschiedene Finanzierungs- und Eigentumsformen miteinander kombiniert werden sollen. Das Kölner „Haus Mobile“ beispielsweise gehört zu diesen schwierigen Fällen. 15 Wohnungen sind öffentlich gefördert, acht Wohnungen frei finanziert und 13 Wohnungen im Besitz von Privateigentümern. „Haus Mobile“ ist eines der wenigen Projekte, die unter Federführung eines freien Architekten entstanden. In der Planungsphase kam es immer wieder zu Verzögerungen – unter anderem wollte sich kein Bauunternehmen auf das vorgeschlagene Finanzierungsmodell einlassen – offensichtlich aus Angst, auf den Wohnungen sitzen zu bleiben. Schließlich wurde es dem Architekten zu bunt: Er entschloss sich, selbst als Investor für den öffentlich geförderten Wohnbereich einzusteigen (MFJFG NRW 2000: 19). Inzwischen gehört Haus Mobile bundesweit zu den Vorzeigobjekten des gemeinschaftlichen Wohnens.

Unbedingt geklärt werden sollte in der Vorbereitungsphase eines Gemeinschaftsprojektes auch die Frage, was geschieht, wenn ein Mitglied der Gruppe einmal krank oder pflegebedürftig wird.

Die meisten Gemeinschaften treffen schon vor dem Einzug eine Vereinbarung darüber, wie die Mitglieder einander im Krankheits- oder Pflegefall unterstützen können und wollen. Diese Unterstützung geht selten bis zu einer Rundum-Betreuung, doch durch die Einschaltung ambulanter Pflegedienste lässt sich die Einweisung des betroffenen Gemeinschaftsmitglieds ins Pflegeheim oft vermeiden oder zumindest hinauszögern. Einer engagierten Dresdner WG gelang es auf diese Weise, einen schwer erkrankten Mitbewohner wieder gesund zu pflegen und in der Gemeinschaft zu halten. Hätte er alleine gelebt, wäre er mit Sicherheit im Pflegeheim gelandet. Im Juli dieses Jahres stellte die Bundesregierung im Rahmen ihres Eckpunktepapiers zur Gesundheitsreform in Aussicht, die Gewährung von Leistungen im Rahmen der häuslichen Krankenpflege auf Wohngemeinschaften und vergleichbare „neue Wohnformen“ auszudehnen – was für die Betroffenen natürlich enorme Erleichterungen mit sich bringen würde. Zum jetzigen Zeitpunkt bleibt allerdings nur zu hoffen, dass diese durchweg positiv bewertete Idee der ansonsten ja höchst umstrittenen Gesundheitsreform auch umgesetzt wird.

Was bleibt im Hinblick auf die Zukunft sonst noch zu sagen?

Das gemeinschaftliche Wohnen wird sich in absehbarer Zeit sicher nicht zu einem Massenphänomen entwickeln, doch es ist eine attraktive und zunehmend beliebte Alternative zum betreuten Wohnen, das nach wie vor mit wesentlich üppigeren Fördergeldern bedacht wird. Bisher gibt es nicht viele und zudem nur grob kalkulierte Modellrechnungen über das finanzielle Potenzial des Wohnens in Gemeinschaft. So beziffert der Vorsitzende des Dresdner AWIG-Vereins – Alt werden in Gemeinschaft – die Einsparungen, die bei einer Unterbringung in eine Wohngemeinschaft statt in ein Altenheim möglich seien, bei einer Durchschnittsrente von 715 Euro pro Monat auf 8.500 bis 12.500 Euro pro Person und Jahr. Die Kosten für die Planung und Realisierung von Gemeinschaftsprojekten ließen sich sicherlich weiter senken, wenn Initiativgruppen und Kooperationspartner reibungsloser und professioneller zusammenarbeiten würden. Bisher kochen viele Gruppen (notgedrungen) ihr eigenes Süppchen und beklagen sich darüber, dass sich zwischen ihnen, Planern und Behörden immer wieder Bermudadreiecke auftun, in denen Informationen einfach verschwinden. Reibungsverluste und Schwierigkeiten bei der Verwirklichung gemeinschaftlicher Wohnprojekte lassen sich immer auch auf Kommunikationsdefizite zurückführen. Dass Beratungsstellen mit überwiegend ehrenamtlich tätigen MitarbeiterInnen, die Jahr für Jahr um Fördergelder bangen, diesbezüglich in vielen Fällen nur erste Hilfe leisten können, liegt auf der Hand. Doch es lohnt sich, Zeit, Geld und Know-how in diese zukunftsweisende Wohnform zu investieren – nicht nur, um unser aus den Fugen gera-

tendes Sozialsystem zu entlasten, sondern auch, um ein selbstbestimmtes Altern in Würde zu ermöglichen, das so viele Menschen sich wünschen.

„Wenn ich will, kann ich meinen Salto machen, und falls ich herunterfalle, werde ich aufgefangen. Dadurch, dass ich dieses Netz habe, kann ich Sprünge machen, die ich nie machen würde, wenn ich allein leben würde.“ (Osterland 2000: 61) Schöner, als diese Mitbewohnerin der Göttinger Alten-WG es ausdrückte, lassen sich die Pluspunkte des gemeinschaftlichen Wohnens wohl kaum zusammenfassen.

Literatur

Amman, Renate/von Neumann-Cosel, Barbara: Offensiv Altern – Offensiv Leben. Ein Generationen übergreifendes Frauenwohnprojekt der Berliner Bau- und Wohnungsgenossenschaft von 1892 eG. Berlin 2000.

Fuchs, Dörte/Orth, Jutta: Umzug in ein neues Leben. Wohnalternativen für die zweite Lebenshälfte. München 2003 (Heidelberg 2005).

Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen (MFJFG NRW): Neue Wohnprojekte für älter Menschen. Gemeinschaftliches Wohnen in Nordrhein-Westfalen. Beispiele und Wege zur Umsetzung. Düsseldorf, 4. Aufl. 2000.

Niejahr, Elisabeth: „Die vergreiste Republik“. DIE ZEIT 2/2003 (Dossier), S. 9–12.

Osterland, Astrid: Nicht allein und nicht ins Heim. Alternative: Alten-WG. Paderborn 2000.

Petersen, Ulrike: „Wie lässt sich ein Netz knüpfen? Fragen und Antworten zum Gruppenprozess gemeinschaftlicher Wohnformen.“ In: Müller, Monika: Neue Chancen für Gemeinschaftswohnprojekte von Jung und Alt. Frankfurt/M. 1993, S. 8–27.

Quartierskonzepte: Das Beispiel des Vereins Alt und Jung in Bielefeld

Heute möchte ich Sie (nochmals) zu einem kurzen Abstecher nach Bielefeld einladen und Ihnen das Bielefelder Modell vorstellen. Beide oben genannten Vereine haben sich schon früh mit der Entwicklung alternativer Wohnformen für Bürgerinnen und Bürger mit Hilfebedarf beschäftigt. Daraus entstand im Laufe der Jahre eine stadtteilbezogene Altenhilfe mit modernen Wohnkonzepten in Kombination mit Versorgungssicherheit rund um die Uhr.

Die Entwicklung:

- In Bielefeld begannen die neuen Wohn- und Hilfeangebote 1977 Wurzeln zu schlagen;
- Eine behinderte und schwerstpflegebedürftige Frau wollte nicht ins Heim und suchte Service nach Wunsch und Bedarf;
- Eine Gruppe junger Menschen war auf der Suche nach neuen Wegen in der ambulanten Pflege und orientierte sich an den Wünschen und Forderungen der anfragenden Bürger.

Sie gründeten 1981 die **Wohngemeinschaft Alt und Jung in Bielefeld**.

Dort lebten 5 ältere Damen mit schon hohem Hilfebedarf mit ihren Pflegekräften zusammen und entwickelten Strategien für ein nachbarschaftliches Zusammenleben und gegen Überforderung.

Die direkten Pfl egetätigkeiten wurden an ein ambulantes Pfl egeteam übertragen. Die Wohngemeinschaftsmitglieder unterstützten sich nachbarschaftlich. Sie pflegten Geselligkeit und halfen sich in kleinen Dingen des Alltags.

Der Pflegedienst bietet auch die Leistung einer Nachtbereitschaft vor Ort. Die MieterInnen schließen Wohngemeinschaftsmietverträge mit dem Vermieter, in diesem Falle mit der Stadt Bielefeld und wohnen selbstbestimmt in ihren eigenen vier Wänden.

1991 wurde die Wohngemeinschaft am Sudholz zusammen mit der Wohnungsbaugesellschaft

Freie Scholle gegründet. Hier wurden zunächst 2 Erdgeschosswohnungen miteinander verbunden und dadurch für 3 allein stehende ältere Mieterinnen als Wohngemeinschaft umgebaut. Die allein stehenden Mieterinnen der 1. Etage dieses Hauses fanden bald Anschluss und brachten sich ein. Die Isolation der allein lebenden Menschen wurde hier schnell überwunden. Die Wohnungsbaugesellschaft behielt ihre Mieterinnen als Kunden und konnte in Zusammenarbeit mit dem Verein Wohnprojektberatung durch behindertengerechte Umbaumaßnahmen (Einbau eines Fahrstuhls und altengerechter Bäder) mittlerweile im Bestand der alten Bausubstanz für ihre MieterInnen ein deutliches Zeichen setzen, dass man bei der Freien Scholle sicher bis an das Lebensende wohnen kann.

1996 folgte in Zusammenarbeit mit der Bielefelder Wohnungsbaugenossenschaft (BGW) die Entwicklung der „Senioren-Wohnanlage Dahlemer Straße“.

Ein mit Fördermitteln des Landes NRW erstelltes Projekt mit 55 Wohneinheiten. Hier wurde für barrierefreies Wohnen die DIN 18030 angewendet.

Mittlerweile war die Pflegeversicherung in Deutschland eingeführt worden, die in vielfältiger Form die Lebenssituation älterer Mitbürger mit entsprechendem Hilfebedarf verbessern kann.

Die Wohnungsbaugesellschaft nahm Kontakt zu uns auf und gemeinsam wurde ein Projekt realisiert, welches sich deutlich vom so genannten betreuten Wohnen abhebt.

Aus unseren guten Erfahrungen mit Wohngemeinschaften vereinbarten wir mit der Baugesellschaft und der Stadt Bielefeld die Integration einer Wohngemeinschaft für Menschen mit Pflegebedarf als Herzstück im Erdgeschoss der Wohnanlage. Hierdurch war eine 24-Stunden-Anwesenheit von Pflegekräften gewährleistet. Die Pflegekräfte arbeiten nicht nur in der Wohnanlage, sondern übernehmen auch Aufträge in der Nachbarschaft.

Die übrigen MieterInnen der Wohnanlage profitieren direkt und indirekt von diesem Modell:

- Sie zahlen keine Betreuungspauschale, obwohl sie mehr Sicherheiten vorfinden als im betreuten Wohnen;
- Sie sind an keinen speziellen Anbieter gebunden, wenn sie zusätzliche Hilfeleistungen benötigen.
- Sie wissen, dass sie über 24 Stunden Ansprechpartner im Haus haben, die in Notlagen tatsächlich helfen können.

Zurzeit arbeiten in dem Haus 3 Teams, welche die Mieterinnen darin unterstützen, ihr Zusammenleben auch mit zunehmendem Hilfebedarf selbstbestimmt zu organisieren. Ein Beispiel stellt der Mittagstisch mit frisch gekochtem Mittagessen dar. Dieser wird gemeinsam mit Mieterinnen und Pflegekräften gestaltet. Wer mithilft, isst unentgeltlich mit.

Wer nicht teilnehmen möchte, bleibt in seinen 4 Wänden.

Hier wurde letztlich das vorbereitet, was sich heute als Bielefelder Modell etabliert:

Wohnen mit Versorgungssicherheit: **Das Bielefelder Modell der Bielefelder Gem. Wohnungsgesellschaft und Alt und Jung e.V. (BGW)**

- In Bielefeld werden schwellenfreie Wohnanlagen im Wohnbestand oder neu gebaut. Alle 500 bis 1000 Meter werden diese im Stadtgebiet integriert;
- In den Wohnprojekten gibt es ein ambulantes (Pflege) Team, das 24 Stunden im Viertel ist;
- Bei einem ausgelösten Servicruf ist der Pflegedienst innerhalb kurzer Zeit beim/ bei Hilfe suchenden Bürger/ -in;
- Es gibt keine Betreuungspauschale.

Wohnprojekte stärken die Selbsthilfe:

- Die Wohnprojekte fördern das selbständige Wohnen;
- Die Hilfe durch Angehörige, Nachbarn und Freunde geht vor Fremdhilfe;
- Die Gemeinschaft der Mieter wird als Chance der gegenseitigen Hilfe gefördert und gepflegt;
- Professionelle Helfer vor Ort im „Stand-by“.

Wohnen und Service:

- Die **Wohnküche** liegt im Herzen der Wohnanlage;
- Die Nachtbereitschaft befindet sich im **Servicebüro**;
- Der Hausnotruf wird als **Serviceeruf** umgewandelt;
- Die Siedlungsgemeinschaft achtet Wohnprojekt als umfassend **nutzbares Zentrum**;
- Das Pflegebad ist nur notwendig bei großen Wohnanlagen (ab 30 Wohnungen).

Ziele eines Wohnprojektes:

- Integratives Wohnen von jungen und alten Menschen, von Menschen mit und ohne Behinderungen, von Menschen mit geringem und hohem Hilfebedarf;
- Mieter sollen auch bei steigender Hilfebedürftigkeit in ihrem Wohnquartier leben können;
- 24-Stunden-Sicherheit für die Menschen im Wohnprojekt;
- Stärkung der Selbsthilfefähigkeiten durch frühzeitige Unterstützung.

Die Mitarbeiter des ambulanten Dienstes

Die Mitarbeiter des ambulanten Dienstes bilden ein multiprofessionelles Gemeinwesensteam. Die Berufe und das Wissen der Mitglieder eines professionellen Teams müssen sich am Bedarf des Wohnviertels und der Menschen im Wohnprojekt orientieren und nicht umgekehrt. Im Wohnprojekt und dem Gemeinwesen werden nicht nur die fachspezifischen Kenntnisse der Mitarbeiter, sondern auch deren lebenspraktische Fähigkeiten und Kenntnisse nutzbringend angewandt.

Professionelle müssen darauf achten, sich selbst überflüssig zu machen. Bei Bedarf leiten sie Angehörige, Nachbarn und Freunde bei der Pflege von ihnen nahe stehenden Menschen an.

Einige Prinzipien :

- Ausgangspunkt ist immer der Mensch mit dem höchsten Hilfebedarf, der schwächste Mensch steht im Mittelpunkt des gemeinsamen Wohnens und Handelns. Um eine 24-Stunden-Präsenz von Pflegepersonal im Wohnprojekt sicherzustellen, ist eine Anzahl von sechs bis acht Mietern mit hohem Pflegebedarf notwendig. Menschen mit geringem oder Menschen ohne Hilfebedarf profitieren von diesen schwerstpflegebedürftigen Mitmietern, da durch sie eine Rund-um-die-Uhr-Sicherheit hergestellt wird. Dies schafft neue Solidarität!
- Wahlfreiheit in allen Dienstleistungsbereichen

Weitere Prinzipien :

- Für die Mieter wird nach deren Wünschen täglich frisch gekocht. Angehörige, Freunde und Nachbarn nehmen an den Mahlzeiten teil. In der zwanglosen Tischgemeinschaft (Wohn-Café oder Wohnküche) können Informationen ausgetauscht werden.
- Kostensenkung durch Abrechnung nach individuellem Bedarf und Nutzung der Vielfalt der Kostenträger, Kombinationsleistungen und täglich zu- und abwählbarer Dienstleistungen.
- Jeder Mensch kann in Gemeinschaft oder allein leben.
- In jedem Projekt müssen Wohnungen für Menschen mit geringem Einkommen sein;

Finanzierungsgrundlagen für die ambulante Hilfe und Pflege:

- SGB V häusliche Krankenpflege
- SGB XI Pflegekasse
- SGB XII Verrichtungen und Nachtbereitschaft
- SGB IX Teilhabe und Rehabilitation
- SGB VI Berufsgenossenschaft
- Privatzahler
- Nach Vereinbarung

Vielen Dank für Ihr Interesse

Informationen erhalten Sie bei :

Wohnprojektberatung, Huchzermeierstr. 7, 33611 Bielefeld, Tel.: 0521/8016323, email: t.brechmann@altundjung.org

Ein eigensinniges Dorf

Vor einiger Zeit hörte ich von einem Metaphysiker folgende Geschichte:

Nach den Gesetzen der Aerodynamik kann eine junge Biene oder Hummel eigentlich gar nicht fliegen. Das können Sie sich vielleicht vorstellen.

Und doch fliegt die Biene. Wie geht das?

Die Biene kennt die Gesetze der Aerodynamik nicht, sie fliegt auf Grund Ihrer Willenskraft und Überzeugung.

Wir von Inbo haben zusammen mit SEV, Heijmans IBC, BAM Real Estate, ING Real Estate, Rochdale und TCN die Initiative ergriffen, Chancen und Wirtschaftlichkeit einer Stadt für Senioren zu untersuchen.

Diese Stadt besteht aus einer gemischten Gemeinschaft für ein attraktives Leben über 55. Die Basis dafür ist ein unabhängiges Wohnen zwischen Gleichgesinnten, mit einem vielfältigen Angebot an kulturellen Einrichtungen und Infrastruktur. Das Wort Stadt umschreibt dann auch nicht nur die Größe, sondern auch die Dynamik und das Zusammensein ihrer Bewohner. Die Seniorenstadt bietet uns Möglichkeiten. Es ist ein Ort voller Annehmlichkeiten.

Ausgangspunkte

Es gibt verschiedene Beweggründe für diese Studie. Als Beispiele kann ich einige anführen:

- eine zunehmende Alterung der Gesellschaft
- der zurückkehrende Wunsch nach einem Gemeinschaftsgefühl
- der Mangel an guter Atmosphäre in unseren Städten
- ein geringes Angebot an alternativen Wohnumgebungen
- die Ansprüche älterer Generationen
- und neue Moralvorstellungen

Selbst die Wirtschaft schafft Nachfrage: Auf fünf Personen, die in den Ruhestand gehen, kommt ein neuer Arbeitsplatz. Als letzten Grund will ich noch das Resultat der Studie von NIZW, „Einsamkeit im Alter“, anführen. Diese besagt, dass es unter 16 Millionen Niederländern, worunter vier Millionen Rentner sind, eine Million Menschen gibt, die in Einsamkeit altern.

Ich denke, das sind gute Gründe um über neue Gesellschaftsformen nachzudenken. Diese sollen die bestehenden Strukturen nicht verdrängen, sondern erweitern und Alternativen bieten. Die Seniorenstadt ist ein interessantes Konzept, wo ältere Generationen als Chance und nicht als Problem gesehen werden.

In den Niederlanden hat solch eine Stadt in naher Zukunft guten Nährboden. Bewohner mögen ihre Umgebung menschlich. Die Seniorenstadt bietet ihren Bewohnern Solidarität und einen respektierten, nützlichen und willkommenen Platz in unserer Gesellschaft. Einen Ort,

auf den sie stolz sein können. Eine sichere Gemeinschaft, die zu Aktivitäten anregt und in der man Fürsorge findet, diese aber nicht vordergründig ist.

Eine Stadt für Senioren bedeutet für uns ein logisches Element voller Identität in einem Netzwerk von Städten und Gemeinden, keinesfalls ein Ort, der von der Gesellschaft isoliert ist.

Durch die Synergie mit umliegenden Gebieten trägt die Seniorenstadt zur natürlichen Wechselwirkung von Menschen, Eigentum und Wissen bei. Dieser Ort ist mehr als nur ein Wohnort. Durch seine charakteristischen Züge kann er eine dominante Position in der wirtschaftlichen Umgebung erreichen. Als Beispiele dafür können der Erfindungsreichtum in einer angepassten Wohnumgebung, auf dem Gebiet der Erholung und der Medizin, im Verkehr, Transport und in der Umwelt angeführt werden.

In der Seniorenstadt bilden Aktivitäten und das soziale Umfeld die Basis der Schaffung neuer Wohnformen. Und angesichts der Globalisierung stehen Solidarität und Zusammenhalt im Mittelpunkt. Diese Themen haben eine zunehmende Bedeutung in unserer Gesellschaft.

Bezogen auf die Senioren entsteht eine zunehmende Nachfrage, da sich ihr Abstand zum Wettbewerb in unserem Zusammenleben vergrößert.

In der Seniorenstadt heißt es aber auch nicht im materiellen Sinne „more, more, more“, sondern Werte und Identität stehen im Vordergrund.

„Ich bin schon sehr lange dabei.“

Im September 2004 erschien unsere erste Veröffentlichung über die Seniorenstadt. „Ik ben al heel lang bij de tijd.“ (übersetzt: „Ich bin schon sehr lange dabei.“)

Es löste ein großes Medieninteresse und viele Reaktionen aus, die von Unverständnis bis hin zu Interesse und Begeisterung reichten. Trotz dieses wechselnden Interesses findet man diese Ideen bereits in zahlreichen politischen Programmen in den Bereichen Wohnen, Sicherheit, Wirtschaft.

Die Idee einer Seniorenstadt als zugeschnittenes Programm für eine Bevölkerungsgruppe ist nicht neu. In den USA entstanden die ersten Siedlungen für Senioren bereits in den 60er Jahren. In den Niederlanden gibt es ein großes Potenzial von Menschen über 50, die sich für eine solche Wohnform interessieren.

Laut einer Umfrage stimmten 42,9% der Personen über 50 Jahre für ein Leben in einer Seniorenstadt. Wenn man eine Anzahl von 5 Millionen Senioren betrachtet – und diese Zahl wächst – reden wir von einer Wirtschaftskraft von ca. 2,2 Millionen zukünftigen Bewohnern. Neben den Personen, die sich für diese Idee aussprachen, stimmten 30,9% der Befragten mit einem „vielleicht“. Das sind zusätzlich ca. 1,6 Millionen Menschen, die sich von dieser Wohnform angesprochen fühlen.

Das war im Jahr 2004. Wir haben unsere Fühler ausgestreckt und unsere Studie mit Untersuchungen zu Themen, wie Wohnumgebung, Ambiente, Organisation und Wirtschaftlichkeit erweitert. Dazu gehört auch der Test des Entwurfes am ehemaligen Flughafengebiet um Valkenburg, im Westen der Niederlande.

Unsere Motivation ist es, ein angepasstes Wohnen in attraktive Wohnformen umzuwandeln, die Passivität in Aktivität zu kehren. Wir wollen von Anonymität hin zur Individualität, von Fürsorge zur freiwilligen Tätigkeit und von der Einsamkeit hin zur Gemeinschaft.

Charakter – key values

Es sind die besonderen Merkmale, die eine Seniorenstadt interessant machen:

Solidarität ist, sich als Bestandteil vom Ganzen zu fühlen. Zusammen etwas für andere tun, ohne sich selbst als Individuum in der Gemeinschaft zu verlieren. Sich treffen mit Gleichgesinnten, es ist gemütlich, mit modernen Annehmlichkeiten.

Unabhängig sein - ich bin schon lange dabei und das denkt mein Enkel auch.

Regie führen, unabhängig sein, kombiniert mit einem bedeutungsvollen Platz in unserer Gesellschaft, umgeben von Menschen, die man kennen lernen möchte.

Man hilft sich hier und dort und weiß wofür.

Man erlebt viel, genießt das Leben, „das mache ich gut und gerne.“

Seniorenstadt ist ein einmaliges Wohnkonzept, das die Möglichkeiten für Ältere erweitert. Besonders im Wohnangebot gibt es in den Niederlanden wenig Auswahl. Einerseits ist das ein Ergebnis unserer Arbeitsweise, die auf Integration basiert. Verstehen Sie mich nicht falsch, dies hat zu verschiedenen angenehmen Wohnmilieus geführt. Andererseits sind dadurch aber auch durchschnittliche Wohnumgebungen entstanden, die nicht auf ihre Bewohner und die Gesellschaft zugeschnitten sind.

Die Seniorenstadt konzentriert sich auf soziale und kulturelle Qualitäten. Die Identität, die auf diese Weise entsteht, basiert nicht auf Argumenten eines städtebaulichen Entwurfes. Es sind die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Werte, die eine Stadt für Senioren entstehen lassen. Ausgangspunkt sind die Entscheidungen der Bewohner. Es ist für jeden Niederländer möglich, sich innerhalb der eigenen Grenzen für eine Wohnform oder Gemeinschaft zu entscheiden, die seiner Lebensart entspricht.

Städtebaulicher Entwurf

Auch wenn der Entwurf nicht Priorität hat, so ist er doch wesentlich. Ich zeige Ihnen hier ein paar Bilder, die unsere Ideen veranschaulichen.

Seniorenstadt ist eine grüne Stadt, mit einer Vielfalt an Wohnmilieus:

- Städtisch
- Dörflich
- Wohnen in den Dünen
- Wohnen am Wasser
- Wohnen an Höfen

Wir stellen die Infrastruktur zur Verfügung, bevor wir die erste Wohnung bauen – etwas, das in den Niederlanden nicht üblich ist. Wir realisieren viel öffentliches Grün, das das Gefühl vermittelt, es wäre privates Grün. Der Bewohner muss sich dann nicht um die Pflege kümmern, darf hier natürlich aber auch mitgestalten.

Die meisten Einrichtungen und Kulturangebote liegen im Zentrum, wo wir größere und kleinere Freiräume schaffen. Dies erzeugt verschiedene Perspektiven und Sichtachsen, für eine Umgebung, die von Älteren als attraktiv empfunden wird.

Wir realisieren verschiedene Wohntypen in verschiedenen Preisklassen. Alle Wohnungen sollen komfortabel sein und einen gewissen Luxus bieten, das heißt aber nicht, dass sie teuer und nur für Schichten mit höherem Einkommen sind.

Seniorenstadt ist die grüne Landschaft, in der es viel zu tun und viel zu erleben gibt. In einer Gemeinschaft, in der Sicherheit und Geborgenheit sichtbar sind. Zukünftige Bewohner treffen sich gerne. Erholungsangebote stimulieren das Beisammensein, ebenso wie soziale Kontakte in Interessenverbänden, Sportvereinen und Hobbygruppen.

Wichtig ist auch, diese Angebote gemeinsam mit den Senioren zu entwickeln.

Nicht für sie, sondern mit ihnen. Die Seniorenstadt ist keine Flucht vor der Gesellschaft, sondern sie wirkt als Magnet.

Realisierung

Ist eine Seniorenstadt wirtschaftlich? Wir gehen von einer Anzahl von ca. 3.000 Bewohnern und einem Minimum von 3.000m² an Infrastruktur und gemeinnützigen Einrichtungen aus, ca. 2.000 Wohnungen, 30% günstig, 40% hochwertig und 30% luxuriös, davon sind 60% zur Miete und 40% zum Kauf vorgesehen.

Eine Alternative geht von ca. 4.000 Wohnungen aus.

Eine Seniorenstadt trägt sich, wenn jede Wohnung ca. 3.000 Euro teurer ist, um gemeinnützige Investitionen zu tragen. Zusätzlich bezahlt jeder Bewohner monatlich 50 Euro Mitgliedsbeitrag, um kulturelle Angebote im Zentrum zu nutzen.

In den Niederlanden kann man von diesem Betrag nicht einmal einen Monat ein Fitnessstudio besuchen, während die Seniorenstadt neben Fitnessräumen auch ein Schwimmbad, Tennisplätze, Wellnesseinrichtungen, Vereinsräume, Ruheräume und vieles mehr anbietet.

Wie geht es nun weiter? Die Seniorenstadt richtet sich auf die Integration des Zusammenlebens, bietet Entfaltung und Geborgenheit, gibt Alternativen und Diversität, hat seine Angebote auf die Zielgruppe zugeschnitten, sorgt für Innovation und Entwicklung, kennt professionellen und freiwilligen Unterhalt und ist beständig.

Wenn man die große Nachfrage betrachtet, ist es notwendig, Entwicklungen so schnell wie möglich zu realisieren. Nicht nur an einem Ort, sondern an mehreren gleichzeitig. In diesem Prozess dürfen wir nicht dieselben Fehler machen, wie vorher. Es ist weise, die individuellen Ansprüche der Bewohner zu akzeptieren, zum Beispiel auch regionale Unterschiede.

Denken Sie nicht, dass alle Menschen gleich sind und dieselben Wünsche und Bedürfnisse haben. Bleiben wir nah an unserer Gesellschaft, an regionalen Stärken, der Identität und dem Kontext. Diese Vorgehensweise ist ein guter Ausgangspunkt in neu entwickelten Wohngebieten als auch in der Umgestaltung, zum Beispiel bei Gebieten, wo kulturelle und gemeinnützige

ge Angebote schwinden. Der Plan für das Flughafengebiet in Valkenburg kann damit auch als Modell für andere Gebiete dienen.

Vor einigen Monaten sprach mich eine 66-jährige Frau in Amsterdam an. Sie fragte, ob ich die Person bin, die an der Seniorenstadt arbeitet. Ich bejahte. „Also“, sagte sie, „ich bin etwas besorgt, weil ich im Radio hörte, dass es nicht realisiert wird. Aber wissen Sie, ich will gerne weg aus der Stadt, wo ich jetzt wohne. Ich habe hier 30 Jahre lang gut gewohnt, aber suche nun etwas anderes und die Seniorenstadt von Ihnen scheint mir großartig. Was denken Sie? Muss ich nun warten, bis diese gebaut wird oder soll ich in ein Wohngebiet, das mir weniger gefällt, wo ich aber kurzfristig einen Platz finde?“

Was sage ich dann zu dieser Dame? Das weiß ich wirklich nicht. Ich denke, dass die Seniorenstadt in nächster Zeit entstehen wird, aber sicher weiß ich das nicht.

Letztens sah ich folgenden Artikel: „... zu wenig Interesse ...“ stand in dem Bericht mit der Schlagzeile: „Es gibt noch nicht genug Ältere, die in einer Seniorenstadt wohnen wollen“. Aber, wenn man den Text genauer liest, steht dort, dass ein Drittel aller Menschen über 55 Interesse hat. Und dass ein großer Teil der Menschen gerne in einer Umgebung wohnt, wo es ein gemischtes Zusammenleben gibt. Ist das Glas nun halb voll oder halb leer?

In diesem Kontext kam auch die Frage, ob es verantwortungsvoll gegenüber der Gesellschaft ist, an Konzepten wie der Seniorenstadt zu arbeiten. Ich gebe die Frage gern weiter. Ich finde, dass wir uns manchmal fragen müssen, ob es verantwortungsvoll ist, uns nicht mit Konzepten wie der Seniorenstadt zu befassen.

Als Initiativgruppe wollen wir in Projekte investieren, die wir zusammen mit Gemeinden, Provinzen und zukünftigen Bewohnern entwickeln. Geben wir der Seniorenstadt nun wirklich den Raum. Es ist Zeit, um zu agieren, um ernsthaft die Bedürfnisse und Wünsche von so vielen Senioren aufzufangen.

Nicht für sie, sondern zusammen mit ihnen.

Geben wir den Raum zur Entfaltung! Schaffen wir den Ort der Begegnung!

Weitere Informationen:

Alex Sievers MSc MCD
Inbo Adviseurs Ruimte & Vastgoed
Woudenberg
www.seniorenstad.com

Mathilde Al-Dogachi, Seniorenhilfe Dietzenbach e. V. (SHD), Ehrenvorsitzende

Miteinander – Füreinander. Eine Chance für die Zukunft

Die Seniorenhilfe Dietzenbach e. V. ist ein gemeinnütziger Verein und arbeitet auf genossenschaftlicher Basis nach dem Prinzip der Hilfe auf Gegenseitigkeit.

Nach dem Motto „hilfst du uns heute – helfen wir dir morgen“ engagieren sich Mitglieder aller Altersgruppen freiwillig und unentgeltlich für Bedürftige.

Zeit ist Geld – nicht bei der Seniorenhilfe! Zeit wird in Punkten angespart, eingetauscht oder verschenkt. Für eine Stunde geleistete soziale Arbeit im Auftrag der SHD gibt es zwei Punkte, demzufolge für eine halbe Stunde einen Punkt. Dabei spielt es keine Rolle, welche Arbeit verrichtet wird.

Die SHD wurde 1994 von Senioren für Senioren gegründet und hat großen Zuspruch in der Bevölkerung. Die Zahl der Mitglieder zeigt von Anbeginn eine steigende Tendenz. Anfang Juni dieses Jahres waren es 1820 aktuelle Mitglieder, das jüngste Mitglied vier und das Älteste 99 Jahre alt. Rund 200 von den Mitgliedern sind aktiv, wobei etwa 120 ständig im Einsatz sind. Der jüngste Aktive zählt 38, die älteste Aktive 85 Jahre.

Bezieht man die vielen Mitglieder ein, die seit Gründung verstorben oder verzogen, einige auch ausgetreten sind, so haben sich insgesamt 2.650 Menschen der SHD angeschlossen. Das ist mindestens jeder zehnte Erwachsene dieser aufstrebenden Stadt im Rhein-Main-Gebiet mit insgesamt rd. 34.000 Einwohnern.

Was macht diese starke Gemeinschaft so attraktiv?

- Es ist vor allem das Gemeinschaftsgefühl, miteinander etwas Sinnvolles füreinander zu tun. Senioren haben selbst entdeckt, dass sie länger gesund, fit und fähig sind, ihre Qualifikation und Erfahrungen, ihr Wissen und Können für die Gemeinschaft einzusetzen. Selbst gestaltete und selbst organisierte Arbeit bietet neue Möglichkeiten und interessante Herausforderungen. Der Einzelne bestimmt selbst, welche Leistung er anbieten, in welchem Zeitumfang und wie lange er aktiv sein will;
- Aktive treffen mit ihrem Engagement eine Art Vorsorge für den Fall, dass sie selbst oder ihre Angehörigen hilfsbedürftig werden. Sie können kostenlos Hilfe abrufen und mit ihren Punkten „bezahlen“, indem die Punkte von ihrem Zeitkonto abgezogen und dem Helfer gutgeschrieben werden. Die Punkte behalten ein Leben lang – und darüber hinaus – ihre Gültigkeit, denn sie können Ehegatten, Lebenspartnern und Kindern vererbt oder an bedürftige Mitglieder verschenkt werden. Voraussetzung ist, die Begünstigten müssen Mitglieder sein und in Dietzenbach wohnen;
- Ein weiterer Vorteil besteht darin, dass auch Mitglieder Hilfen in Anspruch nehmen können, die selbst keine Leistungen erbringen. Für sie ist die Sicherheit, bei eigener Hilfsbedürftigkeit Unterstützung zu erfahren, eine große Beruhigung;
- Kleiner Beitrag – großer Nutzen: Mit dem niedrigen Beitrag von nur sieben Euro im Jahr sollte jeder mitmachen und sich die Mitgliedschaft leisten können.

Was bekommt ein Mitglied für sieben Euro?

- alle zwei Monate das Vereinsmitteilungsheft: aktuell, wissenswert und unterhaltsam, kostenlos frei Haus geliefert,
- kostenlose Fachvorträge „rund um die Gesundheit“ und andere interessante Vorträge,
- Ausflüge, Besichtigungen, kulturelle Programme zu stark reduzierten Preisen,
- kostenlose Teilnahme an Kursen und Seminaren verschiedener Art,
- Kostenlose Fortbildung für Aktive auf den Gebieten, für die sie tätig werden wollen,
- Hilfen für wenig Geld, die den Alltag erleichtern und wie sie professionelle Dienste und Gewerbe so nicht anbieten. Mitglieder, die keine Punkte eintauschen können, zahlen einen Unkostenbeitrag zum Verwaltungsaufwand (Verwaltungsgebühr) von 3,50 Euro für die erste und 1,50 Euro für jede sich anschließende Stunde.

Das Dienstleistungsangebot ist groß und in das regionale Altenhilfesystem integriert. Die Öffentlichkeit weiß inzwischen, dass die Angebote Lücken schließen und somit dringend gebraucht wurden. Alle Aktivitäten hier zu nennen, würde den Rahmen sprengen.

Der Kreativität, der Initiative und den Fähigkeiten der Mitglieder ist die ständige Erweiterung des Programms zu verdanken, denn bei der SHD entwickeln und gestalten die Mitglieder das Angebot selbst. Dazu treffen sie sich monatlich zur Aktivenversammlung, um Erfahrungen auszutauschen, neue Angebote zu besprechen und zu beraten, wie die Arbeit verbessert werden kann.

Natürlich werden alle Helfer der Schweigepflicht unterworfen.

Im Mittelpunkt steht nach wie vor die Hilfe von Mensch zu Mensch, also die vielfältigsten Nachbarschaftshilfen. Zum Beispiel:

- Begleitdienste zu Ärzten und Behörden usw.,
- Besuchsdienste, auch auf den Rollstuhl angewiesene Menschen ausfahren, Besorgungen, Einkaufen oder sonstige Erledigungen,
- Schreibarbeiten, auch Übersetzungen und dergleichen,
- Entlastung pflegender Angehöriger,
- verschiedene Reparaturhilfen,
- leichte Gartenarbeit,
- Betreuung von Haustieren und vieles mehr.

Neben der Organisation von Gemeinschaftsaktivitäten engagieren sich Mitglieder zunehmend auch für Kinder und Jugendliche sowie für Bedürftige, die nicht Mitglieder sein müssen. Dafür erhalten die Aktiven zwar Punkte, die SHD jedoch kein Entgelt.

Das trifft z. B. für den Hospizdienst zu. Speziell ausgebildete und auf die Aufgabe vorbereitete Helfer leisten Lebensbeistand für Kranke bis zuletzt und stehen auch den pflegenden Angehörigen zur Seite. Der Dienst steht allen Dietzenbachern kostenlos zur Verfügung.

Im Gesprächskreis für pflegende Angehörige, der von der SHD in Zusammenarbeit mit den Fachkräften der städtischen Seniorenberatung angeboten wird, können Betroffene in Gemeinschaft neue Kräfte schöpfen, wichtige Informationen und Hilfe erhalten sowie von den Erfahrungen anderer profitieren. Die Teilnahme ist ebenfalls kostenlos und steht allen offen.

Das Team „Alt hilft Jung“ kümmert sich in Zusammenarbeit mit Schulen und der kommunalen Jugendförderung um leseschwache Schüler oder hält den Betrieb der Schulbibliothek aufrecht.

Bereits in den Kindergärten wird durch Vorlesen Sprachförderung geleistet.

Schüler, die zu Hause weder über den Platz noch über Mittel für einen eigenen Computer verfügen, werden im Internetcafé der Seniorenhilfe mit der neuen Technik vertraut gemacht. Handwerksmeister und qualifizierte Ausbilder aus den Reihen der SHD unterstützen als Ergänzung den Werksunterricht an den Schulen. Lehrkräfte und Schüler sind gleichermaßen begeistert, lernen sie doch von den Berufserfahrenen „Tricks, von denen sie noch nie etwas gehört haben und die in keinem Lehrbuch stehen“.

Beim Übergang von Schule zum Beruf leisten Aktive der SHD Bewerbungstraining.

Jugendliche werden fit gemacht, damit sie auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt eine Chance haben.

Das große Engagement für die Jugend ist in Dietzenbach besonders wichtig. Fast ein Drittel der Einwohner sind ausländische Mitbürger oder Bürger mit Migrationshintergrund mit vielen jungen Menschen. Ihnen beim Start in ein gesellschaftliches Leben und bei der Integration zu helfen, ist Anliegen der Seniorenhilfe.

Damit die Helfer zum Einsatz kommen können, wird die jeweilige Schule, Einrichtung bzw. der Förderverein als Institution Mitglied bei der SHD für sieben Euro im Jahr.

Solch notwendige, ergänzende Dienste wären von der öffentlichen Hand nicht finanzierbar – die SHD macht's möglich.

Überhaupt, das soziale Engagement der Aktiven ist beachtlich.

Bei 500 Punkten werden Aktive mit der Ehrennadel in Silber, bei 1000 Punkten mit der Ehrennadel in Gold geehrt. Bei 2000 Punkten wird die Ehrennadel in Gold mit Kranz verliehen (natürlich nicht aus echtem Edelmetall).

Zwischen 7.000 und manchmal über 9.000 Stunden werden pro Jahr geleistet. Dies ergibt einen Gesamtpunktstand in den letzten 12 Jahren von rd. 162.000 und entspricht 81.000 unentgeltlich geleisteten Stunden – welch immense Produktivität! Dabei wurden nur 9.750 Punkte (6 %) bisher in Anspruch genommen.

„Geht nicht – gibt's nicht“ nach diesem Motto ist das etwa 17-köpfige Büro-Team aus freiwilligen Helfern bestrebt, jeden Auftrag zu vermitteln und allen Wünschen nachzukommen. Das Büro ist die Schaltzentrale des Vereins, worüber alle Kontaktaufnahmen laufen, sei es, um Hilfe anzufordern, Informationen zu erhalten bzw. weiterzugeben oder Aufträge abzurechnen. Das Büro ist montags bis freitags von 10 bis 12 Uhr und zusätzlich mittwochs von 17.30 bis 19 Uhr besetzt. Außerhalb dieser Zeit können Nachrichten auf Anrufbeantworter hinterlassen werden, das Büro-Team ruft umgehend zurück.

Seit Beginn der praktischen Arbeit war das Büro ohne Unterbrechung besetzt.

Um den Betrieb eines solch großen „sozialen Unternehmens“ reibungslos zu organisieren, bedarf es seitens des Vorstandes nicht nur guten Willens, sondern der erforderlichen Fähigkeiten. Jedes Vorstandsmitglied hat eine bestimmte laufende Aufgabe zu erfüllen, für die es verantwortlich ist. Freiwilliges Engagement braucht solide Absicherung. Durch Überlastung darf der persönliche Freiraum nicht so sehr eingeschränkt werden, dass die Erfüllung der Aufgaben zur Last wird. Zur Erhaltung der Motivation, der Leistungsbereitschaft und des Leistungsvermögens wurde bei der SHD das Tandem-Prinzip eingeführt, wonach jede Funktion doppelt zu besetzen, d.h. mit einer Vertretung abzusichern ist. Das Gefühl, nicht allein gelassen zu sein und dass die Arbeit auch im Krankheitsfall weiter geleistet wird, ist für den Einzelnen wie auch für die gesamte SHD von eminenter Bedeutung.

Der Vorstand amtiert für zwei Jahre und kann von der Mitgliederversammlung wieder gewählt werden.

Darüber hinaus bestehen verschiedene Arbeitsgruppen für die spezifischen Angebote, auch ein Redaktionsteam für das Mitteilungsheft oder der Einsatzstab, um im Rahmen der Hilfe von Mensch zu Mensch die richtigen Helfer und das richtige Maß an Hilfe zu koordinieren. Bei schwierigen Anfragen ist zu entscheiden, ob ehrenamtliche Helfer allein oder Fachdienste einbezogen werden.

Wer sich im Auftrag der SHD freiwillig und unentgeltlich engagiert, soll auf der sicheren Seite sein. Deshalb hat der Verein die Aktiven abgesichert durch:

- eine Haftpflichtversicherung,
- eine Unfallversicherung und,
- Dienstreise-Fahrzeugversicherung, die u. a. eine Insassenversicherung und den Rückstufungsverlust bei eigen verschuldeten Schäden am Kfz des Aktiven einschließt.

Nur wer firm in seinem Wissen ist, kann Hilfe mit Qualität anbieten. Aktive übernehmen oft für sie ungewohnte, neue Aufgaben. Sie brauchen fundiertes Hintergrundwissen und Fähigkeiten, damit sie sich in ihrem Engagement sicher fühlen und mit ungewohnten Situationen zurechtkommen. Neue Interessen und Fähigkeiten zu entdecken, ist spannend und eine persönliche Bereicherung zugleich. So geht jedem Dienstleistungsangebot eine entsprechende Fortbildung voraus.

Den Helfern stehen jederzeit Fachkräfte für Rückfragen und reflektierende Gespräche zur Verfügung. Bei manchen längeren Einsätzen ist es schwer, den erforderlichen inneren Abstand zu den Grenzen der eigenen Belastbarkeit zu finden und zu wahren. Deshalb bietet die SHD den einzelnen Aktiven professionelle Supervision kostenlos an.

Man wird sich fragen, wie diese umfangreichen Dienstleistungen bei dem Preis-/Leistungsverhältnis der SHD finanziert werden können. Denn allein die nach wie vor sehr niedrig gehaltenen Mitgliedsbeiträge und Erlöse aus den Einsätzen reichen zur Finanzierung nicht aus.

Lebenswichtig für die Entstehung und den Aufbau der SHD waren 1994 die einmalige Anschubfinanzierung des Kreises Offenbach mit 8000 Mark, 500 Mark vom Land Hessen und 2950 Mark von der Stadt Dietzenbach, die auch Büro- und Gemeinschaftsräume mietfrei überlässt. Dieses Startkapital bildete den Grundstock für die Büro-Ausstattung.

Durch die Fix-Kosten und hohen Versicherungsbeiträge, die zu Anfang fällig wurden, ehe die Aktiven etwas erwirtschaften konnten, geriet der junge Verein in Finanznot. So startete der Ideengeber und Gründer der SHD, Wolfgang Thüning, einen Tag der offenen Tür mit einer Tombola aus vielen gespendeten Präsenten. Jedes Los zum Preis von zwei Mark war ein Gewinn im Wert von fünf Mark. Diese Aktion erregte großes Aufsehen, brachte viele neue Mitglieder und die finanzielle Rettung. Daraus entwickelte sich der jährliche große Weihnachtsbasar als unerlässliche Einnahmequelle.

Schon bald konnte die SHD unabhängig von der öffentlichen Hand sein und hat es geschafft, ihre nicht unerheblichen Ausgaben zu decken.

Allerdings wären die teuren Ausbildungen der Hospizhelfer, die Pflegekurse und die Seminare für Kommunikation und den Umgang mit verwirrten Menschen nicht möglich gewesen ohne die großzügige Unterstützung des Kreises und weiteren hohen Spenden von Sparkassen und Banken.

Die SHD steht mit ihrer Finanzierung auf vier Standbeinen:

- die Mitgliedsbeiträge,
- die Erlöse aus den Einsätzen der Aktiven,
- die Erlöse aus den Basaren und
- vor allen Dingen die großen und kleinen lebenswichtigen Spenden.

Feste Ausgaben sind:

- Versicherungen, Telefon-, Raum-, Büro- und Verwaltungskosten,
- Erstellungskosten für das Mitteilungsheft.

Zu den variablen Ausgaben gehören:

- Auslagenersatz an Aktive für ihre Einsätze (Fahrtkostenerstattung),
- Fortbildungskosten,
- Zuschüsse für Gemeinschafts- und Freizeitaktivitäten.

Wie kam es 1994 zur Gründung der SHD?

Es war ein besonderes Anliegen des damaligen ersten Kreisbeigeordneten und heutigen Landrates Peter Walter, in der Region Hessen auch Seniorengenossenschaften, ähnlich wie in Baden-Württemberg, ins Leben zu rufen. Deshalb sollten sich Interessenten bei der „Leitstelle Älterwerden“ des Kreises Offenbach melden.

Zu gleicher Zeit machte die Bevölkerungsstatistik Dietzenbachs deutlich, dass die Zahl der Senioren in naher Zukunft überproportional zunehmen wird, vor allem welche Gruppe von über 50-jährigen ‚in die Jahre kommt‘. Für die Fachleute der städtischen Seniorenarbeit Anlass, eine neue, selbst organisierte Arbeit von und für Senioren auf den Weg zu bringen. Es galt, die Kompetenz und Leistungskraft der Jungsenioren, die in einer Vielzahl beruflich ‚freigesetzt‘ wurden, für das Gemeinwohl einzubinden.

Zum Thema „Gemeinsam mit anderen etwas für andere tun“ kamen am 13. April 1994 interessierte Dietzenbacher zur städtischen Seniorenarbeit. Unter ihnen Wolfgang Thüning mit seiner Ehefrau Pirkko. Das Ehepaar machte sich Gedanken und entwickelte ein Konzept, wie man den damaligen Erfolg von Baden-Württemberg auch ohne laufende staatliche Zuschüsse bewirken könne.

Am 26. April 1994 stellte Wolfgang Thüning sein spezielles Dietzenbacher Modell vor und gründete bereits beim zweiten Treffen die Seniorenhilfe Dietzenbach. Leider setzte sein Tod im Jahr 2002 seinem außergewöhnlichen Engagement ein zu frühes Ende.

Er hat mit seinen Ideen viele Menschen begeistert. So auch den damaligen Sozialdezernenten und späteren Bürgermeister der Stadt Dietzenbach Jürgen Heyer, der bei seiner Pensionierung nahtlos in den „Unruhestand“ zur SHD wechselte und seit 2001 als Vorsitzender mit einem kompetenten Vorstandsteam den Verein engagiert führt.

Dietzenbach macht Schule. Innerhalb kurzer Zeit entstanden im Kreis Offenbach flächendeckend Seniorengenossenschaften. In Hessen und im Bundesgebiet, sogar in Spanien, konnten sich ebenfalls mit Unterstützung der SHD ähnliche Organisationen etablieren.

Gäste aus der Schweiz, den Niederlanden und mehrfach aus Japan kamen nach Dietzenbach, um die Arbeit der inzwischen größten und aktivsten Seniorenengossenschaft in Deutschland kennen zu lernen.

Wen wundert's, dass der SHD mehrfach Ehrungen und Preise zuteil wurden.

Mit dem zukunftsweisenden Modell der SHD wurde eine neue Form des bürgerschaftlichen Engagements entwickelt, wie Arbeit sinnvoll und gemeinnützig dort eingesetzt wird, wo der Staat nicht mehr helfen kann. Obwohl das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre festgesetzt wurde, ist festzustellen, dass in Deutschland nur noch 41,2 % der 55 – 64jährigen erwerbstätig sind. Die Jungsenioren brauchen Rahmenbedingungen, um Gestaltungs- und Selbsthilfepotenzial entfalten zu können. Sich nützlich zu machen, gebraucht zu werden, ist wichtig für das Selbstwertgefühl der älter werdenden Generation.

Angesichts der demografischen Entwicklung, der tiefen Einschnitte in den sozialen Sicherungssystemen und im Gesundheitswesen sind Strukturen, die auf Solidarität, Tausch und gegenseitiger Unterstützung basieren unverzichtbar. Wie wir in der sich verändernden Gesellschaft von morgen leben wollen, hängt in hohem Maße auch von uns selbst ab. Möge der Geist des Miteinanders – füreinander überall lebendig werden!

Dr. Wilma Mohr, Leiterin der Sozialverwaltung, Wissenschaftsstadt Darmstadt

Resümee aus kommunaler Sicht

Bedeutung der Tagung „Wohnen – Neues wagen“ im Rahmen der Altenhilfeplanung

In unserem Bericht zur Altenhilfeplanung von 2003 lauteten die Empfehlungen für den Bereich Wohnen und Pflege: Erstellung einer kommunalen Wohnungsplanung für ältere Menschen, und zwar:

- Förderung altersgerechten Wohnens im Stadtteil
- Entwicklung neuer Wohn- + Versorgungskonzepte (auch für demenziell Erkrankte)
- Verknüpfung von Wohn- + Betreuungskonzepten
- Service-Wohnen ohne Umzug
- Konzeptionelle Weiterentwicklung der Wohnungsanpassung + Wohnraumberatung
- Verpflichtung der Bauverein AG zu seniorengerechten Baumaßnahmen

Diesem Auftrag fühlt sich die Sozialverwaltung verpflichtet, gleichwohl die Ressourcen für die Umsetzung solch umfangreicher und weitgehender Forderungen begrenzt sind und sicher nur als Gemeinschaftsaufgabe denkbar ist.

Unsere ersten Recherchen verfügbarer aktueller Studien brachten folgende Ergebnisse:

- Die Umzugsbereitschaft älterer Menschen ist gering und nimmt mit zunehmendem Alter weiter ab;
- Ein Verbleiben in den eigenen vier Wänden so lange wie möglich wird, auch wenn damit Einschränkungen einhergehen, bevorzugt;
- Gemeinschaftliches Wohnen (z.B. Jung + alt; WG) wird eher abgelehnt;
- Mit zunehmendem Alter verringert sich der Aktionsradius: Das unmittelbare Wohnumfeld und die Bedingungen im eigenen Stadtteil spielen die entscheidende Rolle;
- Die Zahl der älteren Migranten/innen nimmt stark zu.

Nun gelten solche allgemeinen Ergebnisse zwar sicher auch für Darmstadt, aber man kann auf so allgemeinen Trend-Ergebnissen keine Planung aufbauen, denn wie die Vorträge gezeigt haben, gibt es durchaus Interessen an gemeinschaftlichem Wohnen, sind Senioren auch in höherem Alter durchaus noch bereit, die Wohnung zu wechseln (das zeigen auch Ergebnisse einer bauvereinsinternen Befragung), kann das Verbleiben in den eigenen vier Wänden durchaus Tendenzen zur Isolation verstärken usw. Auch haben sich in unserem Beratungs- und ServiceZentrum schon ältere Menschen gemeldet, die Interesse an neuen Wohnmodellen haben und von der Verwaltung Unterstützung wollen. Hinzu kommt, dass das politische Ziel der Darmstädter Sozialpolitik: „Selbstbestimmt älter werden in Darmstadt“ es geradezu verlangt, sich an den Bedürfnissen der älteren Darmstädter Bürger/innen zu orientieren.

Es ist also für die kommunale Altenhilfeplanung auch im Bereich Wohnen unabdingbar, die Bürgerinnen und Bürger in angemessener Form in die Planungsprozesse mit einzubeziehen. Diese Tagung ist dazu ein Baustein. Die Arbeitsgruppe „Umsetzung der Altenhilfeplanung“ hat daher folgende Ziele für die Tagung formuliert:

Ziele

- Impulse setzen, sich frühzeitig des Themas "Wohnen im Alter" und neuen Möglichkeiten zu zuwenden.
- Zusammenführung von Interessengruppen/Einzelpersonen
- Anregung zur Entwicklung neuer Pflegemodelle und neuer Versorgungskonzepte

Es handelt sich bei dieser Tagung um ein Experiment, denn wir wollten einerseits für die lokalen Akteure der Altenhilfe ein Informations- und Fortbildungsforum bieten, zumindest in Ausschnitten darüber zu informieren, welche Praxismodelle es schon gibt.

Andererseits sollte dasselbe Ziel für die Bürger und Bürgerinnen gelten. Deshalb gibt es den Tag für alle Interessierten, an dem man sich breit darüber informieren kann, was es in Darmstadt schon an neuen Entwicklungen gibt. Deshalb freuen wir uns sehr, dass es uns gelungen ist, diesen prominenten Ort mitten in der Stadt für das Thema zu öffnen.

- Das Wichtigste ist aus meiner Sicht, dass wir über die Tagung hinaus unterstützende Strukturen anbieten können, wo die Menschen, die Impulse, die sie vielleicht aus dieser Tagung mitnehmen oder selber mitbringen weiterentwickeln und für das eigene Leben nutzbar machen können. Ob das gelingt, kann leider zum Zeitpunkt der Verfassung des Resümees noch nicht eingeschätzt werden.

Kommentierung ausgewählter Ergebnisse aus den Vorträgen

- Für die Wohnsituation und die Perspektiven älterer Menschen in Darmstadt ist es sehr wichtig, dass die größte Darmstädter Wohnungsbaugesellschaft die **Bauverein AG** mit den anderen Akteuren im sozialen Bereich zusammenarbeitet. Ich freue mich sehr darüber, dass der Bauverein diese Tagung nicht nur finanziell gesponsert hat und auf der Tagung durch Vorstandsmitglieder vertreten ist, sondern dass er von Anfang an inhaltlich mitgestaltet hat. Diese gute Zusammenarbeit sollten wir vertiefen und weiter entwickeln.
- Die Bedeutung des ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements auch in der Altenhilfe wird immer wieder - vor allem in Sonntagsreden - betont. Oft wird die Hoffnung geäußert, dass das Potenzial der „jungen Alten“ dafür genutzt werden kann. Ich halte das auch in gewissem Umfang für möglich, aber ich muss zugeben: was die **Seniorenhilfe Dietzenbach** mit ihrer Genossenschaft leistet, das ist professionell und vorbildhaft. Natürlich braucht es den Anstoß von einzelnen starken Persönlichkeiten und der vielen Menschen, die sich für die Arbeit begeistern lassen, aber mir hat auch gut gefallen, dass die Rahmenbedingungen für das Gelingen sehr ausführlich dargestellt wurden. Ich halte sie für sehr bedeutsam und ich glaube wir Darmstädter sollten uns dieses Modell in unserer Nachbarschaft noch einmal genau anschauen.
- An dem **Quartierskonzept der Baugenossenschaft** finde ich die Rolle des Vermieters bestechend. Ist das Verhältnis gut, hat er einen sehr viel engeren Einblick in die persönlichen Verhältnisse seiner Bewohner und findet eher offene Ohren für neue Modelle (z.B. Wohnungstausch, Wohnraumanpassung) bei seinen Mietern als ein Berater von außen. Sozialarbeiter in Wohnungsgesellschaften könnten in Darmstadt auf das gute Netzwerk der Fachkonferenz Altenhilfe zurückgreifen. Es wäre gut, wenn es aus der Wohnungswirtschaft in diesem Bereich ergänzende beraterische Kapazitäten gäbe.

- Das **Bielefelder Modell der Quartierskonzepte** bestätigt uns, dass der Stadtteilbezug ein Schlüssel für eine zukunftsorientierte Wohnungspolitik ist. Auch der Darmstädter Bericht zur Altenhilfeplanung fordert zu stadtteilbezogenen Planungen im Bereich der Altenhilfe auf, und wir sind mit den Projekten „Ich werde gern´ alt in Arheilgen“ und der Entwicklung neuer Ansätze in Kranichstein auch auf einem guten Weg dahin.
- Auch wenn fast niemand, der gefragt wird, in ein Pflegeheim will, so wird es auch in der Zukunft für viele vor allem hochaltrige Menschen, keine Alternative für eine stationäre Unterkunft geben, und da ist es sehr ermutigend, wenn die Heime mit neuen Konzepten wie dem der „**stationären Hausgemeinschaften**“ zeigen, dass auch sie sich bemühen, ihre Einrichtungen allmählich in Richtung kleinerer Einheiten mit eher familiären Charakter zu entwickeln. Wir haben in Darmstadt ein solches Beispiel zweier Hausgemeinschaften für an Demenz erkrankte ältere Menschen im Wohnpark Kranichstein.
- **OWOG – über das Wohnen von Älteren sprechen**, dieses Projekt nimmt im Rahmen der Tagung eine bedeutende Rolle ein, denn damit wollen wir der Darmstädter Bevölkerung ein praktisches Angebot machen, sich mit diesen wichtigen Fragen auch nach der Tagung noch auseinander zusetzen.
- **Gemeinschaftlich wohnen im Alter**: Das wird sicher keine „Massenbewegung“ werden, aber doch für viele unserer Generation, die in den 70er Jahren erste Wohngemeinschaftserfahrungen machten, eine attraktive Alternative sein. Schön, dass es in Darmstadt auch diese Modelle schon in der Praxis und nicht nur auf dem Papier gibt.

Wenn ich an dieser Stelle schon ein Resümee ziehen muss, so kann es nur ein Zwischenergebnis sein, denn ich kann noch nicht das Feedback der Tagungsteilnehmer/innen mit einbeziehen, das werden wir an anderer Stelle nachholen müssen. Aber es sind vor allem vier Punkte, die ich in meinem Resümee hervorheben möchte:

- Mir ist bei der Durchsicht der Vorträge wieder ein Mal sehr deutlich geworden, dass die Individualisierung unserer Gesellschaft sich auch in der Art und Weise des Älterwerdens niederschlägt. Wir müssen uns daher hüten, die älteren Menschen, nur weil sie ein gewisses Lebensalter haben, als einheitliche Gruppe zu betrachten. Sie sind so **verschieden** in ihren **Lebensbedürfnissen im Alter**, wie sie auch im sonstigen Leben verschieden sind und darauf müssen wir Rücksicht nehmen und es in unseren Konzeptionen berücksichtigen.
- Die Berichte über die Projekte aus den anderen Städten bestätigen, dass wir in Darmstadt mit unserem Weg der **prozessbezogenen Altenhilfeplanung** auf dem richtigen Weg sind. Und wir können daraus wichtige Anregungen für unsere weitere Arbeit gewinnen.
- Dem **bürgerschaftlichen Engagement** müssen wir eventuell mehr Bedeutung geben und der Politik Vorschläge für entsprechende Rahmenbedingungen machen. Ich hoffe, wir können mit dieser Tagung einige Aktive gewinnen!
- Das städtische Amt für Wohnungswesen bietet zwar Wohnberatung an, vor allem hinsichtlich Wohnraumanpassungsmaßnahmen, zu denen ggf. Landesmittel beantragt werden können, aber uns fehlt doch eine **spezifische Wohnberatung für ältere Menschen**.

Gerade die Vielzahl der Modelle und Möglichkeiten, wie sie hier während unserer Tagung präsentiert werden, zeigt, dass es bei so gravierenden Lebensfragen, wie die Änderung der Wohnverhältnisse im Alter, einer umfassenden, zeitintensiven und qualitativ hochwertigen Beratung bedarf. Thematisch würde eine solche Beratung natürlich sehr gut in unser Beratungs- und ServiceZentrum passen und wir könnten an dieser Stelle auch mehr präventiv arbeiten, aber uns fehlt dazu derzeit das Personal. Aber vielleicht entstehen auf unserer Tagung mit so viel kompetenten Menschen ja auch kreative Lösungen, was diese Frage angeht.

Abschließend möchte ich nicht versäumen, all unseren Mitarbeiter/innen des Beratungs- und ServiceZentrums für ältere Menschen unseren Kooperationspartnern/innen, allen voran der Fachkonferenz Altenhilfe und den Mitveranstaltern, der Schader-Stiftung und der Bauverein AG für ihre Unterstützung ganz herzlich zu danken!

PD Dr. Frank Oswald, Universität Heidelberg

Resümee aus wissenschaftlicher Sicht

Die vorausgehenden Vorträge waren so spannend und vielfältig wie das Thema Wohnen im Alter selbst, von der anregenden Techniknutzung im Privathaushalt zur Unterstützung bei wachsendem Pflegebedarf, vom Beratungsbedarf bei konkreten Fragen der Barrierefreiheit über die moderierte Erfassung von Wohnbedürfnissen älterer Menschen zur gemeinschaftlichen Wohnform im kommunalen Kontext. Die Beiträge bilden also ein breites Spektrum an Wohnaspekten ab, zu denen ich einerseits nur ganz ausgewählt und exemplarisch, andererseits vor allem aus einer an der Person orientierten (psychologischen) Sichtweise Stellung nehmen kann. Im Folgenden sollen daher einige der genannten Aspekte aufgegriffen und, soweit in der Kürze der Zeit möglich, aus wissenschaftlicher Perspektive eingeordnet und diskutiert werden.

Die Abteilung für Psychologische Altersforschung am Psychologisches Institut der Universität Heidelberg stellte sich dabei unter anderem auch grundsätzliche Fragen wie zum Beispiel: „Wie ‚funktioniert‘ eigentlich das Wohnen im hohen Alter, auch vor dem Hintergrund sich ständig wandelnder Ansprüche und Möglichkeiten älterer Menschen?“ und „Welche messbaren Auswirkungen hat Wohnen auf die Erhaltung von Selbständigkeit und Wohlbefinden?“ Kurz: Wissen wir eigentlich schon genug über das Wohnen im Alter, um behaupten zu können, wir wissen, wie wir am besten für die Zukunft planen, bauen, unterstützen und anregen?

Im Folgenden soll der Versuch unternommen werden, zwei übergeordnete Fragen vor dem Hintergrund empirisch gesicherten Wissens (soweit bekannt) ansatzweise zu beantworten. Im Anschluss sollen einzelne in den Vorträgen angesprochene Inhalte vor dem Hintergrund dieser Befunde aufgegriffen werden. Die Fragen lauten:

(1.) Wie gelingt der Wohnalltag im Alter und welche Rolle spielen Ausstattung, Barrieren, und Kompensationsmöglichkeiten seitens der Person und welche Auswirkungen auf Selbständigkeit und Wohlbefinden hat dies? (Perspektive des Wohnhandelns);

(2.) Wie wird Wohnen im höheren Alter (im Unterschied zu anderen Lebensphasen) erlebt und welche Rolle spielen dabei häufig vernachlässigte gedankliche und gefühlsmäßige Anteile und welche Auswirkungen auf Selbständigkeit und Wohlbefinden hat dies? (Perspektive des Wohnerlebens);

Sehr verkürzt lässt sich die Befundlage zur ersten Frage wie folgt zusammenfassen:

- Objektive Wohnbedingungen im Alter haben sich in den letzten Jahren verbessert. Bei genauem Hinsehen findet man allerdings zahlreiche Barrieren und ähnliche Barrierenmuster in verschiedenen Regionen Europas (dies wird anhand einer europäischen Studie verdeutlicht).
- Auf der Handlungsebene des Wohnens trägt die Auseinandersetzung mit objektiven Umweltgegebenheiten entscheidend zu Selbständigkeit und Wohlbefinden bei. Aber es ist nicht allein die Anzahl an Barrieren im Wohnbereich, sondern die daraus resultierenden Zugänglichkeitsprobleme, die den Unterschied machen. Das heißt zum Beispiel, Perso-

nen, die trotz Einbußen eine gute Zugänglichkeit erreichen, sind selbständiger im Alltag, fühlen sich wohler und sind besser gestimmt (weniger depressiv). Zugänglichkeitsprobleme sind abhängig von Fähigkeiten und Einstellungen der Person, die bei Beratung und Unterstützungsangeboten immer noch zu wenig beachtet werden. Hinsichtlich des Präventionspotentials von Wohnbedingungen gibt es beispielsweise Hinweise darauf, dass das individuelle Zugänglichkeitsprofil - besser als Einbußen und Barrieren allein - Stürze im Wohnbereich vorhersagen kann.

- Kreatives Verhalten von Menschen mit langer Wohnbiographie (z.B. Verdichtung des Wohnalltags an so genannten „Kontrollzentren“) unterstützt den Anpassungsprozess (auch bei gesunden Älteren) und sollte bei Wohninterventionen gefördert werden. Die Rolle unterstützender Technik ist bislang nur wenig untersucht.
- Die Wirkung von Wohnanpassungsmaßnahmen wird hauptsächlich durch Berichte und Erfahrungen aus der Praxis gestützt, die so genannte "empirische Evidenz" aus Studien erbringt leider nur „gemischte Befunde“ und die Datenlage ist insbesondere in Deutschland noch sehr schlecht; Interventionsstudien sind nötig.

Sehr verkürzt lässt sich die Befundlage zur zweiten Frage wie folgt zusammenfassen:

- Die Betrachtungsebene von Wohnen ist häufig auf den Bereich von Alltagshandeln und Unterstützung beschränkt. Auf der Erlebensebene entstehen aber Umweltbindungen und Bedeutungszuweisungen, die ebenfalls zu Selbständigkeit und Wohlbefinden, aber auch zum Erhalt der eigenen Identität beitragen.
- Mit dem Alter werden Erlebensaspekte (z.B. das Bedürfnis nach Anregung und Verbundenheit) nicht weniger wichtig. Neue Geburtskohorten Älterer verlangen mehr vom Wohnen als nur Unterstützung und Sicherheit.
- Prozesse des Denkens und Fühlens sind mittlerweile empirisch gut belegbare Wohnaspekte, die insbesondere bei Einbußen und im sehr hohen Alter verhaltenswirksam werden können oder eine Ressource zur Kompensation von Einbußen darstellen können. Das heißt zum Beispiel: Personen, die ihre Wohnumwelt als nützlich und bedeutsam erleben und die nicht andere verantwortlich für das eigene Wohnen machen, sind selbständiger und besser gestimmt.
- Aussagen zum Wohnerleben sind häufig leider immer noch wenig „belastbar“ für die Praxis. Um ihre Zusammenhänge mit Wohnfolgen zeigen zu können, müssen Erlebensaspekte des Wohnens „sichtbar“ gemacht, also gut „gemessen“ werden (Aufgabe für die Forschung).
- Potentiale (z.B. „innere“ Landkarten und Routinen bei Sehbeeinträchtigten) und Gefahren von Wohnverbundenheit (z.B. mangelnde Aufmerksamkeit gegenüber Barrieren durch langjährige Gewöhnung) sind noch nicht genügend bekannt und fließen zu selten in den Beratungsalltag ein.

Im Hinblick auf die gehörten Beiträge heißt dies zum Beispiel:

Wenn Beratungsinitiativen, wie z.B. das der **"Baugenossenschaft Freie Scholle eG"** oder die **"Tauschgenossenschaften der Seniorenhilfe Ditzbach e.V."** einen zukunftsweisenden Beitrag zur Ermittlung des individuellen Unterstützungsbedarfs über das angesprochene Angebotsspektrum hinaus leisten wollen, stellt sich erstens die Frage "Welche Maßnahmen tragen nachweislich zum Verbleib in den eigenen vier Wänden bei?" Aus anderen Ländern wissen wir zum Beispiel, dass bei Paaren mit einem demenzkranken Partner eine Kombination aus Be-

ratung und Umwelthanpassung der Wohnung am besten hilft. Zweitens stellt sich die Frage "Wie gut passt das Angebot zur jeweiligen Rat suchenden Person". Ein Ziel könnte sein, das Profil der Rat suchenden Person besser kennen zu lernen und das Angebot auf biographisch gewachsenen Einstellungen, Persönlichkeitseigenschaften und soziale Netze (z.B. Kontrollerleben, Ängste, soziale Unterstützung) abzustimmen. Ein weiteres Ziel könnte die Ergebnisoffenheit des Beratungsinhalts sein, was ebenfalls zu individuellen, kreativen, und (wie bei den Tauschgenossenschaften dargestellt) niedrigschwelligen Angeboten führen kann. Das allmähliche Hineinwachsen in ein "sich Beratenlassen" sollte mehr "spielerische" Elemente haben (wie sie auch schon frühzeitig von der OWOG praktiziert wurden). Neue (handlungsbezogene und erlebensbezogene) Aspekte des Beratungsprozesses müssen zukünftig systematisch besser erfasst (gemessen) werden und sollen Beraterinnen und Beratern die Umsetzung des Beratungs- und Anpassungsziels erleichtern (z.B. handliche Messung von Zugänglichkeitsproblemen, von Wohnbedürfnissen etc.).

In diesem Zusammenhang ist insbesondere auf die weithin unterschätzte Rolle von (zumindest potentiellen) Technikangeboten einzugehen. Wie im Beitrag **"Smartes Wohnen im Alter"** bereits anklagt, müssen wir uns von der vermeintlich generell technikfeindlichen älteren Generation verabschieden und zu einer differenzierteren Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Techniknutzergruppen in unterschiedlichen Altersphasen kommen ("Drittes" vs. "Viertes" Alter). E-Mail als von Älteren mittlerweile sehr geschätztes, weil zeitnahe aber dennoch gut kontrollierbares Kommunikationsmedium ist bei uns immer noch wenig untersucht. Dabei könnten allerdings auf einzelne Funktionen fokussierte und flexiblere Angebote (z.B. Kommunikation), die nicht notwendigerweise mit anderen Aspekten des Wohnens (z.B. Beleuchtung, Versorgung) zur Gesamtlösung "smart home" vernetzt sind, auf höhere Akzeptanz seitens der Bewohner stoßen. Ältere Menschen sollten zudem verstärkt als "kritische Tester" von Technik hinsichtlich Alltagstauglichkeit und Fehleranfälligkeit gesehen werden; übrigens auch im Bereich von "low tech" (z.B. Wasserkocher, Toaster). Wenn ein Produkt ältere überzeugt, überzeugt es womöglich auch andere Altersgruppen (Technik/Design "for all"). Spezielle Nutzungsprofile älterer Menschen sind darüber hinaus seitens der Anbieter noch konkreter in ihren Produktvariationen anzusprechen (z.B. im Bereich der Mobiltelefonie und PC-Nutzung: keine Miniaturisierung, keine "Spaß-Nutzung"). Die Unterscheidung von unterstützungsorientierten (Verhalten) und anregungsorientierten (Erleben) Angeboten ließe sich im Bereich des "gesunden" Alterns noch weiter ausbreiten. Im Bereich von Krankheit und Einbußen - insbesondere Demenz - sind dem Technikeinsatz derzeit noch Grenzen gesetzt, die aber verstärkt nicht allein entlang des technisch Machbaren, sondern entlang des (in unserer Gesellschaft) ethisch vertretbaren und im Sinne der Erhaltung von Lebensqualität Sinnvollen diskutiert werden (z.B. Initiative der Robert-Bosch-Stiftung). Dies gilt allerdings insbesondere für das institutionalisierte Wohnen der Zukunft. (z.B. Mollenkopf et al., 2005)

Die **OWOG-Initiativen** sind hinsichtlich der Auseinandersetzung mit individuellen Wohnbedürfnissen Älterer und ihrer Differenzierung stets wegweisend gewesen. Einer der angesprochenen Aspekte kann aber in der heutigen Auseinandersetzung mit dem Wohnen im Alter nicht oft genug hervor gehoben werden. Wohnen hat aus der Perspektive der jeweiligen Person nicht nur mit Unterstützung und Hilfeleistung bei notwendigen Alltagshandlungen oder im Krankheitsfall zu tun. Mittlerweile liegen auch seitens der Forschung zahlreiche Befunde vor, dass ganz andere, erlebensbezogene Inhalte z.B. der Privatheit, Geborgenheit, des sozialen Austausches, der Rückzugsmöglichkeit, der eigenen Regeln und Vorlieben im Vordergrund stehen können (z.B. Oswald & Wahl, 2005). Dies gilt auch bei vorliegenden, teilweise schweren Kompetenzeinbußen. Kurz: Ziel des Wohnenbleibens ist also nicht nur die Erhal-

tung von Selbständigkeit und Autonomie sondern auch der eigenen Identität (z.B. Oswald et al., 2006). Dies wurde auch im Vortrag deutlich. Während dies eigentlich leicht nachvollziehbar und selbstverständlich erscheint, hat sich sowohl die Wissenschaft als auch die Praxis mitunter schwer getan, identitätsbezogene Ziele des Wohnens zu akzeptieren. Die Einen (Wissenschaft) konnte es nicht messen, die Anderen (Praxis) konnte es (z.B. im Beratungsprozess) nicht als handlungsleitend erkennen, beispielsweise wenn "dysfunktionale", sturzgefährdete Gegenstände oder Möbel aufgrund ihrer Geschichte nicht gegen praktischere ausgetauscht wurden oder wenn man sich gar gegen einen eigentlich sinnvollen Umzug wehrt. Ziel einer zukunftsorientierten Praxis des Wohnens im Alter könnte auch sein, das im Vortrag angesprochene Moderieren individueller Perspektiven aufzugreifen und im Falle anstehender Wohnentscheidungen in ein gemeinsames Verhandeln von Veränderungen zu überführen.

Hinsichtlich der Planung und Umsetzung von alternativen Wohnprojekten, insbesondere im Sinne gemeinschaftlichen Wohnens wie in **Freiburg**, aber teilweise auch im Zusammenhang mit unterstützenden Angeboten im Bereich des eher krankhaften Alterns wie in **Fulda** kann gesagt werden, dass zumindest seitens der psychologischen Forschung bislang noch recht wenig positive und negative Erfahrungen systematisch zusammengetragen wurden, wohl auch aufgrund der zahlenmäßig eher geringen Beteiligung Älterer an diesen Projekten. Zu ökonomischen oder pflegewissenschaftlichen Anmerkungen kann ich aus Mangel an Kenntnis nicht Stellung nehmen. Eine eigene kleine Zusammenschau von verschiedenen Wohnprojekten im Bereich gemeinschaftlichen Wohnens aus der Perspektive des Bewohners hat aber unter anderem gezeigt, dass mit Blick auf die Bewohner und ihre Wohnbedürfnisse von gemeinschaftlichen Wohnprojekten u.a. drei Aspekte zu betonen sind, die sich auf den Entwicklungsprozess des Wohnprojektes beziehen (Hieber et al., 2005):

- Der Erfolg bis zur Umsetzung u.a. hängt offensichtlich stark ab von der Geduld und dem Durchhaltevermögen einzelner Personen (seitens des Projekts oder der Kommune).
- Der Erfolg während der Umsetzungs- und Einzugsphase hängt auch ab von der Transparenz bzw. von der Ausformulierung gemeinsamer Wohnziele und der Dinge, die man auf keinen Fall will. Projekte, die hinsichtlich des sozialen Austausches zu einseitig auf den möglichen zukünftigen Hilfebedarf angelegt waren, sind eher gescheitert.
- Der Erfolg nach dem Einzug hängt ganz sicher auch ab von der aktiv weitergeführten Diskussion und moderierten Planung der eigenen Wohnzukunft. Das Projekt des Zusammenwohnens fängt mit Einzug erst richtig an und läuft nicht selbstverständlich weiter.

Hinsichtlich des gemeinschaftlichen Wohnens bei Pflegebedürftigkeit kann den Ausführungen zum Projekt in **Fulda** nur in allen Bereichen zugestimmt werden. Eine der erwähnten Perspektiven in diesem Zusammenhang sollen vor dem Hintergrund der Berücksichtigung von Verhaltens- und Erlebensaspekten des Wohnens in allen Wohnformen nur noch einmal unterstützend aufgegriffen werden, nämlich der Begriff der "Normalisierung" bzw. der Alltagsorientierung auch im Zusammenhang mit Pflege und Hilfeleistung. Selbst große Heimträger orientieren sich mittlerweile vermehrt an alltäglichen und in vieler Hinsicht wohnbezogenen Aspekten von Lebensqualität und Individualisierung des Alltags. Ohne auf die wichtigen betriebswirtschaftlichen Aspekte eingehen zu können, zeigen positive Beispiele zudem, dass eine Belegungsgröße von 15-20 Bewohnern wohl auch ökonomisch gut darstellbar sind. Abschließend soll ein Aspekt erwähnt werden, zu dem mittlerweile Belege sowohl aus verhaltens- als auch erlebensbezogener Wohnperspektive vorliegen und die explizit in den Beiträgen zu **Quartierskonzepten** und zur **Seniorenstadt** besonders deutlich wurden. Wohnen im Alter wird häufig als kommunales Wohnen erlebt. Wohnen hört nicht an der eigenen Haustür

auf, sondern umfasst zu einem großen Ausmaß insbesondere das unmittelbare Wohnumfeld. Insbesondere Befunde zum Umzugsverhalten, aber auch zur Mobilität im Alter zeigen die Bedeutung des außerhäuslichen Lebensbereiches (z.B. Oswald & Rowles, 2006; Mollenkopf et al., 2006). Praxisorientierte Initiativen der Bertelsmann Stiftung (Neues Wohnen in der Stadt) und anderer Institutionen arbeiten derzeit die zukünftig nötige neue Hinwendung zum Stadtteil auf und versuchen, Entscheider und Planer in den (insbesondere mittleren und kleineren) Kommunen Hilfestellungen anzubieten, sich den Herausforderungen des demographischen Wandels auf eine "evidenzbasierte" Weise zu stellen (z.B. Naegele et al., 2006).

Literatur

- Hieber, A., Mollenkopf, H., Wahl, H.-W., & Oswald, F. (2005). *Gemeinschaftliches Wohnen im Alter: Von der Idee bis zum Einzug*. (Forschungsbericht Nr. 20). Heidelberg: DZFA.
- Oswald, F., & Rowles, G. D. (2006). Beyond the relocation trauma in old age: New trends in today's elders' residential decisions. In H.-W. Wahl, C. Tesch-Römer, & A. Hoff (Eds.), *New Dynamics in Old Age: Environmental and Societal Perspectives* (pp. 127-152). Amityville, New York: Baywood Publ.
- Oswald, F., Wahl, H.-W., Naumann, D., Mollenkopf, H., & Hieber, A. (2006). The Role of the home environment in middle and late adulthood. In H.-W. Wahl, H. Brenner, H. Mollenkopf, D. Rothenbacher, & C. Rott (Eds.), *The many faces of health, competence and well-being in old age: Integrating Epidemiological, psychological and social perspectives* (pp. 7-24). Heidelberg, Springer.
- Oswald, F., & Wahl, H.-W. (2005). Dimensions of the meaning of home. In G. D. Rowles & H. Chaudhury (Eds.), *Home and Identity in Late Life: International Perspectives* (pp. 21-45). New York: Springer.
- Mollenkopf, H., Baas, S., Kaspar, R., Oswald, F., & Wahl, H.-W. (2006). Outdoor mobility in later life: persons, environments and society. In H.-W. Wahl, H. Brenner, H. Mollenkopf, D. Rothenbacher, & C. Rott (Eds.), *The many faces of health, competence and well-being in old age: Integrating Epidemiological, psychological and social perspectives* (pp. 33-45). Heidelberg, Springer.
- Mollenkopf, H., Schakib-Ekbatan, K., Oswald, F. & Langer, N. (2005). *Technische Unterstützung zur Erhaltung von Lebensqualität im Wohnbereich bei Demenz - Ergebnisse einer Literaturrecherche*. (Forschungsbericht Nr. 19). Heidelberg: DZFA.
- Naegele, G., Wahl, H.-W., Oswald, F., Koeppe, A., Schmidt, W., Gäng, K. & Schilling, O. (2006): *EIS. Evidenz-basiertes Instrumentarium für die kommunale Seniorenpolitik*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Wahl, H.-W., & Oswald, F. (2005). Zur Rolle von Wohnveränderungen für gutes Altern: Wirksamkeit von Wohnungsanpassung und Wohnberatung zwischen Evidenz und Spekulation. *Handlauf - Fachblatt für Wohnungsanpassung und Wohnberatung*, 2/05, 37-49.

OWOG: Über das Wohnen von Älteren sprechen!

Demographischer Wandel, Individualisierung durch Zunahme der Singlehaushalte, zu erwartender Pflegenotstand und die Bedeutung des Wohnens für die Lebensqualität im Alter fordern eine Wende in der Altenpolitik sowie die Aktivität der Betroffenen.

Es gilt, Alternativen zu bisherigen Angeboten (Alten- und Pflegeheim oder Wohnen in der Familie) zu entwickeln.

Mit dem niederländischen Projekt Over Wohnen van ouderen gesprochen, kurz OWOG genannt wird beabsichtigt, den Einfluss von älteren Menschen auf ihre eigene Wohn- und Lebenssituation zu verstärken.

Praktizieren des Modells mit bis zu 12 Teilnehmer/-innen

Zu diesem Zwecke wurde vom holländischen Projektbüro ein Kartenset entwickelt mit Aussagen zu den Themen Sicherheit, soziale Kontakte, Infrastruktur und Hilfebedarf.

Die Teilnehmenden werden gebeten, aus dem Kartenset diejenigen Aussagen zu wählen, die auf ihre Situation zutreffen, von denen sie sagen,

„dass hätte ich auch gesagt haben können“ oder „das könnte ich in einigen Jahren vielleicht auch sagen“.

Mit den Aussagen auf den Karten wird die eigene Stellungnahme formuliert, ohne dass man sich gleich persönlich mit eigenen Worten einbringen muss.

Durch das Gespräch mit anderen in Kleingruppen und im Plenum wird meistens deutlich, dass der eigene Wunsch, das eigene Problem, die mit diesem Thema verbundene Angst, keine Einzelercheinung ist.

Zielgruppe sind oft Menschen, die sich bisher kaum mit dem Thema Wohnen im Alter bzw. wie will ich im Alter wohnen? Auseinander gesetzt haben. Spielerisch erhalten Sie hier die Möglichkeit, ihre eigenen Wünsche und Bedürfnisse in vorformulierten Aussagen der Gruppe zu präsentieren. Gemeinsam können Schwerpunkte gesammelt und daran tatkräftig gearbeitet werden, sodass am Ende eines Seminars Schritte auf das eigene Wohnziel sichtbar werden.

Ziel des OWOG-Konzeptes ist es,

- das Bewusstsein über die Bedeutung des Wohnens im Alter zu fördern,
- Raum zu geben, sich über die jeweiligen Wohnwünsche und Bedarfslagen (wie möchte ich leben, wie möchte ich versorgt werden, was kann/ möchte ich tun, wenn ich älter bin) bewusst zu werden,
- Selbsthilfepotentiale zu entdecken und unterstützen.

Dabei muss es nicht unbedingt darum gehen, die Wohnsituation durch einen Umzug zu verändern. Es kann z.B. auch deutlich werden, dass etwas in der Wohnung verändert werden müsste (Wohnraumanpassung) oder im Wohnumfeld (Infrastruktur oder / und nachbarschaftliche Hilfen etc.), damit selbstbestimmtes und weitgehend selbständiges Wohnen im Alter möglich ist.

Wohnen und Leben im Alter, ein Lern- und Bildungsprojekt, heißt nicht nur zu informieren über Möglichkeiten des Wohnens im Alter, sondern auch Unterstützung anzubieten bei der Formulierung von Auswahlkriterien für ein selbstbestimmtes Wohnen im Alter und bei der Umsetzung der Vorstellung.

Das bedeutet Mut zu machen, dass Planung der Wohnsituation im Alter möglich und notwendig ist.

„Das Wesentliche an OWOG ist, dass Menschen selbst sagen, wie sie wohnen wollen, was sie wollen und dass sie versuchen, es zu realisieren. Unterstütze sie, statt ihnen zu sagen, was sie tun sollen“.

(OWOG-Faltblatt 1994)

Einführung zum Vortrag "Selbstbestimmt Älterwerden in Arheilgen"

Vom 01. Januar bis 31.08. 2006 führte die Abteilung für Psychologische Altersforschung des Psychologischen Instituts und das Institut für Gerontologie der Universität Heidelberg im Auftrag der Wissenschaftsstadt Darmstadt eine Befragung zum Thema: "Selbstbestimmt Älterwerden in Arheilgen" durch.

Ziel der Befragung war es herauszufinden, welche Rolle dem Stadtteil für ein selbstbestimmtes und zufriedenes, für ein *gelingendes* Älterwerden und für das seelische und körperliche Wohlbefinden und der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zukommt. Gerade für die Gruppe der Hochaltrigen (80 Jahre und älter), die im Zuge des demografischen Wandels in den kommenden Jahren noch weiter wächst, wird der Wohnumwelt eine besonders wichtige Rolle für Selbständigkeit und Wohlbefinden zugesprochen. Vor diesem Hintergrund war es wichtig zu erfahren, wie gut die Wohnungen und die Wohnumgebung älterer Menschen ausgestattet und erreichbar sind. Ebenso wichtig war es, mehr darüber zu erfahren, wie ältere Menschen sich selbst und ihr Umfeld erleben und welche Auswirkungen dies auf ihre Lebensqualität hat.

Die **Inhalte der Befragung** umfassen - neben allgemeinen soziodemografischen Aspekten - Informationen zur räumlichen und sozialen Wohnumwelt sowie zum Leben im Alter allgemein. Die Aspekte der **räumlichen Umwelt** beziehen sich auf die aktuelle Wohnsituation sowie auf Wohnbedürfnisse und Wohnzukunft, wobei die Wohnung, das unmittelbare Wohnumfeld (der Stadtteil Arheilgen) und Aspekte der außerhäuslichen Mobilität berücksichtigt werden. Die Fragen zur **sozialen Umwelt** beinhalten neben der Häufigkeit sozialer Kontakte das Vorhandensein nahe stehender Personen und Aspekte des je individuellen bedarfsgerechten sozialen Austauschs. Informationen zum Leben im Alter allgemein beinhalten auch **Aspekte der Persönlichkeit** wie beispielsweise Lebenseinstellungen/-bewertungen und Zufriedenheit mit dem Leben insgesamt.

Im Rahmen der Befragung wurden im Frühjahr 2006 insgesamt 773 Fragebögen und ein Begleitschreiben der Wissenschaftsstadt Darmstadt an ältere Menschen in Arheilgen versendet. Die Zielgruppe waren Männer und Frauen im Alter von 65 bis 79 Jahren und von 80 bis 94 Jahren. Nach gezielter telefonischer Nachfrage lagen bis Anfang Juli 2006 Fragebögen von insgesamt 403 Arheilger Bürgerinnen und Bürger vor (52,1%), von denen letztendlich 392 in die auswertenden Analysen einbezogen werden konnten. Im Rahmen der telefonischen Nachfrage wurden insbesondere die hochaltrigen Frauen und Männer angesprochen, die bis zum Stichtag im Vergleich zur jüngeren Altersgruppe noch deutlich unterrepräsentiert waren. Ein Ziel der intensiven Nachfragen war auch, Gründe für die Nichtteilnahme an der Befragung zu ermitteln.

Tabelle 1. Stichprobenausschöpfung

	N (%)
Ausgangsstichprobe	773 (100,0)
Fragebogen-Eingänge am Stichtag	302 (39,1)
Fragebogen-Eingänge nach Stichtag	101 (13,1)
- "Nachzügler"	38 (4,9)
- Telefonaktion	63 (8,2)
Fragebogen-Eingänge insgesamt	403 (52,1)
Ausschöpfungsquote³	392 (50,7)

³ N=392 sind alle im endgültigen Datensatz enthaltenen Fragebögen. Insgesamt 11 der 403 eingegangenen Fragebögen wurden nicht aufgenommen, 9 davon aufgrund mangelnder Datenqualität (>50% fehlende Angaben, keine Zuordnung möglich), 2, weil sie nicht von der Zielperson ausgefüllt wurden.

Aufgrund der Differenzierung zweier Altersgruppen können mit den vorliegenden Daten im Vortrag erste Aussagen getroffen werden über das Leben und Wohnen im Alter im Stadtteil allgemein und speziell im „Dritten“ und „Vierten“ Alter. Darüber hinaus können Unterschiede zwischen den Altersgruppen identifiziert werden, die durch die Facetten des hohen Alters mitbedingt sein können. Letztere umfassen Aspekte wie nachlassende Gesundheit und Reduktion außerhäuslicher Mobilität bei gleichzeitig wachsender Bedeutung der Wohnung und des unmittelbaren Wohnumfeldes (z.B. Verbundenheit, Zugänglichkeit). Eine Reduktion sozialer Netze, wie sie im hohen Alter wahrscheinlicher wird, muss nicht gleichbedeutend sein mit Vereinsamung und Isolation. Insgesamt sollen mit den vorliegenden Daten Chancen und Risiken eines gelingenden Alterns im Stadtteil aufgezeigt werden. Ziel ist, Risiken auf Seiten der Person wie auf Seiten der Umwelt zu minimieren, um gelingendes Altern im Stadtteil zu fördern. Dabei werden die individuellen Wünsche, Bedürfnisse und Möglichkeiten sowie grundlegende Lebenseinstellungen in den Mittelpunkt gerückt.

Die Universität Heidelberg und die Wissenschaftsstadt Darmstadt werden die Projektergebnisse sowohl wissenschaftlich als auch praktisch nutzen. Die Ergebnisse der Befragung werden im Rahmen eines Ergebnisberichtes veröffentlicht, der Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung als empirische Grundlage bei der Planung und Umsetzung von Aktivitäten dienen soll.

Seniorenwohnen in Darmstadt – Die Angebote der bauvereinAG

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

nachdem wir gestern die verschiedenen Dimensionen und Facetten des Themas theoretisch erläutert haben und über beispielhafte Projekte in anderen Städten diskutieren konnten, steht heute die „Darmstädter“ Praxis im Mittelpunkt.

Gerade das macht diese Tagung so spannend: Gestern haben wir weit über den Tellerrand hinausgeblickt, damit die hausgemachte Suppe, über die wir heute reden, und die wir letztlich vor Ort auslöffeln müssen, bunter, vielfältiger und damit schmackhafter wird.

Die grundsätzlichen Probleme, die der demographische Wandel für die Wohnungswirtschaft aufwirft und die vielfältigen Konsequenzen, die aus einer Reihe weiterer gesellschaftlicher Faktoren resultieren, werden weiter Gegenstand von wissenschaftlicher Diskussion und Forschung sein müssen. Gleichzeitig werden wir in der täglichen praktischen Arbeit auch Dinge ausprobieren müssen. Wir werden Erfahrungen sammeln müssen mit völlig neuen Projekten im Bereich von Seniorenwohnen, und wir werden mit der Veränderung und der Anpassung von gewohnten Wohnformen an neue Herausforderungen auch Grenzen unserer Möglichkeiten in den vorhandenen Wohnungsbeständen erfahren.

Wenn wir immer älter werden und wenn die Älteren immer länger vital bleiben, wenn wir gleichzeitig immer weniger werden und individualisierte Lebensstile im Alter leicht zu Vereinsamung führen, dann muss in Zukunft neben die Frage nach „altengerechten“ Wohnungen und Wohnformen unbedingt die Frage nach neuen Wohnformen, die die Trennung der Generationen mindestens partiell wieder aufheben, gestellt werden.

Lassen Sie mich in der gebotenen Kürze aber nun zu den Angeboten der bauvereinAG kommen:

Seit über 30 Jahren bietet die bauvereinAG Seniorenwohnen an. In fünf Seniorenwohnanlagen in Darmstadt verfügt die bauvereinAG inzwischen über 405 altengerechte Wohnungen. 42 weitere altengerechte Wohnungen stehen im Landkreis Darmstadt-Dieburg in Pfungstadt und Groß-Zimmern zur Verfügung.

Bereits im Jahre 1972 wurden im Schwarzen Weg 18-18c die ersten 113 altengerechten Wohnungen fertig gestellt. Die 2-Zimmerwohnungen haben Wohnflächen von 40 bzw. 49 qm, sind öffentlich gefördert und werden über das Amt für Wohnungswesen der Wissenschaftsstadt Darmstadt belegt.

Im Schwarzen Weg 20, also in unmittelbarer Nachbarschaft, wurden 1984 weitere 79 altengerechte 2-Zimmer-Wohnungen errichtet, die 57 bzw. 60qm Wohnfläche haben. Diese Wohnungen sind ebenfalls öffentlich gefördert und werden ebenfalls über das Amt für Wohnungswesen belegt.

Komplettiert wurde die Anlage 1990 durch 79 altengerechte 2-Zimmer-Wohnungen im Albinmüllerweg mit jeweils 57 bzw. 60qm Wohnfläche, die frei finanziert sind und direkt über die bauvereinAG vermietet werden.

Alle drei Anlagen zeichnen sich durch großzügige Grünanlagen und die damit verbundenen Ruhe- und Erholungsräume aus und werden durch den Darmstädter Pflege- und Sozialdienst e.V. betreut. Selbstverständlich sind die Grundleistungen, wie Haus-Notruf-Anlage, Hausmeisterdienst, Haus- und Gebäudereinigung und Winterdienst.

Dazu werden durch die Sozialstation im Schwarzen Weg 20 folgende Leistungen angeboten: Ambulante Pflege, medizinische Betreuung, medizinische Bäder, Mittagstisch, Wäschedienst, Putzdienst, Fußpflege, Friseur, Kosmetik, Internetcafé.

Bei der Vermittlung von Einkaufs- und Hauswirtschaftshilfen oder bei Behördengängen kann jederzeit Hilfe vermittelt werden, ebenso bei der Organisation von Freizeitgestaltungen. Im Schwarzen Weg 18 stehen für alle Mieter der drei Anlagen große Gemeinschaftsräume zur Verfügung.

Tätig sind in der Einrichtung Fachpflegekräfte und Zivildienstleistende.

Im Stadtteil Arheilgen wurden in der Wechslerstr. 1-5 im Jahre 1989 mit öffentlichen Fördermitteln 95 altengerechte 2-Zimmerwohnungen erbaut, mit 44 bzw. 53qm Wohnfläche.

Die neueste Seniorenwohnanlage der bauvereinAG wurde im Jahre 2004 in unmittelbarer Nähe in der Ettesterstr. 39 / Beyerweg 1 fertig gestellt. Die 24 altengerechten Wohnungen, die 51 bzw. 58 qm groß sind, wurden ebenfalls öffentlich gefördert.

Beide Anlagen in Arheilgen werden durch die Arbeiterwohlfahrt betreut, und in der Wechslerstr. 3 befindet sich eine Sozialstation und ein Gemeinschaftsraum.

In beiden Einrichtungen gehören der Hausmeisterdienst, die Haus- und Gebäudereinigung und der Winterdienst zu den Grundleistungen.

Ambulante Pflege, medizinische Betreuung und medizinische Bäder können je nach Bedarf bei der Sozialstation abgerufen werden. Tätig ist eine Fachpflegekraft.

Hilfestellung bei der Vermittlung von Einkaufs- und Wirtschaftshilfen, Verpflegungsservice, Wäschedienst, Behördengängen, Körperpflege und Kosmetik kann jederzeit angeboten werden, ebenso die Organisation von Veranstaltungen zur Freizeitgestaltung.

Beide Einrichtungen sind öffentlich gefördert und die Vergabe der Wohnungen erfolgt über das kommunale Amt für Wohnungswesen.

Allen Einrichtungen gemeinsam ist die ständige Anstrengung um die Verbesserung der bestehenden und die Entwicklung zusätzlicher Angebote. Dies kann nur durch die enge und gute Kooperation mit karitativen und diakonischen Organisationen sichergestellt werden. Selbständiges und eigen bestimmtes Wohnen genießt absolute Priorität und dafür sind in den Seniorenwohnanlagen gute Voraussetzungen geschaffen. Dieser Wohnform wird deshalb auch in Zukunft hohe Bedeutung zukommen und entsprechender – öffentlich geförderter – Wohnraum wird gerade in unserer Region geschaffen werden müssen.

Daneben werden wir uns mit einem ganz anderen Problem beschäftigen müssen, auf das ich aufmerksam machen will. Ältere Menschen wollen in den berühmten „eigenen vier Wänden“ bleiben, solange es irgendwie geht. Angesichts demographischer Entwicklungen wird deshalb auch in vorhandenen Wohnungsbeständen ein breites Angebot von pflegerischen und medi-

zinischen Zusatzleistungen, sozialen Leistungen, Beratungsangeboten und ein breit gefächertes Freizeitangebot organisiert und ständig an veränderte Bedürfnisse angepasst werden müssen.

Es liegt auf der Hand, dass gerade in diesem Bereich durch die Wohnungswirtschaft in aller nächster Zukunft große Lasten geschultert werden müssen. Die in die Jahre gekommenen Wohnungsbestände der 50er und 60er Jahre zeigen ja nicht nur die Probleme des demographischen Wandels in hochkonzentrierter Form auf, sondern man wird bei den anstehenden Modernisierungen sehr sensibel und gleichzeitig flexibel Antworten auf die Frage finden müssen, was unter diesen Umständen „seniorengerecht“ heißt. Barrierefreiheit innerhalb und außerhalb der Wohnung ist zwar selbstverständlich, aber nicht immer und ohne weiteres herstellbar. Viel schwieriger werden die Möglichkeiten für ambulante Pflege- und medizinische Angebote, soziale Service-Leistungen und sonstige Dienste zu schaffen sein.

Trotzdem sind erste Anfänge gemacht und die größten Chancen für eine gute Entwicklung sehe ich in der Kooperation aller beteiligten Akteure – sicherlich kein einfacher Prozess, aber allemal ein lohnender.

Dies führt mich zu einem letzten Gedanken: Auch und gerade im Bereich neuer, experimenteller Wohnformen wird sich die Bauverein AG engagieren müssen. Unter den Stichworten Generationen übergreifend, barrierefrei, sozial durchmischt und gepaart mit hoher Eigenverantwortung für die unmittelbare und mittelbare Wohnumwelt wird ein Projekt diskutiert, über das unser Vorstandsvorsitzender Hans-Jürgen Braun gesagt hat, es sei nicht nur ehrgeizig, sondern vor allen Dingen ein Experiment, aus dem viele Lehren gezogen werden könnten. Dieses Projekt wird im übernächsten Beitrag von Mitgliedern des Vereins WohnArt3 selbst vorgestellt werden, weshalb ich an dieser Stelle schließen und mich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken will.

*Runder Tisch „Gemeinschaftliches Wohnen“ in Darmstadt, Wir-Agentur,
Frau Diesing, Herr Mühlfeld*

Runder Tisch und WIR Agentur

Ausgangslage

WIR-Agentur

Nach der Fertigstellung des Gebäudes von WohnSinn 1 in Darmstadt-Kranichstein K6 zeigte sich aufgrund der Vielzahl und der Vielfalt der Anfragen, die bei WohnSinn eingingen, wie notwendig es ist, eine zentrale Anlauf- bzw. Koordinierungsstelle zum Thema „Gemeinschaftliches Wohnen“ zu haben. Die Akteure: Projektgruppen, Einzelpersonen, Architekten, Bauträger, Kommunen, kommunale Gremien, Fachberater, Pflegeeinrichtungen, Finanzdienstleister, Dienstleister der Altenhilfe usw. suchen einen dauerhaften gemeinsamen Marktplatz. Der Förderverein „Gemeinschaftliches Wohnen Jung und Alt e.V.“ und die Genossenschaft WohnSinn eG konnten diese Aufgaben inhaltlich und vom Umfang her nicht mehr alleine bewältigen.

Mit der Gründung der WIR-Agentur versuchen wir: Birgit Diesing (Stadtplanerin), Irmel Meier (Kulturanthropologin), Jürgen Mühlfeld (Sozialpädagoge), Willi Wagner (Wirtschaftsingenieur) diesen Marktplatz im Interesse aller Akteure zu entwickeln. So haben wir z.B. gemeinsam mit der Bauverein AG und der Stadt Darmstadt am 05.03.06 den Infotag „Gemeinsam Bauen – gemeinsam Wohnen“ organisiert. Die Vorstellung der Vorteile des gemeinschaftlichen Bauens und Wohnens sowie der bereits umgesetzten Projekte im Baugebiet K6 fand ein breites Publikumsinteresse. Dadurch ermutigt bot die WIR-Agentur im Auftrag der Stadt Darmstadt 3 weitere Folgeveranstaltungen an. Dabei konnten Verbindungen zwischen Einzelpersonen und den in Planung befindlichen Wohnprojekten WohnArt 3 und WohnSinn2 hergestellt und damit deren Realisierungschancen gesteigert werden.

Die zur Entwicklung von nachbarschaftlichen Wohnformen notwendigen Gruppen- und Entscheidungsprozesse erfordern allerdings nach unseren Erfahrungen eine längere professionelle Betreuungs- und Beratungsphase. Trotz der fehlenden städtischen Förderung entschlossen wir uns daher Ende 2005 als ersten Schritt den „Runden Tisch Gemeinschaftlich Wohnen - Darmstadt“ ins Leben zu rufen, um den oben genannten Akteuren einen dauerhaften Austausch zu ermöglichen.

Runder Tisch Gemeinschaftlich Wohnen - Darmstadt

Der runde Tisch dient der Förderung und Unterstützung bestehender und sich im Aufbau befindender Wohn- und Nachbarschaftsprojekte. Ziel ist die Vernetzung der Projekte und die Entwicklung gemeinsamer Strategien zur Verbesserung der regionalen und überregionalen Rahmenbedingungen für gemeinschaftsorientiertes Wohnen. Einzelpersonen können durch den runden Tisch Anbindung zu bestehenden Gruppen und Projekten bekommen und von den Erfahrungen und dem Wissen der TeilnehmerInnen profitieren, wenn sie z. B. selbst ein neues Projekt initiieren wollen.

Folgende Projekte haben sich bisher am runden Tisch beteiligt: AAA, Frauengerechtes Wohnen, Gemeinsam Wohnen Bergstraße, mehr e.V., Sandberghof Bessungen, WohnArt III, Wohnbunt, WohnSinn II, WohnSinn I. Hinzu kommen noch mehrere Einzelpersonen. Die Personen und Projekte kommen aus Darmstadt und Umgebung.

Wünsche und Erwartungen der Mitglieder an den runden Tisch sind Ermutigung, wenn es mal nicht weiter geht, Erfahrungsaustausch, Vermittlung von Fachwissen und Kontakt zu Fachleuten wie Anwälten und Architekten, Kontakt zu Ansprechpartnern bei den Kommunen, Vermittlung von Interessenten, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit.

Konkret hat der runde Tisch bisher im Rahmen der Kommunalwahl in Darmstadt Wahlprüfsteine entwickelt und an alle Parteien verschickt, um auf die Verbesserung der Bedingungen auf kommunaler Ebene hinzuarbeiten. Projekte wie WohnSinn und mehr e.V. haben sich ausführlich vorgestellt und es wurden Fachthemen bearbeitet wie z.B. die Suche nach der geeigneten Rechtsform für Projekte.

Der runde Tisch existiert seit 2005 und es fanden bisher 4 Treffen statt. Treffpunkt ist immer der Gemeinschaftsraum von WohnSinn I, in der Elisabeth-Selbert-Strasse 10 A, in Darmstadt-Kranichstein. Die Termine werden in der lokalen Presse veröffentlicht.

Weitere Arbeitsfelder der WIR - Agentur

Kontaktstelle und Netzwerk

Informieren:

Die Wir-Agentur informiert über bestehende und geplante Baugemeinschaften und Wohnprojekte im Rhein-Main-Gebiet (Konzepte, Motivation, Realisierung, ...), sowie über das jeweilige Bau- und Wohngebiet vom Bebauungsplan bis hin zur Infrastruktur im Quartier.

Vermitteln:

Auf der Grundlage des Beratungsgespräches werden Profile von Baugruppen und Bauwilligen, von Wohnprojekten und Interessenten erstellt, die eine Vermittlung entsprechend der jeweiligen Ansprüche und Bedürfnisse ermöglichen.

Interessierte werden an Fachberater/innen aus dem Fachberatungsnetzwerk Rhein-Main vermittelt.

Behördenwegweiser, Lotse bei Verfahrenswegen:

Die Wir-Agentur vermittelt Baugruppen und Bauwilligen an die Ansprechpartner bei den Fachämtern der Kommunen und übernimmt Lotsenfunktion bei den Verfahrenswegen.

Vernetzen:

Es wird ein weitergehendes Beratungsnetzwerk von Fachleuten und Institutionen geknüpft, das alle Bereiche von der Projekt-Planung über die Finanzierung bis hin zur Realisierung abdeckt.

Moderation und Beratung

Die Wir-Agentur moderiert Gruppen in verschiedenen Projektphasen (von der Gruppenfindungsphase bis zur Bauphase). Neue Baugruppen, Bauwillige, Interessenten an Wohnprojekten werden über Grundlagen von Finanzierung, Vertragsgestaltung, Organisation und soziale Konzeption beraten.

Fördern von Nachbarschaften im Stadtteil

Die Wir-Agentur unterstützt die Vernetzung von Menschen und Gruppen im Stadtteil, die ein nachbarschaftliches Miteinander und gegenseitige Unterstützung anstreben.

Öffentlichkeitsarbeit

Für die weitere Verbreitung des Konzeptes „Gemeinschaftlich Wohnen“ und als Dienstleister für Wohnprojekte und Kommunen organisiert die Wir-Agentur Veranstaltungen, Seminare mit Fachleuten zu Fragestellungen des gemeinschaftlichen Wohnens, Exkursionen zu bestehenden Projekten und Pressearbeit.

Kontakt:

WIR-Agentur, Arheilger Str. 68, 64289 Darmstadt, Tel.: 06151/42 69 81,
email: wir-agentur@web.de

Generationsübergreifendes Wohnen – Mieterprojekt WohnArt 3 e.V.

„WohnArt 3“ ist ein Projekt der Bauverein AG in Zusammenarbeit mit dem Verein WohnArt 3 und der Bau – und Wohngenossenschaft WohnSinn in Darmstadt Kranichstein K6.1.

Im Unterschied zu den Projekten WohnSinn 1 und WohnSinn 2, die mehrheitlich Eigentümer-Projekte sind, verfolgt WohnArt 3 in Zusammenarbeit mit der Bauverein AG das ehrgeizige Ziel, das Motto „gemeinsam planen – gemeinsam wohnen“ für Mieter, nicht für Eigentümer zu verwirklichen.

Es ist, wie Dr. Hans-Jürgen Braun Vorsitzender der Bauverein AG, in einer öffentlichen Vorstellung des Projekts am 29. April 2006 betonte, das bisher ehrgeizigste Projekt der Bauverein AG. Und keine leichte Aufgabe, denn es gilt die Ziele zweier in ihrer Arbeitsweise unterschiedlicher Partner zu koordinieren. Dabei steht dem Vorhaben die erfahrene WohnSinn e.G. mit tatkräftiger Unterstützung zur Seite.

Die Initiative WohnArt 3, die inzwischen den Verein WohnArt 3 e.V. gegründet hat, setzt sich das Ziel dem Trend der Vereinzelung der Menschen und der Entfremdung der Generationen entgegenzuwirken. Wie beim zukünftigen Nachbarn WohnSinn bereits realisiert, soll eine Generationen verbindende Gemeinschaft heranwachsen können, in der Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen aktiv und selbstbestimmt wohnen. Es soll eine individuelle Nachbarschaft gelebt werden, wo gegenseitige Hilfe und Unterstützung zur Selbstverständlichkeit wird.

Ein weiteres Ziel des Vereins ist die Beachtung ökologischer Prinzipien bei der Gebäudegestaltung, sowie Förderung und Gestaltung einer Umwelt schonenden Lebensweise.

WohnArt 3 plant und entwickelt seit einem Jahr bei ihren regelmäßigen, vierzehntägigen Mittwochstreffen ihre Vorstellungen von gemeinschaftlichem und nachbarschaftsorientiertem Wohnen, auch wenn es nicht immer einfach ist, die Wünsche der einzelnen Mitglieder auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Dies aber bringt die Gruppe dazu, sich mit dem Projekt stärker zu identifizieren und sich näher kennen und schätzen zu lernen.

Nun wird der Traum auch für Mieter wahr. 2008 soll ein Passivhaus-Geschosswohnungsbau für ca. 40 Wohnungen von 45-120 qm entstehen. WohnArt 3 hat sich für eine barrierefreie Erschließung aller Wohnungen entschieden. Alt und Jung, Singles und Familien, Hilfebedürftige und Behinderte sollen dort auf ca. 3400qm von der Wiege bis zur Bahre leben können. Geplant sind auch Gemeinschaftsräume wie Gästeappartement, Werkstatt, Büro und Jugendraum, sowie ein gemeinsamer grüner Innenhof.

Das Architekturbüro Kolb und Neumann stellte dabei ihre Vorstellungen, wie dieses zukünftige ökologische Gebäude aussehen könnte vor. Flachdach mit Dachbegrünung und eventueller Regenwassernutzung gehören dazu.

WohnArt 3 ist eine offene Gruppe mit ganz unterschiedlichen Charakteren und freut sich auf interessierte zukünftige Mitglieder.

Weitere Informationen bei: Claudia Sauter: 06151-25686, Dieter Emig: 06151-2815-705

Wohnen im Alter: Finanzierungsmöglichkeiten

Themen des Vortrags:

1. Kreditvergabe an Kunden 55 +

- Welche mtl. Liquidität wird benötigt?
- Wie hoch ist der notwendige Eigenkapital-Einsatz?

2. Erläuterung von Fällen aus der Praxis

- Der gemeinsame finanzielle Weg von der derzeit genutzten Immobilie (ETW, RH, DH, EFH) in eine z.B. altersgerechte barrierefreie Wohnung (Beispiel Lilienpalais)

3. Es können sehr gerne Fragen gestellt werden.

Ambulante und stationäre Angebote in Darmstadt

Wohnformen für Menschen, die im Alter ihren Alltag selbstständig organisieren und ihren Haushalt eigenständig führen möchten und können, sind, wie diese Veranstaltung zeigt, von großer Bedeutung und werden zukünftig in noch stärkerem Maße nachgefragt.

Um Selbstständigkeit und Eigenständigkeit auch bei beginnender bzw. regelmäßiger Hilfe- und Pflegebedürftigkeit im Privathaushalt bzw. in gemeinschaftlichen Wohnformern aufrecht zu erhalten und unterstützen zu können, sind Leistungen durch informelle (bsp. **Familien**) und/ oder formelle (bsp. **ambulante Dienste**) Hilfesysteme erforderlich.

Wie die Untersuchung von Schneekloth und Leven (2003) zeigt, gibt es in Deutschland neben der Gruppe der Personen mit erheblichem Pflegebedarf ca. 3 Millionen Menschen in Privathaushalten (**ohne Pflegeeinstufung!**), mit „... *vorrangig hauswirtschaftlichem Hilfebedarf ...*“. Diese Personen benötigen „... *46% täglich, 36% ein- oder mehrfach im Verlauf der Woche [...] Hilfe oder Unterstützung.*“

Nach Schneekloth und Leven (a. a. O.) tritt Pflegebedürftigkeit als Risiko vor allem bei den über 80-jährigen mit einem Anteil von 45 Prozent verstärkt auf. Gleichzeitig leben 31 Prozent dieser Pflegebedürftigen allein in einem Einpersonenhaushalt.

Durch die bekanntermaßen rückläufigen Möglichkeiten der Familien, entsprechende Hilfe und Pflege leisten zu können, sind die Angebote der ambulanten Pflegeeinrichtungen hier eine bedeutende Form der Unterstützung und Hilfe.

Dabei ist das Leistungsspektrum in der Regel breit angelegt. Je nach Größe und Aufgabenbereich, bieten ambulante Pflegeeinrichtungen neben **mobilen sozialen Hilfsdiensten** (MSHD), wie Begleitung zum Arzt, Besorgung von Rezepten, Medikamenten und Verordnungen, **Hausnotrufsysteme** sowie **Essen auf Rädern** an. Daneben sind in der Regel auch hauswirtschaftliche Leistungen wie beispielsweise Einkaufen, Wohnungsreinigung, Wäsche waschen und Anderes mehr möglich.

Im Bereich der gesetzlichen Leistungen ist zwischen denen im Bereich der **Krankenversicherung (SGB V)** und denen der **Pflegeversicherung (SGB XI)** zu unterscheiden.

Ärztlich verordnete Leistungen, die vor der Erbringung von der zuständigen Krankenkasse genehmigt werden müssen, sind die der häuslichen Krankenpflege (**SGB V**), wie z.B. Verabreichung von Injektionen und von Medikamenten etc. Da die Krankenkassen diese Leistungen zunehmend ablehnen, ist im Zweifelsfall **vorab** ein Gespräch mit dem behandelnden Hausarzt bzw. der zuständigen Krankenkasse ratsam.

Die Leistungen der Pflegeversicherung werden bei vorliegender Einstufung durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen (**MDK**), d.h. bei mindestens erheblichem Pflegebedarf (**also ab Pflegestufe I**) gewährt (siehe Tabelle). Die (**pflegerischen und hauswirtschaftlichen**) Leistungen sind jeweils in der einzelnen Pflegestufe begrenzt.

Ambulante Pflegedienste können ihre Leistungen mehrmals täglich, an sieben Tagen in der Woche und unter bestimmten Bedingungen auch spät abends sowie z.T. nachts anbieten. Bei Krankheit oder Urlaub der zuständigen Pflegekraft wird immer eine entsprechende Vertretung angeboten.

Die erforderlichen und gewünschten Leistungen werden zwischen der Kundin bzw. dem Kunden und dem Dienst vertraglich vereinbart und können jeweils angepasst bzw. gekündigt werden.

In der Regel ist der tatsächliche pflegerische Bedarf höher als die jeweils vorliegende Pflegeeinstufung. Falls dadurch auch die Kosten für die Versorgung höher sind als die Leistung der Pflegeversicherung und nicht aus dem eigenen Einkommen bzw. Vermögen gedeckt werden können, ist hierfür unter bestimmten Voraussetzungen beim zuständigen Sozialamt eine Antragsstellung für die Kostenübernahme möglich. Dies gilt auch, wenn keine Pflegeeinstufung vorliegt.

In Darmstadt bieten zurzeit 26, von den Kranken- und Pflegekassen zugelassene ambulante Pflegeeinrichtungen die o.g. Leistungen an. Einige dieser Dienste bieten spezielle Leistungen, wie intensiv-pflegerische Versorgung oder die Betreuung von demenziell erkrankten Menschen an. Diese Pflegeeinrichtungen rechnen direkt mit den Pflegekassen ab. Die Qualität dieser Dienste wird vom MDK geprüft.

Daneben gibt es in Darmstadt mittlerweile so genannte Anbieter haushaltsnaher Dienstleistungen. Diese privat-gewerblichen Betriebe bieten neben hauswirtschaftlichen Leistungen, Hilfen im Alltag, bei der Begleitung zu Ärzten und zu Veranstaltungen, Handwerkshilfen und vieles mehr an. Da es sich hier um keine von den Kassen zugelassenen Pflegedienste handelt, sind die Kosten dafür selbst zu tragen.

Grundsätzlich gibt es also für die Unterstützung und Hilfe zu Hause viele Möglichkeiten und Angebote von verschiedenen Diensten. Diese können die häusliche Pflege stabilisieren und stationäre Pflege verhindern bzw. verzögern.

Was ist zu tun, wenn die Versorgung zu Hause nicht mehr sicher gestellt werden kann?

Wenn die Pflege eines Menschen aufgrund seines zeitlichen (häufigen) Bedarfs und der Schwere vorliegender Funktionseinschränkungen zu Hause nicht mehr geleistet werden kann, ist ein Umzug in eine stationäre Pflegeeinrichtung in Betracht zu ziehen.

Dies gilt insbesondere dann, **wenn erwiesener Maßen tatsächlich** eine 24-Stunden-Versorgung erforderlich ist.

Stationäre Pflegeeinrichtungen, also die so genannten „Heime“, bieten sowohl personell als auch inhaltlich ihre (hauswirtschaftlichen, pflegerischen) Leistungen sowohl tagsüber als auch nachts an. Hervorzuheben sind daneben die sozialen, kulturellen und Betreuungsangebote. Wie im Privathaushalt können in gleichen Maßen, Leistungen der häuslichen Krankenpflege erbracht werden.

In den stationären Pflegeeinrichtungen gibt es heute vielfach Einzelzimmer. Doppelzimmer hingegen sind weiterhin auch vorhanden und gefragt. Neben den kommunikativen Möglichkeiten, die sich durch Gemeinschaftsräume, Speisesaal und die Betreuung sowie Pflege ergeben, gibt es in der Regel ein Beschäftigungs- und Kulturprogramm. Die hierfür zuständigen Sozialdienste in den Einrichtungen sind auch in persönlichen Angelegenheiten Ansprechpartner.

In unserer Beratungspraxis begegnen uns immer wieder allein stehende ältere Menschen, die aufgrund ihrer sozialen und gesundheitlichen Situation sowie ihres Kommunikations- und Sicherheitsbedürfnisses ein Leben in einer stationären Pflegeeinrichtung anstreben.

Leider werden durch die Medien Angehörige und Interessierte oftmals von einer unkritischen und negativen Darstellung des Lebens und der Versorgung in den stationären Einrichtungen verunsichert.

Die Auswahl eines Heimplatzes wird in der Regel vor allem durch persönliche Vorstellungen bestimmt. Nach Möglichkeit sollte ein Vergleich von verschiedenen infrage kommenden stationären Pflegeeinrichtungen erfolgen.

Aufgrund der demografischen Veränderungen ist davon auszugehen, dass es auch zukünftig einen entsprechenden Bedarf an stationärer Pflege geben wird.

In Darmstadt gibt es derzeit 13 stationäre Pflegeeinrichtungen mit insgesamt über 1.200 Plätzen (zehn Pflegeeinrichtungen bieten auch Kurzzeitpflegeplätze an). Diese Häuser haben unterschiedliche (frei-gemeinnützige und privat-gewerbliche) Träger und sind je nach Baujahr, Größe (von ca. 30 bis hin zu 200 Plätzen), Lage sowie Ausstattung verschieden.

Die o.g. Leistungen sind im Heimgesetz und der Pflegeversicherung gesetzlich geregelt. Innerhalb des Heimgesetzes ist beispielsweise auch die Mitbestimmung der Heimbewohner/-innen in Form des Heimbeirates geregelt. Die Qualitätsüberprüfung der Einrichtungen wird von der Heimaufsicht (Hessisches Amt für Versorgung und Soziales) und dem Medizinischen Dienst der Krankenkassen vorgenommen.

Die Kosten werden mit den Trägern durch die Sozialhilfeträger und die Verbände der Pflegekassen in Form von Pflegesätzen verhandelt bzw. festgelegt. Diese Tagessätze enthalten neben den Kosten für Pflege, die Anteile für Unterkunft und Verpflegung sowie für Investitionsaufwendungen.

Die Pflegekassen übernehmen je nach vorliegender Pflegeeinstufung den Kostenanteil für die Pflege. Bei nicht ausreichendem Einkommen bzw. Vermögen kann unter bestimmten Voraussetzungen ein Antrag beim zuständigen Sozialamt gestellt werden (siehe oben).

Bei allen Fragen, die im Vorfeld oder beim Vorliegen von Hilfe- und Pflegebedürftigkeit auftreten, ist es sinnvoll, innerhalb der Familie bzw. nahe stehender Personen die Übernahme bzw. Verteilung der Versorgung zu besprechen und festzulegen. Eine auf viele Schultern verteilte Pflege von Angehörigen entlastet die Pflegenden und kann so vor einer Überforderung schützen sowie einem eventuell drohenden Verlust des Arbeitsplatzes vorsorgen. **Entlastungsangebote** wie Gesprächskreis für pflegende Angehörige oder der Urlaub von der Pflege können hier ebenso unterstützend wirken.

Das trägerübergreifende Beratungs- und ServiceZentrum für ältere Menschen in Darmstadt steht zu diesen und weiteren Fragen beispielsweise bei der Auswahl eines Pflegedienstes oder eines Heimplatzes gerne als Ansprechpartner zur Verfügung.

Beratungs- und ServiceZentrum für ältere Menschen (BuS), Sozialverwaltung
Frankfurter Straße 71, 64293 Darmstadt
 Telefon: 13 37 83, 13 20 53, 13 24 14
 Sprechzeiten: Mittwoch 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr sowie nach Terminvereinbarung

Literatur

Schneekloth, U./ Leven, I. (2002): Hilfe- und Pflegebedürftige in Privathaushalten in Deutschland - Erste Ergebnisse der Repräsentativerhebung im Rahmen des Forschungsprojekts Möglichkeiten und Grenzen einer selbstständigen Lebensführung hilfe- und pflegebedürftiger Menschen in privaten Haushalten (MuG 3). München: Infratest Sozialforschung.

Leistungen der Pflegeversicherung im Überblick:

	Häusliche Pflege		Pflegeversicherung ¹⁾	Kurzzeitpflege	Teilstationäre Tages- und Nachtpflege	Volstationäre Pflege	Pflege in vollstationären Einrichtungen der Behindertenhilfe
	Pflegescheitleistung bis monatlich	Pflegegeld monatlich	Aufwendungen je Kalenderjahr	Aufwendungen im Jahr bis	Aufwendungen monatlich	Aufwendungen monatlich (pauschal)	Aufwendungen in Höhe von
Pflegestufe 1 Erheblich Pflegebedürftig	384,00 €	205,00 €	a) 205,00 € b) 1.432,00 €	1.432,00 €	384,00 €	1.023,00 €	10% des Heimertrages höchstens 250,00 € monatlich
Pflegestufe 2 Schwerpflegebedürftig	921,00 €	410,00 €	a) 410,00 € b) 1.432,00 €	1.432,00 €	921,00 €	1.279,00 €	
Pflegestufe 3 Schwerstpflegebedürftig	1.432,00 €	665,00 €	a) 665,00 € b) 1.432,00 €	1.432,00 €	1.432,00 €	1.432,00 €	
In besonderen Härtefällen	1.918,00 €					1.088,00 €	

a) für Pflege durch nahe Angehörige und Personen, die mit dem Pflegebedürftigen in häuslicher Gemeinschaft leben

b) für entfernte Verwandte und Nachbarn sowie erwerbsmäßig tätige Pflegekräfte

t) In diesem Fall werden notwendige Aufwendungen (Verdenstaustell, Fahrtkosten usw.) bis zum Gesamtbetrag von 1.432,00 € erstattet.

Die Wohn- und Lebensgemeinschaft für demenziell erkrankte Menschen in Darmstadt/Arheilgen: „Der Weg ist das Ziel“

Die Idee für eine ambulant betreute Wohn- und Lebensgemeinschaft für demenziell erkrankte Menschen in Darmstadt entstand im Vorstand des DemenzForum im April 2002. Aus der Idee entwickelte sich dann die Arbeitsgruppe „Wohnprojekt“, die sich in den folgenden Monaten der Aufgabe einer Konzeptionsentwicklung annahm, zu diesem Zeitpunkt immer noch eine Idee. Im Mai 2004 wurde aus der Idee Realität. Es gab eine passende Immobilie, seitens des Hessischen Sozialministerium wurde „grünes Licht“, von Seiten der Heimaufsicht ebenfalls Akzeptanz signalisiert.

Ein Jahr intensive Konzept- und Planungsarbeit für die Umsetzung der Wohngemeinschaft bedeuteten für den kleinen Verein, mit einem ehrenamtlichen Vorstand und einer Koordinierungsstelle, eine Herausforderung. Für das WG-Projekt wurde ein Jahr eine Projektleitung auf Honorarbasis installiert, die mit Eröffnung der WG im Februar 2005 ihre Tätigkeit wieder beendete und in die Stelle der Hauskoordination übergang.

Doch wie gestaltet sich der Alltag, welches sind unsere Erfahrungen aus 1 ½ Jahren?

Die WG in Arheilgen ist inzwischen eine gewachsene Gemeinschaft geworden, eingebunden in einen ganz normalen Alltag. Heute leben hier neun demenziell erkrankte Menschen in einer Lebensgemeinschaft, die durch einen Pflegedienst rund um die Uhr betreut werden. Das Herz der Wohngemeinschaft ist die Wohnküche. Dort wird ein spannender Alltag gelebt, mit den Zielen:

- der Sicherstellung des Selbstbestimmungsrechtes
- der Entlastung von Angehörigen
- dem Recht auf Normalität und Vertrautheit der Wohn- und Lebenssituation
- der Reduzierung von Hospitalisierungstendenzen
- der Schaffung eines familiären Lebensraumes
- und dem Recht auf Integration in die Gesellschaft

In der Wohngemeinschaft findet die Pflege nicht „am Bett“, sondern am Küchentisch, im Garten oder im Wirtschaftsraum statt. Diese Haltung fordert eine Neudefinition des Pflegebegriffes bei demenziell erkrankten Menschen.

Die Selbstorganisation der Wohngemeinschaft wird durch die Präsenz hauswirtschaftlicher Kräfte in der Wohnküche erreicht. Diese beziehen als Alltagsbegleiterinnen die Mieter und Mieterinnen entsprechend den individuellen Fähigkeiten bei der Organisation des hauswirtschaftlichen Alltags in alle anfallenden Tätigkeiten ein. Ebenfalls begleiten und unterstützen sie die Mieter und Mieterinnen bei allen Selbstpflegetätigkeiten. Alle anderen Menschen – Pflegekräfte, Angehörige, gesetzliche Betreuerinnen, ehrenamtlich Tätige – haben den Status eines Gastes in der Wohn- und Lebensgemeinschaft.

Die Kosten werden individuell ermittelt. Sie setzen sich zusammen aus:

- Warmmiete in Höhe von 476,00 €
- Haushaltsgeld von 200,00 €
- Kosten für die Hauskoordination von mtl. 120,- Euro und
- einem Betrag für persönliche Bedürfnisse

Die Kosten für die ambulante Betreuung und Pflege werden individuell in einem gesonderten Vertrag mit dem Pflegedienst abgerechnet.

Für die Akzeptanz und Annahme der Wohn- und Lebensgemeinschaft ist die Transparenz der einzelnen Projektschritte hinsichtlich der konzeptionellen sowie praktischen Umsetzung bedeutsam. Von Anfang an war es für das DemenzForum von entscheidender Wichtigkeit, die Heimaufsicht, das Hessische Sozialministerium, die Stadt Darmstadt und somit auch die Sozialhilfeträger in den Prozess mit einzubeziehen.

Jede Wohn- und Lebensgemeinschaft hat ihr eigenes Gesicht, ihren eigenen Charakter und ihr eigenes Konfliktpotenzial.

Die WG bietet Schnittstellen auf unterschiedlichen Ebenen – diese können sich nach unserer Erfahrung zu möglichen Konfliktfeldern entwickeln:

Da ist zum einen die gewünschte Einbindung von Angehörigen:

In der Wohn- und Lebensgemeinschaft in Darmstadt Arheilgen gibt es nur eine sehr kleine Angehörigengruppe. Durch jahrelange Betreuung ihrer demenziell erkrankten Angehörigen in den Familien wirkt die WG zunächst entlastend. Endlich wieder Zeit für die Familie, für sich selbst. Die Verantwortung wird gerne und oft aus verständlichen Gründen abgegeben. Notwendige Mobilisierung und Einbindung von Angehörigen, so unsere Erfahrung nach 1 ½ Jahren, stößt an Grenzen und ruft Widerstände hervor.

Die Einbindung von Ehrenamtlichen ist eine große Bereicherung für die Wohn- und Lebensgemeinschaft. Sie bringen nicht nur ihre Zeit ein, sondern auch Verständnis, Empathie und unterschiedlichste Lebenserfahrungen. Aber auch an dieser Stelle sind unsere bisherigen Wahrnehmungen so, dass auch dem ehrenamtlichen Engagement Grenzen gesetzt sind. Überforderung durch besondere Verhaltensweisen demenziell erkrankter Menschen, Überengagement mit der Gefahr der Bevormundung sind Erfahrungen, die deutlich machen, dass auch hier eine kontinuierliche Begleitung und Betreuung der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen sichergestellt sein muss.

Eine weitere Ebene, aus der sich Konflikte ergeben können, ist die innere Haltung und Einstellung der betreuenden Personen, d. h. der Mitarbeiterinnen des ambulanten Pflegedienstes und all derer, die sich in der Wohngemeinschaft engagieren. Diese innere Haltung, die sich in der Begegnung mit dem demenziell erkrankten Menschen ausdrückt, ist nach unseren Erfahrungen eine der wesentlichsten Voraussetzungen für das Zusammenleben in einer ambulant betreuten Wohn- und Lebensgemeinschaft, hier ist eine solide Aus- und Fortbildung und ein hohes Maß an Reflexion gefordert. Das bedeutet für alle in der WG Tätigen sich selbst immer wieder zu reflektieren – ein nicht immer leichtes Unterfangen.

Auch hier ist eine kontinuierliche Begleitung auf der Ebene der Teamentwicklung und der Leitung erforderlich, die geprägt sein muss von einem hohen Maß an Identifikation mit dem Modell einer ambulant betreuten WG.

Ich sagte es bereits: Schnittstellen bieten in der Regel das Potential für Konflikte, sie stellen aber auch Entwicklungspotenziale und damit Veränderungsmöglichkeiten dar. Für die Wohn- und Lebensgemeinschaft in Darmstadt/ Arheilgen befinden wir uns nach 1 ½ Jahren inmitten dieses Prozesses.

Wir werden weiter daran arbeiten und unserem grundlegenden konzeptionellen Verständnis der Prozesshaftigkeit treu bleiben, indem wir uns in naher Zukunft insbesondere folgenden Aufgaben widmen werden:

- Entwicklung von Strategien zur stärkeren Einbeziehung der Angehörigen
- Entwicklung von Konzepten und Instrumenten der Qualitätsprüfung mit dem Ziel der Qualitätssicherung und diesbezüglicher Transparenz
- der Verifizierung der Rolle und der Aufgaben der Hauskoordination.

Grundsätzlich gilt für alle zukünftigen Prozesse, den demenziell erkrankten Menschen in den Mittelpunkt aller Bemühungen zu stellen und sich am Alltag im hier und jetzt zu orientieren.

Ich hoffe, ich konnte Ihnen mit meinem Beitrag einen Eindruck des eigenen Charakters der Wohn- und Lebensgemeinschaft „Bachstraße“ vermitteln.

Ich möchte mit einem Zitat von Pearl S. Buch enden.

„Die wahre Lebenskunst besteht darin, im Alltäglichen das Wunderbare zu sehen.“

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Dipl.-Psych. Jörg Joob, Leiter des Wohnpark Kranichstein

Stationäre Hausgemeinschaften für demente alte Menschen im Wohnpark Kranichstein

Die demographische Situation in Deutschland zeigt, dass die absolute Zahl älterer Menschen zunimmt. Der relative Anteil älterer Menschen, im Verhältnis zu der Zahl der Jüngeren, wächst stetig an und die Zahl der Hochaltrigen nimmt immer weiter zu (Tews 1996).

In der Folge dieser Entwicklung steigt auch die Zahl der Pflegebedürftigen an. Gleichzeitig nimmt zwar die Pflegebereitschaft innerhalb der Familien in den nächsten Jahrzehnten nicht ab. Aber die absolute Zahl der pflegenden Angehörigen wird sich dramatisch verkleinern, da die Gruppe der Kinderlosen und Kinderarmen anwächst, die größere Mobilität und Flexibilität der jüngeren Generation das Pflegen der Angehörigen verhindert, vor allem durch die wachsenden Anforderungen der Berufsarbeit, zudem kommt eine Art Mentalitätsänderung bei den Pflegebedürftigen, die das Pflegen durch Angehörige nicht mehr selbstverständlich einfordern (Noelle-Neumann und Haumann 2001).

Da gerade Demenzerkrankte ihre Hilfspersonen oder pflegende Angehörige überfordern, sind diese Menschen sehr oft in Einrichtungen der stationären Altenhilfe untergebracht. Leider ist die herkömmliche stationäre Altenpflege nicht auf solche Bewohner und ihre Bedürfnisse eingerichtet, da in der Regel die somatische Pflege im Vordergrund steht und auch nur für die somatische Pflege eine Pflegestufe von den Pflegekassen gewährt wird.

Es ist daher erforderlich, die räumliche und die soziale Umwelt an die Bedürfnisse der Demenzerkrankten anzupassen. Zugrunde zu legen sind hierbei die Prinzipien der Alltagsnormalität und der lebensgeschichtlichen Orientierung. Je vertrauter das räumliche und soziale Milieu ist, je ähnlicher es den Lebensverhältnissen vor der Erkrankung ist, umso leichter fällt die psychische Verortung und ein „Daheim-Gefühl“ (Böhm 2004) kann entwickelt werden.

Professor Erwin Böhm aus Wien stellt in seinem **Psychobiographischen Pflegemodell** heraus, dass es wichtig ist, die Normalität der Menschen herzustellen. Eine Person, die sich ihr Leben lang nur einmal in der Woche gewaschen hat, versteht nicht, warum die Schwester will, dass sie sich nun täglich duschen solle. Ihre Normalität ist anders. Wichtig ist es deshalb, sich nach der Normalität der Bewohner zu richten und nicht das Hygienebedürfnis der Schwester/Heimleiter zu befriedigen.

Die Anwendung des Psychobiographischen Pflegemodells lässt grundsätzlich eine Reaktivierung, d.h. eine deutliche Verbesserung des psychischen Zustandes des dementen Menschen zu, indem sie die Demenz nicht als organisches, sondern als psychobiographisch interpretierbares Problem sieht. Der demenzkranke Mensch bleibt in seinem Gefühl, also emotional erreichbar. Durch aus der individuellen und kollektiven Biographie abgeleitete Schlüsselreize kann die Lebensenergie wieder entfacht werden.

Heute werden oft besondere Wohn- und Betreuungsangebote für Menschen mit dementieller Erkrankung konzipiert und eingerichtet, so müssen die Pflegeheime mittelfristig Strukturen schaffen und dabei berücksichtigen, dass die größte Gruppe der Heimbewohner die der Demenzerkrankten sein wird. Insofern werden wir in absehbarer Zeit besondere Angebote nicht nur für körperlich Pflegebedürftige sehen. Der notwendige Prozess der Neuausrichtung drängt und kann nicht verschoben werden. Die Einrichtungen, die sich heute nicht auf eine kontinuierliche Anpassung ihrer Pflege- und Betreuungsleistungen konzentrieren, dürfen morgen nicht klagen.

Es ist deshalb besonders wichtig, der Herausforderung an die Versorgungsstrukturen nicht nur mit theoretischen Erklärungs- und Verstehensansätzen zu begegnen, sondern insbesondere über die Umsetzung vor Ort und die damit verbundenen vielfältigen Erfahrungen, Erfolge oder auch Irrwege zu berichten und diese zur Diskussion zu stellen.

In einer vollstationären Hausgemeinschaft liegen andere Prinzipien zu Grunde als in traditionellen Altenpflegewohnbereichen. Ausgangspunkt ist immer das **Wohnen** und die **Normalität**. Die Bewohner können in einer Umgebung leben, die ihrem bisherigen Leben sehr ähnelt. Die **Räumlichkeiten** und die **Gruppengröße** der Mitbewohner ist überschaubar (10-12 Bewohner pro Hausgemeinschaft). Die **Betreuung** und **Versorgung** der Bewohner ist **Begleitung** im Alltag, also Normalität. Die **individuelle Pflege und Betreuung** richtet sich nach den **individuellen Bedürfnissen** und Vorlieben bzw. Abneigungen der Bewohner, also nach ihrer eigenen ganz subjektiven **Biographie**. Die Bewohner haben immer die Möglichkeit, sich an der täglichen Versorgung zu beteiligen (Essen kochen, Wäsche waschen, putzen usw.), dies führt in der Regel zu einem Zugewinn an **Selbstbestimmung** und **Wohlbefinden**.

Hausgemeinschaften bieten im Vergleich zu herkömmlichen Pflegewohnbereichen eine größere Chance zum partnerschaftlichen Zusammenarbeiten zwischen Bewohner und Pflegepersonal. Gerade eine vollstationäre Hausgemeinschaft für Demenzerkrankte bietet eine hervorragende Alternative zu gängigen Versorgungsstrukturen für Demente.

Vollstationäre Hausgemeinschaften sind Einrichtungen der vollstationären Pflege im Sinne der §§ 43 und 71 SGB XI, die durch Abschluss eines Versorgungsvertrages zugelassen sind (§ 72 f. SGB XI). Sie unterscheiden sich von herkömmlichen Einrichtungen der vollstationären Pflege im Wesentlichen durch eine in allen Bereichen bewohnernahe, dezentrale Leistungserbringung und Organisation.

Der **Wohnpark Kranichstein** leistet mit dem Einrichten zweier **Hausgemeinschaften** im Haus 38 einen Beitrag zu einer modernen und bewohnerorientierten Pflege von dementen alten Menschen in Darmstadt. Weiterhin sind wir bestrebt, nicht nur durch die bauliche, sondern gerade auch durch die inhaltliche Ausrichtung in der Betreuung und Versorgung Dementer in Darmstadt und Umgebung Maßstäbe zu setzen. Daher ist unsere inhaltliche Orientierung fest mit dem **Psychobiographischen Pflegemodell von Herrn Prof. Erwin Böhm** verbunden. Das heißt, wir haben eine innovative Wohnform mit dem innovativsten Pflegemodell für gerontopsychiatrisch veränderte alte Menschen verbunden.

Impressum

Herausgeber:

Schader-Stiftung
Karlstraße 85
64285 Darmstadt

Bauverein AG
Siemensstraße 20
64289 Darmstadt

Fachkonferenz Altenhilfe
c/o
Sozialverwaltung
Frankfurter Straße 71
64293 Darmstadt

Wissenschaftsstadt Darmstadt
Sozialverwaltung
Frankfurter Straße 71
64293 Darmstadt

Redaktion:

Dr. Kirsten Mensch
Dieter Emig
Wolfgang Linck

Schader-Stiftung
Bauverein AG
Stadt Darmstadt, Beratungs- und ServiceZentrum
für ältere Menschen

Titelgestaltung:

feedback werbeagentur
Bad Nauheimer Str. 11
64289 Darmstadt

Druck:

Druck-Form GmbH
Merckstr. 1-3
64283 Darmstadt